



Europäische
Bausparkassenvereinigung
Jahresbericht 2015

European Federation
of Building Societies
Annual Report 2015



Europäische
Bausparkassenvereinigung
Jahresbericht 2015

S. 3

European Federation
of Building Societies
Annual Report 2015

p. 51

Rue Jacques de Lalaing 28
B-1040 Bruxelles
Tel. 0032 (0)2 – 2310371
Fax 0032 (0)2 – 2308245

e-mail: info@efbs.org
www.efbs.org

Vorwort zum Jahresbericht der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV)

Die Europäische Bausparkassenvereinigung sah sich im Jahr 2015 wieder mit ganz unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert.

Kritisch wurde in der Öffentlichkeit das Vorhaben der EU-Kommission begleitet, eine Kapitalmarktunion einzuführen. Das Gegenargument: Normalverdiener und einkommensschwächere Haushalte entscheiden sich in vielen Ländern bewusst für risikoarme Anlagen. Der Verbriefungsmarkt ist für diese Menschen keine Alternative. Die EU-Kommission sollte das Sicherheitsbedürfnis der Menschen unterstützen und sie nicht in finanzielle Abenteuer hineinlocken. Auch Verbraucherschutzverbände haben deshalb davor gewarnt.

Unverständlich ist für die Europäische Bausparkassenvereinigung der indirekte Vorwurf einer angeblich mangelnden Produktivität des Sparens mit dem Ziel, die eigenen vier Wände zu finanzieren. Eine solide Finanzierung dieses Lebensraums bietet nicht nur Schutz vor einer Überschuldung. Sie ist auch Voraussetzung für langfristig stabile Baufinanzierungsmärkte und von dieser Stabilität profitiert die Realwirtschaft.

Außerdem muss der Effekt auf die Vermögensbildung mit betrachtet werden. Ein europäischer Vergleich zeigt: Wo die Wohneigentumsquote hoch ist, ist auch das Verhältnis von Vermögen zu Einkommen hoch. Zudem geht eine stärkere Wohneigentumsquote normalerweise mit geringeren Vermögensunterschieden einher. Wohneigentum leistet damit einen wichtigen

Beitrag zur sozialen Ausgewogenheit in einer Gesellschaft und kann zudem vor Altersarmut bewahren.

Ein weiteres Thema war die Konsultation zum Grünbuch „Finanzdienstleistungen für Privatkunden“. Hier war es für die Europäische Bausparkassenvereinigung wichtig, auf die nach wie vor bestehenden Hürden bei der grenzüberschreitenden Hypothekarkreditvergabe hinzuweisen.

Bei der Konsultation der Versicherungsaufsichtsbehörde EIOPA über ein einheitliches europäisches Altersvorsorgeprodukt wurde für die Aufnahme von Produkten wie die staatlich geförderte deutsche Eigenheimrente ins Angebot plädiert. Die Vorteile von Wohneigentum aufgrund der Mietersparnis im Alter sind von der OECD mehrfach in ihrer Reihe „Pensions at a glance“ nachgewiesen worden.

Gegenüber der Europäischen Bankenaufsicht, der Europäischen Zentralbank und dem Basler Ausschuss ging es bei diversen andauernden Konsultationen vor allem darum, Verständnis für das Geschäftsmodell der Bausparkassen und für risikoadjustierte Maßnahmen zu wecken. Die Konsultationen betrafen die Überarbeitung des Kreditrisikostandardansatzes, die Überarbeitung der einfachen Kapitalansätze beim operationellen Risiko, die Zukunft des IRB-Ansatzes, die Anwendung der Leverage Ratio auf Bausparkassen, zusätzliche Berichtspflichten zur Liquidität, das Management des Zinsänderungsrisikos, Mindestanforderungen an das Risikomanagement und Anforderun-

gen der Europäischen Zentralbank bei granularen Kreditdaten.

Für die Zukunft kommt es – gerade auch nach dem Votum in Großbritannien für einen Brexit – entscheidend darauf an, die europäische Politik nach den Maßstäben „Maß“ und „Mäßigung“ auszurichten. Die Auswirkungen der Finanzkrise haben zu einer wachsenden Distanz zwischen Eliten, Institutionen und Politikern einerseits und einem größer werdenden Teil der Bevölkerung andererseits beigetragen. Wir brauchen eine „better regulation“ durch Konzentration der Aufgaben auf das, was wirklich europaweit geregelt werden muss. Der Kerngedanke des Binnenmarktes muss wieder im Fokus stehen, nicht eine Überregulierung, die funktionierende nationale Regelungen außer Kraft setzt. Europa darf deshalb auch nicht zu einer Transferunion werden wollen, die Fehlanreize setzt. Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung würde dem – um nur ein Beispiel zu nennen – Vorschub leisten. Was wir stattdessen brauchen, ist ein europäisches System der Eigenverantwortung. Nur dies wird dauerhaft die Akzeptanz der Menschen finden.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------|--|----|
| | Vorwort | 3 |
| 1 | Positionierungen..... | 7 |
| 2 | Die Vereinigung im Jahr 2015 | 12 |
| | – Tätigkeiten der Fachausschüsse | 12 |
| | – EuBV-Öffentlichkeitsarbeit | 19 |
| 3 | Wohnwirtschaftliche Entwicklungen in Europa | 21 |
| | – Sparquoten privater Haushalte im Ländervergleich | 25 |
| 4 | EuBV-Focus | 28 |
| | Ersparnisse im Niedrigzinsumfeld v. Jacques de Larosière..... | 28 |
| | Die Nullzinspolitik der EZB – Warum Kritik erlaubt sein muss v. Andreas J. Zehnder..... | 31 |
| | Die europäische Einlagensicherung im Zentrum der Reformüberlegungen in der EU v. Christian König | 33 |
| 5 | EuGH-Bericht 2015..... | 38 |
| 6 | Jahreschronologie 2015..... | 44 |
| | Anhang | 95 |
| | – Personalien..... | 95 |
| | – Verzeichnis der Mitglieder | 96 |

1 Positionierung

Positionierung zu Anti-Geldwäsche

Am 5. Juni 2015 ist im Amtsblatt der Europäischen Union die Richtlinie (EU) 2015/849 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung veröffentlicht worden. Die Richtlinie trat 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft und muss bis zum 26. Juni 2017 von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie ist die Europäische Kommission damit beauftragt, eine Stellungnahme zu den Geldwäscherisiken im EU-Finanzsektor zu erstellen. Diese soll in eine Auswertung der Risiken für den Binnenmarkt und grenzübergreifende Aktivitäten einfließen. Auf gleicher Grundlage wird die Kommission Empfehlungen an die Mitgliedstaaten bezüglich des Umgangs mit einzelnen Risiken aussprechen. Die Mitgliedstaaten sollen bei ihrer Risikoeinschätzung auch einzelne Sektoren oder Bereiche gemäß Artikel 7 Absatz 4 (b) der Richtlinie als mit einem geringeren Geldwäscherisiko behaftet einstufen können. Mit Stellungnahme vom 11. Februar 2015 hat sich die EuBV deshalb dafür eingesetzt, dass das Bausparen als systembedingt ungeeignet für Geldwäscheaktivitäten und somit als Produkt mit niedrigem Geldwäscherisiko eingestuft wird.

Positionierung zu „Bessere Rechtssetzung“

Am 19. Mai 2015 hat die Europäische Kommission ihre Vorschriften für eine

bessere Rechtssetzung verabschiedet. Für die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und dem Rat wurde zudem über eine neue interinstitutionelle Vereinbarung für bessere Rechtssetzung beraten. Darin geht es um einen gemeinsamen Einsatz für das REFIT-Programm, eine verstärkte Verwendung von Folgeabschätzungen während des gesamten Gesetzgebungsprozesses, mehr Transparenz bei Trilogverhandlungen und gemeinsame Bemühungen zur Verringerung ungerechtfertigter Anreicherung des EU-Rechts durch Mitgliedstaaten. Die Stärkung des Programms zur Gewährleistung von Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtssetzung (REFIT) ist dabei ein Kernanliegen der Europäischen Kommission.

Im Jahresverlauf 2015 fand über EBIC ein Dialog mit der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der Europäischen Kommission zum Thema bessere Rechtssetzung statt. Dabei wurde der Europäischen Kommission am 23. November 2015 ein Schreiben übermittelt, welches jene Bereiche der Finanzmarktregulierung thematisiert, die aus Branchensicht einer Überarbeitung im Rahmen des Ansatzes einer besseren Rechtssetzung unterzogen werden müssten. Es wurde auf Überlappungen, Inkonsistenzen und ungewollte, negative Nebeneffekte bestehender Regulierung hingewiesen und Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Zwei wesentliche Punkte hat die EuBV zu diesem Schreiben beigesteuert. Zum einen wurde die Initiative der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA)

begrüßt, den Einfluss einer einheitlichen Verschuldungsquote von 3 % auf unterschiedliche Geschäftsmodelle zu überprüfen und für risikoarme aber volumenintensive Geschäftsmodelle gegebenenfalls einen differenzierten Ansatz zu wählen. Zum anderen wurde die Idee, die Risikogewichte für grundpfandrechtlich besicherte Kredite zu erhöhen als unangemessen zurückgewiesen. Die EuBV setzte sich dafür ein, dass ein Risikogewicht von 35 % für alle grundpfandrechtlich besicherte Kredite mit einer Beleihungsquote zwischen 60 % und 80 % gilt.

Positionierung zur Verschuldungsquote (Umsetzung von Basel III in CRD IV/CRR)

Artikel 511 Absatz 2 der Verordnung Nr. 575/2013 vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (CRR) sieht vor, dass die EBA die Einführung einer geeigneten Zahl von Stufen für die Verschuldungsquote, die Institute je nach ihren unterschiedlichen Geschäftsmodellen einhalten müssen, prüft. Mit Stellungnahme vom 30. Oktober 2015 legte die EuBV ihre Position zu den von der EBA auszuführenden Bewertungs- und Kalibrierungsarbeiten dar. Dabei machte sie deutlich, dass eine für Bausparkassen unrealistisch hohe Anforderung an die Verschuldungsquote die Institute dazu drängen würde, risikoarmes, aber volumenintensives Geschäft zurückzufahren und – soweit dies im bausparkassengesetzli-

chen Rahmen überhaupt möglich ist – risikoreicheres, aber auf geringere Volumina ausgerichtetes Geschäft auszubauen. Durch die für alle Geschäfte geltenden gleichen Kapitalanforderungen käme es auf risikoarmen Geschäftsfeldern mit geringen Margen zu einem deutlichen Ergebnisrückgang, da die erhöhten Kosten nur sehr eingeschränkt weitergegeben werden könnten. Im Ergebnis würde hier das Kreditangebot zurückgehen. Die EuBV-Stellungnahme wurde am 13. November 2015 zu Informationszwecken ebenfalls an den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht gesandt.

Positionierung zur Vergütungspolitik (Umsetzung von Basel III in CRD IV/CRR)

Die Europäische Bankenaufsicht (EBA) veröffentlichte am 4. März 2015 eine Konsultation zu Leitlinienentwürfen zur Vergütungspolitik. Gemäß Artikel 74 und 75 der Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (CRD IV) ist die EBA beauftragt, Leitlinien zu erarbeiten, die zum einen die Vergütungspolitik für das Personal insgesamt, als Teil der internen Unternehmensführung, und zum anderen strengere Anforderungen für die variable Vergütung von Mitarbeitern zu regeln, deren Tätigkeit eine materielle Auswirkung auf das Risikoprofil des Kreditinstituts hat. Ziel ist es, für eine harmonisierte Vergütungsweise in den Instituten in der EU zu sorgen, die langfristig ausgerichtet ist und

durch Transparenz umsichtig mit Risiken umgeht. Die Leitlinien sollen auf Einzelinstituts- und konsolidierter Ebene sowie Teilkonzernebene gelten und enthalten konkrete Vorgaben zu den Anforderungen an die Vergütungspolitik und den Vorgehensweisen zur Umsetzung.

In ihrer Stellungnahme vom 29. Mai 2015 setzte sich die EuBV für die Möglichkeit einer sachgerechten Einschränkung der Vorgaben anhand des Proportionalitätsprinzips des Artikels 92 Absatz 2 CRD IV ein. Die Zulässigkeit entsprechender nationaler Regelungen, die solche Einschränkungen zulassen, wurde daher gefordert. Zudem wies die EuBV die detaillierten Vorgaben zur Ausdifferenzierung der variablen Vergütung unterschiedlicher Mitarbeitergruppen als zu komplex zurück. Weiterhin wurde eine Klarstellung bzgl. der Mitarbeiter-Definition der Ziffer 6 g des EBA-Leitlinienentwurfs gefordert, um sicherzustellen, dass darunter keine Personen, wie beispielsweise Handelsvertreter, fallen, die als Selbständige für ein Institut oder dessen Tochterunternehmen tätig sind.

Die EuBV äußerte die allgemeine Sorge, dass mit den Regelungen des Leitlinienentwurfs die Geltung des Proportionalitätsprinzips für den Bereich der Vergütungsregelungen der Institute in Frage gestellt wird und forderte die EBA auf, das bisherige Verständnis des Proportionalitätsgrundsatzes der CRD IV beizubehalten. Die finalen Leitlinien wurden von der EBA am 21. Dezember 2015 veröffentlicht.

Positionierung zur Verbesserung des regulatorischen Rahmens des IRB-Ansatzes (Umsetzung von Basel III in CRD IV/CRR)

In ihrer Stellungnahme vom 5. Mai 2015 äußerte sich die EuBV zu einem Diskussionspapier der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) zur Verbesserung des regulatorischen Rahmens des auf internen Ratings basierenden Ansatz (IRB-Ansatz). Darin unterstützte die Vereinigung grundsätzlich das Bestreben der EBA, das Vertrauen in die Anwendung von internen Ratingsystemen zu stärken. Jedoch verwies die EuBV auch darauf, dass Änderungen der bestehenden Regelungen für IRBA-Systeme, wie sie in verschiedenen Standards und Leitlinien angedacht werden, zu grundlegenden Änderungen der Modellsystematik der Institute führen würden. Neben einem hohen fachlichen Aufwand einer kompletten Überarbeitung aller Teilkomponenten der IRBA-Systeme, sei auch ein sehr hoher IT-Aufwand zu erwarten, da die Eingriffe in die Datengrundlage der bestehenden IRBA-Systeme die vorhandenen Datenhistorien teilweise nicht mehr verwendbar machen würden. In Kombination mit den Anstrengungen der Institute zur Umsetzung anderer regulatorischer Neuerungen erhöhten die geplanten Eingriffe das Risiko für die Qualität der Datenverarbeitung enorm. Daher äußerte sich die EuBV zu Änderungen zum aktuellen Zeitpunkt sehr kritisch. Im Ergebnis könnte die Fülle der notwendigen Änderungen das Vertrauen in die Anwendung von internen Ratingsystemen schwächen.

Positionierung zu den Leitlinienentwürfen zur Prüfung der Kreditwürdigkeitsprüfung des Verbrauchers sowie zu Zahlungsrückständen und Zwangsvollstreckungen (Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge)

Am 1. Juni 2015 hat die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) ihre Leitlinien zur Prüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers sowie zu Zahlungsrückständen und Zwangsvollstreckungen im Rahmen der Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge (2014/17/EU) veröffentlicht. In dem vorausgehenden Konsultationsverfahren hatte sich die EuBV mit Stellungnahme vom 12. Februar 2015 beteiligt. Dabei konnte an verschiedenen Stellen wünschenswerte Änderungen gegenüber den Leitlinienentwürfen vom 12. Dezember 2014 erzielt werden.

Bezüglich der Prüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers (Artikel 18 der Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge) konnte in den finalen Leitlinien eine ersatzlose Streichung der im Entwurf vorgesehenen Leitlinie 1.2 erreicht werden. Diese hatte vorgesehen, dass die zur Überprüfung des Einkommens des potentiellen Kreditnehmers herangezogenen Informationen nicht nur vom Verbraucher kommen dürfen, sondern von einer „vom Verbraucher unabhängigen Quelle“ stammen müssen. In Leitlinie 1.3, die sich auf selbständig Erwerbstätige oder Personen mit saisonalem Einkommen bezieht, wurde die angedachte Überprüfung zusätzlicher Informati-

onen von der EBA zurückgenommen. Schließlich wurde Leitlinie 7 des Entwurfstextes ersatzlos gestrichen. Diese hatte vorgesehen, dass es dem Kreditgeber obliegt, diejenigen Kreditgruppen zu identifizieren, die ein erhöhtes Risikoprofil besitzen und diese bei der Bewertung der Kreditwürdigkeit des Antragstellers zu berücksichtigen.

In Bezug auf die Leitlinien zu Zahlungsrückständen und Zwangsvollstreckungen (Artikel 28 der Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge) konnten ebenfalls eine Reihe von Änderungen erreicht werden. Leitlinie 1.1 wurde dahingehend angepasst, dass die Mechanismen, die der Kreditgeber entwickeln soll, um Verbraucher mit Zahlungsschwierigkeiten zu identifizieren, lediglich „so früh wie möglich“ greifen sollen. Leitlinie 1.2 sieht vor, dass der Kreditgeber Mechanismen für eine effektive Auseinandersetzung mit Verbrauchern in Zahlungsschwierigkeiten entwickeln soll. Ergänzend wurde spezifiziert, dass hierunter das zur Verfügung stellen angemessener Informationen auf schriftlichem Wege oder online sowie allgemein die Unterstützung des Verbrauchers zu verstehen ist. In Leitlinie 2.2, welche sich mit der Vertraulichkeit des Austauschs von Informationen zwischen Kreditgeber und Verbraucher beschäftigt, hat die EBA klargestellt, dass sie keine Verpflichtung zu einem persönlichen Austausch, in Form von Gesprächen in den Räumlichkeiten der Kreditinstitute, vorschreibt. Ziel sei es, dass jeder Austausch – egal auf welchem Wege – die persönlichen Datenschutzrechte achte. In Leitlinie 4.1 wurde klargestellt,

dass die vorgeschlagene Liste an Zugeständnissen gegenüber einem Kreditnehmer in Zahlungsschwierigkeiten nicht abschließend ist und es sich hierbei lediglich um mögliche, aber nicht rechtlich zwingend vorgeschriebene, Abhilfemaßnahmen handelt.

In ihrer Stellungnahme hat die EuBV zudem die von der EBA zur Erstellung der vorliegenden Leitlinien gewählte Rechtsgrundlage (Artikel 16, Verordnung (EU) Nr. 1093/2010) in Frage gestellt. Dabei erfolgte der Verweis, dass der Primärgesetzestext keinen expliziten Arbeitsauftrag an die EBA enthält und, dass der Gesetzgeber sich bei der Ausarbeitung der Richtlinie bewusst für einen Ansatz der Mindestharmonisierung entschieden hatte, um den Mitgliedstaaten die nötigen Flexibilität bei der Berücksichtigung nationaler Besonderheiten zu ermöglichen.

Positionierung zu einem einheitlichen, europäischen, privaten Altersvorsorgeprodukt

An der öffentlichen Konsultation der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) über ein einheitliches, europäisches, privates Altersvorsorgeprodukt (Pan-European Personal Pension Product, PEPP) beteiligte sich die EuBV mit Stellungnahme vom 5. Oktober 2015. Darin untersticht die Vereinigung die zunehmende Bedeutung privater Altersvorsorge. Deshalb sollte ein mögliches PEPP nicht auf eine einzelne Produktkategorie beschränkt bleiben, sondern sich an

die jeweiligen Bedürfnisse der Bürger anpassen können. Hierbei habe sich das private Wohneigentum als wichtige Variante der privaten Altersvorsorge bewiesen, da es das einzige Vorsorgeprodukte sei, dessen Vorzüge schon vor Renteneintritt genutzt werden könnten. Daher sollten Produkte, so die Forderung der EuBV, die Hauskauf und private Altersvorsorge verbinden, in das Angebot mit aufgenommen werden. Als erfolgreiches Beispiele wurden in Deutschland die sogenannten „Eigenheim-Rente“ aufgeführt.

Positionierung zur Berechnung von Beiträgen zu nationalen Einlagensicherungssystemen

Mit Stellungnahme vom 11. Februar 2015 beteiligte sich die EuBV an der EBA-Konsultation zu Entwürfen für Leitlinien zu Methoden für die Berechnung von Beiträgen zu Einlagensicherungssystemen gemäß Artikel 13 Absatz 3 der Richtlinie 2014/49/EU über Einlagensicherungssystemen. Die EuBV begrüßte dabei die Intention der EBA, die ursprüngliche Idee der Europäischen Kommission wieder aufzugreifen und eine Risikospreizung für die Beiträge zu den Einlagensicherungssystemen in ihrem Leitlinienentwurf aufzunehmen. Um besonders risikoarme Geschäftsmodelle besser abbilden zu können, sprach sich die Vereinigung für eine Mindestspreizung zwischen 50 % und 250 % anstatt der von der EBA vorgeschlagenen Spreizung zwischen 75 % und 150 % aus. Eine darüber hinausgehende Risikospreizung sollte, wie von der EBA vorgeschlagen,

auf Grundlage einer Begründung möglich sein.

Bezüglich den von der EBA vorgeschlagenen Kernrisikoindikatoren, die für die Berechnung der Beiträge herangezogen werden sollen, äußerte die EuBV die Kritik, dass die Indikatoren maßgeblich für die Universalbanken ausgestaltet worden zu sein scheinen. Sie berücksichtigten nicht ausreichend die Besonderheiten risikoarmer Geschäftsstrukturen von einlagenbasierten Spezialkreditinstituten, wie zum Beispiel der Bausparkassen. Die finalen Leitlinien wurden von der EBA am 28. Mai 2015 veröffentlicht.

Positionierung zum Krisenmanagement/ Abwicklungsmechanismus

Am 27. Februar 2015 beteiligte sich die EuBV mit einer Stellungnahme an der EBA-Konsultation zu einem Entwurf regulatorisch technischer Standards zu Kriterien für die Bestimmung einer Mindestanforderung an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten im Rahmen der Richtlinie 2014/59/EU zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen. Darin führte die EuBV aus, dass die Verbindlichkeiten der Bausparkassen, die zum überwiegenden Teil aus Bauspareinlagen bestehen, im Zusammenhang mit dem Bail-in als nicht berücksichtigungsfähig im Sinne von Artikel 44 Absatz 2 a) der Richtlinie 2014/59/EU gelten, da es sich hierbei in der Regel

um gesicherte Einlagen handelt. Bausparkassen weisen außerdem als Institute mit sehr risikoarmem Geschäft regelmäßig einen geringen Anteil von Eigenmitteln an der Bilanzsumme auf. Daher seien für Bausparkassen besondere Schwierigkeiten zu erwarten, wenn künftig Mindestanforderung nach einem bestimmten Anteil an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten an der Summe der gesamten Verbindlichkeiten und Eigenmittel zu erfüllen seien. Damit Bausparkassen ein Mindestvolumen berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten aufweisen können, müssten erst entsprechende Papiere generiert werden. Aus Sicht der Vereinigung könne es nicht Sinn und Zweck einer Bail-in-Regelung sein, Bausparkassen zur Aufnahme zusätzlicher Fremdmittel zu verpflichten, obwohl diese aufgrund ihres Geschäftsmodells nicht zur Refinanzierung benötigt würden. Eine Mindestanforderung hätte somit das Potential, das Geschäftsmodell zu destabilisieren. Die EuBV lehnte daher eine Mindestquote für berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten und Eigenmittel von Bausparkassen grundsätzlich ab. Sie erkannte aber an, dass nach der Richtlinie 2014/59/EU die Mindestquote nicht pauschal angesetzt, sondern für jedes Institut nach einer Einzelfallbetrachtung festgelegt werden soll. Insbesondere begrüßte sie die Regelung in Artikel 3 Absatz 2 des Standardentwurfs, die zu einem Rekapitalisierungsbetrag von 0 führen kann. Die EuBV hielt diese Regelung für sachgerecht und nach dem Proportionalitätsgrundsatz für notwendig.

Positionierung zum Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Mit Stellungnahme vom 11. September 2015 beiteiligte sich die EuBV an dem Konsultationsverfahren des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zum Zinsänderungsrisiko im Bankbuch. Darin äußerte die Vereinigung die Ansicht, dass das ursprünglich angestrebte Ziel des Baseler Ausschusses durch die Umsetzung der im Konsultationspapier dargelegten Vorgehensweise nicht erreicht werde. Dies treffe vor allem für die deutschen Bausparkassen zu. Das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch der Bausparkassen würde bereits heute auf Basis von differenzierten und laufend weiterentwickelten internen Modellen gemessen, die durch die Aufsicht zum Zeitpunkt der Einführung und auch zu späteren Zeitpunkten immer wieder geprüft würden. Die daraus resultierenden Risikopositionen würden auf Basis der ICAAP-Methodik durch das Eigenkapital abgedeckt, sodass die Risikotragfähigkeit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sei. Diese internen Modelle berücksichtigten die besonderen Produkteigenschaften des Bausparvertrages und die Optionsrechte des Kunden in Abhängigkeit aktueller und künftiger Zinsszenarien. Aufgrund der besonderen Produkteigenschaften des Bausparvertrags und des bausparspezifischen Rechtsrahmens in Deutschland für diese Art von Verträgen, würde die Einführung eines Standardansatzes, der einem Ansatz für klassische Spar- und Sichteinlagen ähnelt, zu einem Ergebnis führen, dass so von der Aufsicht nicht beabsichtigt sein könne. Insbesondere die Trennung

und anschließende Einordnung von Bauspareinlagen und Bauspardarlehen in standardisierte Produktkategorien, die die Besonderheiten des Bauspargeschäfts nicht berücksichtigten und die rechtliche und vertragliche Verknüpfung von Bauspareinlagen und Bauspardarlehen negierten, würde in den meisten Fällen nicht nur zu einer unsachgemäßen Abbildung des Risikos, sondern auch zu einem signifikanten Anstieg des Gesamtrisikos führen, wenn die Bausparkassen die regulatorische Risikoposition so aussteuerten, wie es im Konsultationspapier vorgeschlagen wurde.

Positionierung zur Überarbeitung des Standardansatzes für das Kreditrisiko

Die EuBV-Stellungnahme zur Konsultation des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Überarbeitung des Standardansatzes für das Kreditrisiko vom 12. März 2015 hob hervor, dass sich der Kreditrisikostandardansatz mit seinen aufsichtsrechtlich vorgegebenen Risikogewichten, aus Sicht der Vereinigung, grundsätzlich bewährt habe. Die EuBV regte daher grundsätzlich an, dass der Basler Ausschuss in Erwägung ziehe, den heutigen Standardansatz als zulässige Variante dauerhaft aufrechtzuerhalten.

2 Die Vereinigung im Jahr 2015

Tätigkeiten der Fachausschüsse

Sitzungen des Rechtsausschusses im Jahr 2015

Die Sitzungen des Rechtsausschusses fanden am 26. März 2015 in Brüssel und am 4. November 2015 in Prag statt.

Die Frühjahrssitzung wurde eingeleitet durch ein Referat von Herrn Dr. Dirk Haubrich, Leiter des Referats „Verbraucherschutz, Innovation und Zahlungsdienste“ bei der Europäischen Bankaufsichtsbehörde EBA. Herr Dr. Haubrich stellte die EBA und ihre Arbeitsweise vor und erläuterte dabei insbesondere die bisher erlassenen Rechtsakte und Initiativen sowie die für die Jahre 2015 und 2016 geplanten Aktivitäten der Behörde.

Besonders ausführlich ging er dabei auf die für den Hypothekarkreditsektor bedeutsamen Konsultationen zu den EBA Richtlinien zu Produktaufsicht, Kreditwürdigkeitsprüfung, Zahlungsverzug und Zwangsvollstreckung nach den Regelungen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie, Cross-Selling und den Anforderungen an die grenzüberschreitende Tätigkeit von Hypothekarkreditvermittlern ein. Darüber hinaus gab er einen Ausblick auf die künftig im Fokus der EBA stehenden Themen, etwa die Anforderungen an die Vergütung bzw. Anreizsysteme für Mitarbeiter von Finanzdienstleistungsunternehmen mit direktem Kundenkontakt.

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst die Frage nach der Rolle der EBA bei einer möglichst einheitlichen Umsetzung der Richtlinie über

Wohnimmobilienkredite aufgeworfen. Diese ist nach Auffassung von Herrn Dr. Haubrich einerseits durch den engen Kontakt der EBA mit den nationalen Gesetzgebern der EU-Kommission und andererseits über die Möglichkeit der Beteiligung des Finanzsektors an den von der EBA durchgeführten Konsultationen gewährleistet. Die Möglichkeit der EBA, Anforderungen an die Incentivierung bzw. Vergütung von Finanzdienstleistern zu entwickeln, ergebe sich aus dem Mandat der EBA aus der CRD, wobei aus Sicht der EBA insbesondere Verbraucherschutzaspekte im Vordergrund stünden. Angesprochen auf die Wechselwirkungen der verschiedenen und sehr zahlreichen Aufsichtsmaßnahmen auf spezialisierte Institute wie die Bausparkassen verwies Herr Dr. Haubrich darauf, dass sich die EBA schon aufgrund der Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden der Auswirkungen ihrer Maßnahmen auf diese Institute bewusst sei. Darüber hinaus gebe es sowohl für Leitlinien als auch für technische Standards Auswirkungstudien, die auch Gegenstand der jeweiligen Konsultationsprozesse seien. Intensiv diskutiert wurde schließlich die Frage, ob die Belastungen der Kreditinstitute durch die völlige Umgestaltung der Aufsichtslandschaft und insbesondere durch die Umsetzung der neuen Eigenkapitalanforderungen es überhaupt zuließen, dass sich die Institute mit der notwendigen Intensität an den Konsultationsverfahren der EBA beteiligten und in dieser daher möglicherweise wesentliche Probleme gar nicht bekannt würden. Diese Gefahr besteht aus Sicht von Herrn Dr. Haubrich nicht,

da sich die Betroffenen nach seiner Erfahrung zu den für sie relevanten Papieren nicht in geringeren Umfang äußerten als zuvor gegenüber ihrer nationalen Aufsicht.

Einen weiteren Schwerpunkt der Sitzung bildete die Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie. Hierzu referierte Herr Erik Nooteboom, Leiter des Referats „Finanzdienstleistung und Verbraucherpolitik“ bei der GD FISMA. Er hob hervor, dass der Schwerpunkt der Tätigkeit der neuen EU-Kommission unter Präsident Juncker im Bereich der Finanzdienstleistungen weniger auf dem Erlass neuer Regelungen als viel mehr in einer sorgfältigen Umsetzung der bestehenden Regelungen liege. Diesem Zweck dienten u.a. die von der EU-Kommission organisierten Workshops mit den Mitgliedstaaten zur Wohnimmobilienkreditrichtlinie, mit denen eine gleichmäßige Umsetzung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten sichergestellt werden sollte. Angesichts der Bedeutung des Hypothekarkreditsektors sei es das vorrangige Ziel der Kommission, durch Regelungen zur verantwortungsvollen Kreditvergabe die Finanzstabilität der EU zu gewährleisten. Daneben solle aber auch das Entstehen eines einheitlichen europäischen Hypothekarkreditmarktes gefördert werden, obwohl dies nicht das vorrangige Ziel der Wohnimmobilienkreditrichtlinie sei. Aus Sicht der Kommission sei es indes wichtig, dass die Richtlinie neue Geschäftsmöglichkeiten eröffne, wie etwa die grenzüberschreitende Tätigkeit von Kreditvermittlern. Im Rahmen der von der Kommission geplanten

Konsultationsverfahren sollten aber auch die Ursachen für das bisher geringe Angebot an grenzüberschreitenden Hypothekarkrediten untersucht werden. Angesichts der unterschiedlichen Zinssätze und Produktgestaltungen bei Hypothekarkrediten in den EU Mitgliedstaaten könne davon ausgegangen werden, dass eine Erleichterung der grenzüberschreitenden Aufnahme oder Vergabe von Hypothekarkrediten nicht nur für die Verbraucher von Nutzen sei, sondern auch den Anbietern zusätzliche Geschäftsmöglichkeiten eröffnen werde. In der anschließenden Diskussion wiesen die Ausschussmitglieder Herrn Nooteboom nachdrücklich auf die „Überbeanspruchung“ der Kreditinstitute hin, die dadurch entsteht, dass die Institute einerseits sehr umfangreiche und damit kostenintensive Informationsanforderungen gegenüber den Kunden erfüllen müssten, aber andererseits von den Bankaufsehern gleichzeitig aufgefordert würden, höhere Erträge zu erwirtschaften. Als Beispiel für die sich aus der Wohnimmobilienkreditrichtlinie ergebenden Belastungen wurde darauf verwiesen, dass etwa in Deutschland ein Kreditvertrag schon bisher 80 Seiten umfasse und nach Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie auf ca. 100 Seiten anwachsen werde. Hier richtete der Ausschuss die nachdrückliche Aufforderung an die EU-Kommission, diese „Überinformation“ der Verbraucher, die im Ergebnis letztlich zu einer „Nichtinformation“ führe, bei künftigen Gesetzgebungsinitiativen zu beseitigen. Dabei sollte sich die Kommission auch bewusst sein, dass die kostenintensiven Informationsanfor-

derungen nicht nur die Kreditinstitute belasteten, sondern letztlich auch von den Verbrauchern bezahlt werden müssten. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde über den aktuellen Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur Datenschutzgrundverordnung berichtet. Kritikwürdig waren dabei aus Sicht des Ausschusses insbesondere die im Vorschlag der EU-Kommission vorgesehenen exorbitant hohen Bußgelder bei Verstößen gegen das Datenschutzrecht. Hier stellt sich aus Sicht des Ausschusses die Frage, ob die Übernahme der bislang nur aus dem Bereich des Kartellrechts bekannten Größenordnungen in das Datenschutzrecht angemessen sei.

In der Herbstsitzung des Ausschusses stand mit Blick auf die zum 21. März 2016 anstehende Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie ein Erfahrungsaustausch der Mitglieder über die in ihren jeweiligen Heimatstaaten in Vorbereitung befindlichen Umsetzungsgesetze im Vordergrund. Einleitend hatte der Leiter der Abteilung Finanzmarktgesetzgebung im tschechischen Finanzministerium, Herr Jiří Beran über die Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie in der Tschechischen Republik berichtet. Hier zeigte sich, dass die – ebenso wie in Österreich – im Jahr 2010 erfolgte Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie auch im Bereich des Hypothekarkredits keine Erleichterung für die Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie darstellte. Vielmehr sind in den genannten Ländern ungeachtet der zahlreichen Ähnlichkeiten zwischen Verbraucherkredit- und Wohnimmobi-

lienkreditrichtlinie jeweils vollständig neue und umfangreiche Gesetzgebungsakte erforderlich geworden. Als gemeinsame Erkenntnis lag dabei allen Berichten zugrunde, dass der Brüsseler Gesetzgeber durch mehrdeutige Formulierungen in der Richtlinie nicht nur den nationalen Gesetzgeber, sondern insbesondere den betroffenen Instituten eine Vielzahl praktischer Probleme bereitet hat. Dies trifft etwa zu für die Kombination grundpfandrechtlich gesicherter Kredite mit nicht gesicherten Krediten oder bei der Behandlung von Fremdwährungsdarlehen. Auch die zivilrechtliche Kreditwürdigkeitsprüfung, die zusätzlich zu den bereits bestehenden aufsichtlichen Vorgaben zur Kreditwürdigkeitsprüfung eingeführt wird, stellt nicht nur für den nationalen Gesetzgeber, sondern vor allem für die Kreditpraxis ein Problem dar. Einig waren sich die Ausschussmitglieder in der Beurteilung, dass diese neue Verpflichtung zu Auseinandersetzungen mit Verbraucherorganisationen führen dürfte und somit Rechtsstreitigkeiten vorprogrammiert seien.

Einen weiteren Schwerpunkt der Sitzung bildete die „Gemeinsame Ausrichtung“ des EU Ministerrats zur Datenschutzgrundverordnung. In diesem Zusammenhang begrüßte der Ausschuss insbesondere, dass der Ratstext klare und praktikable Regelungen zur Einwilligung des Betroffenen in die Datenverarbeitung beinhaltet und insbesondere die im ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission vorgesehene Regelung, wonach eine Einwilligung bei einem erheblichen Ungleichgewicht zwischen Datenverarbeiter und dem Betroffenen unwirksam

ist, nicht übernommen wurde. Auch die Beschränkung des ursprünglich auf soziale Netzwerke ausgerichteten Rechts auf Datenportabilität auf solche Datenverarbeitungen, die mit automatischen Mitteln erfolgen, ist aus Sicht des Ausschusses zu begrüßen. Von besonderer Bedeutung für die Kreditwirtschaft ist darüber hinaus nach Auffassung des Ausschusses die Klarstellung in Erwägungsgrund 39 der „Allgemeinen Ausrichtung“, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Direktwerbung im berechtigten Interesse des Verarbeiters liegen könne. Von allergrößter praktischer Bedeutung nicht nur für die Kreditwirtschaft sind darüber hinaus nach Auffassung des Ausschusses die in Erwägungsgrund 134 enthaltenen Übergangsregelungen. Durch diese werde sichergestellt, dass bereits vor dem Inkrafttreten der Verordnung eingeleitete Datenverarbeitungen, die nach der noch geltenden EU-Richtlinie 95/46/EG zulässigerweise erfolgten, nicht an die neue Verordnung angepasst werden müssten mit der Folge, dass die Zustimmung der betroffenen Personen weiterhin gültig bleibe. Insgesamt dürfte die „Gemeinsame Ausrichtung“ des EU-Ministerrats nach Einschätzung des Ausschusses ein wichtiger Schritt in Richtung auf ein praktikables EU-weites Datenschutzrecht sein. Der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen durch ein Referat von Herrn František Nonemann, Leiter der Abteilung „Analyse und Datenverarbeitung im öffentlichen Sektor“ beim tschechischen Amt für den Schutz personenbezogener Daten über den aktuellen Stand des Datenschutzrechts in der Tschechischen Republik.

Abschließend wurden die Mitglieder über den aktuellen Stand der Konsultationen der EU-Kommission zur Bewertung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und zum einheitlichen europäischen Altersvorsorgeprodukts (PEPP) sowie die in diesem Zusammenhang abgegebenen Stellungnahmen der Vereinigung informiert. Angesichts der bereits auf nationaler Ebene existierenden Produkte zur Altersvorsorge warf der Ausschuss dabei die Frage auf, ob das zusätzliche Angebot eines einheitlichen europäischen Altersvorsorgeprodukts erforderlich sei.

Sitzungen des Ausschusses für Wohnungspolitik und Marketing im Jahr 2015

Blick auf ein wechselvolles Bausparjahr

„Jede Zeit nimmt erst mal ihre eigenen Herausforderungen ernst. Das soll sie ja tun. Ich finde nur, dass der Blick auf die Geschichte diesen Herausforderungen gegenüber eine wirkliche Erleichterung ist.“ – Richard von Weizsäcker.

Eine der wesentlichsten Neuerungen des Ausschusses für Wohnungspolitik und Marketing vor zehn Jahren war die Einführung des Marktdatenaustausches der verschiedenen Mitgliedsländer. So kann die Kraft des Bausparens in Europa erstmals an Hand von Zahlen beschrieben werden. 2014 wurden insgesamt rund 4,8 Millionen neue Bausparverträge abgeschlossen, was

insgesamt in den europäischen Bausparländern Deutschland, Kroatien, Österreich, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn zu einem Bestand von rund 42 Millionen Bausparverträgen führte. Die Bauspareinlagen betragen rund 192 Milliarden Euro, wobei Österreich bei Weitem die höchste Bauspardichte mit 59,2 % aufweist. Deutschland und Tschechien folgen mit 36,9 bzw. 36,4 %.

Das Aktivgeschäft weist eine Finanzierungsleistung von etwas mehr als 37 Milliarden Euro auf. Unter der Annahme, dass jede Finanzierungsmilliarde rund 20.000 Arbeitsplätze sichert, konnten so im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 durch die Bausparkassen in Europa 740.000 Arbeitsplätze im Bau- und im Baunebengewerbe gesichert werden und das bei überwiegend inländischer Wertschöpfung. Die Ausleihungen erreichten in diesem Jahr die beeindruckende Summe von 152 Milliarden Euro. Alleine diese Zahlen zeigen die Bedeutung des Bausparsystems für die europäische Wirtschaft.

Das Thema „Energieeffizienz beim Bauen“ wurde in der Frühjahrssitzung eingehend erörtert. Die Energy Efficiency Financial Institution Group (EEFIG) stellte dazu eine Studie vor, die der Frage nachgeht, wie das Investitionsklima für Energie effiziente Maßnahmen verbessert werden kann. Der Bericht beschäftigt sich mit drei Fragen:

- den wichtigsten Herausforderungen,
- den richtigen Adressaten und
- was die Europäische Union tun kann, um zu unterstützen.

Im anschließenden Erfahrungsaustausch berichtete Österreich über die erfolgreiche Initiative „Sanierungsscheck“ der öffentlichen Hand, der über die österreichischen Bausparkassen abgewickelt wird und mit Fördermitteln in Höhe von 60 Mio. Euro für Private ausgestattet war. Allein 2015 erreichte die Aktion 16.449 thermische Sanierungen. Die Fördersumme von 60 Millionen Euro löste ein Investitionsvolumen von fast 450 Millionen Euro aus.

In der Ausschusssitzung der Herbsttagung, die 2015 in Prag stattfand, standen der Wohnungsmarkt und die Wohnraumfinanzierung im Zentrum. In Tschechien sind fünf Bausparkassen aktiv, vier Millionen Bausparverträge stehen rund zehn Millionen Einwohnern gegenüber, was zeigt, dass man hier durchaus von einem reifen Markt sprechen kann. Bausparen ist in das politische und wirtschaftliche Leben integriert. In den letzten Jahren gab es negative Effekte durch Reduktion der staatlichen Sparförderung, aber auch durch die Diskussionen über die Spezialisierung der Institute und ob diese notwendig ist. Dadurch ist die Zahl der Neuverträge und die Anzahl der Darlehen zurückgegangen.

In einer Länderrunde wurde im Anschluss auf die Entwicklungen in den Mitgliedstaaten eingegangen. Das alles beherrschende Thema in Deutschland sind die Belastungen aus der Niedrigzinsphase.

Ungarn erlebt dahingegen einen regelrechten Bausparboom. Die Anzahl der Bausparkassen hat sich von zwei

auf nun vier Bausparkassen verdoppelt. Daraus ergibt sich ein steigendes Neugeschäft mit 15-20 % Wachstum. Es existiert in Ungarn ein gutes Marktumfeld, trotz niedrigem Zinsniveau. Bausparen ist für Ungarn sehr attraktiv geworden, was sich im Neugeschäft ausdrückt.

Als neues Mitgliedsland im Ausschuss konnten wir 2015 Kasachstan begrüßen. Es existiert in diesem Land ein Bausparsystem mit einer Laufzeit des Produkts von sechs Jahren, die Verzinsung liegt bei 3 %. Das System funktioniert gut und ist stabil. In Kasachstan wurden 821.000 Bausparverträge vermittelt; dabei wurden bislang Darlehen in Höhe von 900 Mio. Euro vergeben.

Ein wechselvolles Bausparjahr mit großen Herausforderungen und kleineren Triumpfen!

Sitzungen des Finanzausschusses im Jahr 2015

Die Sitzung des Arbeitsforums Finanzen fand am 26. März 2015 in Brüssel und die Sitzung des Finanzausschusses am 5. November 2015 in Prag statt. In seiner Sitzung am 27. März 2015 beschloss der Verwaltungsrat der EuBV einstimmig die Benennung des Finanzausschusses als Fachausschuss der EuBV.

Die Frühjahrssitzung des Arbeitsforums Finanzen beschäftigte sich mit den Themen Verschuldungsquote (LR), Mindestanforderungen an Eigenmittel

und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (MREL) sowie der Erhebung von granularen Kreditdaten (AnaCredit). Zunächst erläuterte Frau Mag. Metz von der Österreichischen Nationalbank die aktuellen Entwicklungen zur Verschuldungsquote auf europäischer Ebene. Hauptziel einer Verschuldungsquote sei dabei die Begrenzung des Aufbaus einer übermäßigen Verschuldung. In der anschließenden Debatte erklärt Frau Mag. Metz, dass die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) mit einer „Quantitative Impact Study“ (QIS) beabsichtige, entsprechend der Vorgabe in der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (CRR) die Auswirkungen der Mindestanforderungen gewichtet darzulegen bzw. zu berechnen. Zudem sollen keine Mindestanforderungen eingeführt werden, die dem Finanzmarkt bzw. der Wirtschaft schaden. Bei Einführung einer Verschuldungsquote sollen die Auswirkungen auf andere Ratios berücksichtigt werden. Dies betreffe auch das Wechselspiel zwischen regulatorischen Eigenmitteln und der Verschuldungsquote.

Frau Mag. Metz betonte in ihren Ausführungen ausdrücklich die Bedeutung der Teilnahme an der QIS-Erhebung insbesondere mit Blick auf die unterschiedlichen Mindestanforderungen und die Berücksichtigung der verschiedenen Geschäftsmodelle. Für die Auswahl der Institute für die Erhebung seien die nationalen Aufsichtsbehörden verantwortlich. Mitglieder der Vereinigung betonten im weiteren Verlauf der Diskussion, dass das Kreditrisi-

ko bei Bausparkassen viel niedriger sei und Bausparkassen dementsprechend berücksichtigt werden sollten. Zudem sei zu klären, was mit der freien Liquidität aufgrund der Einlagen passiere. Bausparkassen seien hinsichtlich der Anlagemöglichkeiten der freien Liquidität gesetzlich extrem eingeschränkt. Über eine qualitative Darstellung des Geschäftsmodells, so die Überlegung der Mitglieder, könnte besser verdeutlicht werden, dass Bausparkassen einerseits Bausparfinanzierung garantierten und andererseits die Liquidität risikoarm anlegten. Mit Blick auf die Verschuldungsquote wurde die Forderung gestellt, dass nicht die gesamte Bilanzsumme, sondern die Bilanzsumme reduziert um die Anlagen der freien Liquidität, die für regulatorische Zwecke benötigt werden, einbezogen werden sollte.

Dem Hinweis von Frau Mag. Metz und dem Wunsch der Mitglieder eine separate Darstellung des Geschäftsmodells gegenüber der Aufsicht zu kommunizieren kam die EuBV mit der EuBV-Stellungnahme „Die Verschuldungsquote und das Geschäftsmodell der Bausparkassen“ an die EBA am 30. Oktober 2015 und an den Basler Ausschuss für Bankenaufsicht am 13. November 2015 nach.

Im weiteren Verlauf der Sitzung führte Herr Fornies-Martinez, Mitarbeiter der Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion der Europäischen Kommission zu den Zielen der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Banken aus. So sollte bei künftigen In-

solvenzfällen im Bankensektor Bail-in die Regel und Bail-out die Ausnahme sein. Zur Sanierung oder Abwicklung betroffener Institute sei deshalb eine Haftungskaskade festgelegt worden. Die Banken werden verpflichtet, ein Mindestvolumen an berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten (MREL) zur Absorption von Verlusten vorzuhalten. Die Höhe der MREL soll individuell je nach Größe, Risiko und Geschäftsmodell der jeweiligen Bank festgelegt werden. MREL soll als europaweite Kennziffer eingeführt werden und dafür sorgen, dass hinreichend Eigenkapital und bail-in-fähige Verbindlichkeiten zur Verfügung stehen, um eine Abwicklung geordnet durchführen zu können, beziehungsweise eine solche überhaupt erst zu ermöglichen. Die EBA erarbeite, so Herr Fornies-Martinez weiter, hierzu einen technischen Regulierungsstandard (RTS).

In der anschließenden Diskussion erläuterte der Ausschussvorsitzende, dass die Verbindlichkeiten der Bausparkassen überwiegend aus Bauspar-einlagen bestünden. Da es sich hierbei in der Regel um gesicherte Einlagen handelt, gälten sie, entsprechend den Vorgaben in der Richtlinie, im Zusammenhang mit dem Bail-in als nicht berücksichtigungsfähig. Zudem seien Bausparkassen Institute mit sehr risikoarmem Geschäft und wiesen daher einen geringen Anteil von Eigenmitteln an der Bilanzsumme auf. Folglich befürchteten Bausparkassen massive Eingriffe in ihr Geschäftsmodell, um die künftige Mindestanforderung nach einem bestimmten Anteil an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen

Verbindlichkeiten an der Summe der gesamten Verbindlichkeiten und Eigenmittel erfüllen zu können. Herr Fornies-Martinez versicherte, dass es nicht im Interesse der Europäischen Kommission liege, Geschäftsmodelle zu destabilisieren.

Im letzten Vortrag der Frühjahrssitzung führte Herr Collazo Brañanova von der Europäischen Zentralbank (EZB) aus, dass zum Zwecke einer genaueren Marktüberwachung ein zentrales europäisches Register für granulare Kreditdaten erstellt werden solle. Daher sei die EZB damit befasst, Daten der Mitgliedstaaten zu sammeln und entsprechend den neuen Anforderungen für granulare Daten aufzuarbeiten. Mit der zukünftigen EZB-Verordnung sollen unter anderem granulare Daten über Kreditgeber und -nehmer erfasst werden. Von Seiten des Ausschussvorsitzenden wurde die zu erwartenden Auswirkungen auf die Bausparkassen sowie ihren eventuellen Einfluss auf die Geschäftspolitik und das Geschäftsmodell kritisiert. Als Herausforderung zählt er dabei die Sammlung von Informationen auf, die bislang noch nicht für die Datenerfassung notwendig waren. Zudem müsste zukünftig das Geschäftsmodell angepasst werden, um der Datenstruktur, die von der EZB vorgegeben werde, entsprechen zu können.

Herr Collazo Brañanova betonte, dass aus Sicht der EZB versucht werde, keine Daten bei den Instituten abzufragen, die nicht zum Geschäft zählten. Es werde eine Harmonisierung der Datensammlung bei den Kreditinstituten

beabsichtigt. Für kleine Institute sollten Ausnahmen vorgesehen werden. Über Folgen, wie Kostensteigerung, sei man sich jedoch bewusst.

In der Herbstsitzung diskutierten die Mitglieder der Vereinigung über Konzepte für den Prozess der aufsichtlichen Überprüfung und Bewertung (SREP), Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (MREL) sowie über das Thema Zinsänderungsrisiko.

Zunächst führte Herr Tadajewski von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in das Konzept für den Prozess der aufsichtlichen Überprüfung und Bewertung, kurz SREP, ein. Dabei sprach er zum rechtlichen Rahmen, den bisherigen Arbeiten der vergangenen beiden Jahre, der Systematik von SREP sowie den wesentlichen Inhalten des EBA-Leitfadens („EBA Guidelines on common procedures and methodologies for the supervisory review and evaluation process (SREP)“) sowie dessen Auswirkungen auf die aufsichtliche Praxis. Dabei legte er den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die deutsche Sichtweise der Thematik. Zum Thema Zinsänderungsrisiko führte Herr Tadajewski aus, dass bei der Modellierung des Zinsänderungsrisikos die Besonderheiten der Bausparkassen berücksichtigt werden müssten. Generell sei es wichtig, dass sich die Institute an ihre jeweilige national zuständige Aufsichtsbehörde wendeten und den Dialog suchten. Die deutsche Aufsicht sei, so versicherte Herr Tadajewski, zu einem solchen Dialog stets bereit. Im weiteren Verlauf

der Diskussion wurde zum einen die Frage diskutiert, ob der ICAAP Anforderungen an das Kapital zur Folge haben könnte, zum anderen, ob Aufsichtsbehörden, insbesondere in Zeiten unsicherer Zinsentwicklungen, mit ihrer Tätigkeit nicht eher stabilisierend wirken müssten als durch hektische Regulierung Gegenteiliges zu bewirken. Herr Tadajewski erklärte, dass es keine Kapitalzuschläge bezüglich der Liquidität geben werde. Dies sei nicht Ziel der BaFin. Hingegen könnte es sein, dass das Vorhalten einer bestimmten Quote an Mitteln im ICAAP, z. B. für das Zinsänderungsrisiko, gefordert werde. Bezüglich der zweiten Frage verstehe er die wahrgenommene Unsicherheit, jedoch sei der Aufsicht an Stabilität gelegen. Auf Nachfrage erklärte Herr Tadajewski weiterhin, dass die im SREP vergebenen Noten nicht durch die Aufsicht veröffentlicht werden sollen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung führte ein Vertreter der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde zu den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen von MREL im Rahmen der Richtlinie 2014/59/EU zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen aus. Anschließend erläuterte er die Kriterien zur Bestimmung von MREL näher, welche die EBA in ihrem finalen Entwurf eines technischen Regulierungsstandard am 3. Juli 2015 näher spezifiziert hatte („EBA Final Draft Regulatory Technical Standards on criteria for determining the minimum requirement for own funds and eligible liabilities under Directive 2014/59/EU“). So könnten Mittel aus

Einlagensicherungssystemen innerhalb bestimmter Grenzen zur Abwicklung verwendet werden. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, könnten Abwicklungsbehörden niedrigere MREL-Anforderungen setzen. Im weiteren Verlauf seiner Präsentation ging der EBA-Vertreter auf das Zusammenspiel von MREL und TLAC (total loss-absorbing capacity) ein. Abschließend gab er einen Ausblick über den weiteren Zeitablauf der Arbeit zu MREL.

Im Anschluss an die Präsentation erkundigte sich der Ausschussvorsitzende, wie Bausparkassen mit ihren Spezifika im Rahmen von MREL angemessen abgebildet werden könnten, um zu verhindern, dass Bausparkassen durch die MREL-Vorgaben instabiler würden? Der Mitarbeiter der EBA vertrat hier die Ansicht, dass einfachen/besonderen Strukturen in den Geschäftsmodellen im Rahmen von MREL Rechnung getragen werden müsse und forderte die Industrie auf, Spezifika der Geschäftsmodelle gegenüber der EBA zu erläutern.

Abschließend hob der Ausschussvorsitzende zum Thema Zinsänderungsrisiko zwei zentrale Aspekte hervor. Zum einen die Auswirkungen des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch auf Säule 1 zum anderen die Frage der Berechnung des Zinsänderungsrisikos. Generell träfen hier, so der Ausschussvorsitzende, zwei Philosophien aufeinander; die eines statischen Modells, beispielweise einer Investmentbank und die eines dynamischen Modells, in dem Verträge erst angespart würden und es nicht sicher sei, dass es einen Wechsel von der Passiv- zur Aktivseite geben werde. Da-

mit gälten ganz andere Anforderungen für Bausparkassen, und eine Anpassung an ein statisches Modell würde bedeuten, dass eine Kernidee des Bausparens aufgegeben werden müsste, da der Kollektivgedanke des Bausparens hier nicht ohne weitere aufsichtlich anerkannte Konvention abgebildet werden könnte. Folglich müsste viel kurzfristiger agiert werden und die generelle Vergabe von Bauspardarlehen wäre in Frage gestellt. Daraus ergäbe sich eine extreme Gefährdung für das Geschäftsmodell des Bausparens. Es sei daher von hoher Bedeutung, dass die Idee des Bausparens in die Berechnungslogik eingebracht werden könne.

EuBV-Öffentlichkeitsarbeit

Die Pläne der Europäischen Kommission, private Spareinlagen im Rahmen der geplanten Kapitalmarktunion verstärkt in risikoreiche Kapitalmarktinstrumente zu lenken, wurde von der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV) mehrfach kritisiert. So meldete die EuBV bereits vor der Veröffentlichung des Grünbuchs, das am 18. Februar 2015 von Finanzmarktkommissar Jonathan Hill vorgelegt wurde, ihre Bedenken an. Mit Pressemitteilung vom 10. Februar 2015 erklärte der Geschäftsführende Direktor der Vereinigung, Andreas J. Zehnder: „Normalverdiener und einkommensschwächere Haushalte entscheiden sich in vielen Ländern doch bewusst für risikoarme Anlagen. Wer wenig finanzielle Reserven im Rücken hat, hat nun einmal viel zu verlieren. Der Verbriefungsmarkt ist für sie keine Alternative. Die Kommission sollte das Sicherheitsbedürfnis der Menschen stützen und sie nicht in Abenteuer hineinlocken.“

Auch der indirekte Vorwurf der angeblich mangelnden Produktivität des Sparens mit dem Ziel der Finanzierung der eigenen vier Wände wurde als unverständlich zurückgewiesen. In einem persönlichen Gespräch mit Kommissar Hill konnte der Geschäftsführende Direktor die Kritik der EuBV auch direkt adressieren.

Nachdem die Europäische Kommission in ihrem am 30. September 2015 vorgelegten Aktionsplan zur Kapitalmarktunion unverändert an ihren Plänen bezüglich des Transfers privater Spareinlagen in Kapitalmarktinstrumente festgehalten hatte, bekräftigte die

EuBV ihre ablehnende Haltung diesbezüglich per Pressemitteilung vom 5. November 2015. Die Pressemitteilung wurde im Rahmen einer Pressekonferenz am Rande des EuBV-Jahrestreffens in Prag der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Präsident der EuBV, Mag. Herbert Pfeiffer, erklärte dabei: „Das ist der falsche Weg. Für den normalen Bürger zählt vor allem eins: die Sicherheit seiner Geldanlage. Eine Empfehlung in Richtung Verbriefungsmarkt setzt ihn Risiken aus, die er möglicherweise gar nicht durchschauen kann.“ Zudem drückte der Präsident der Vereinigung noch einmal sein Bedauern darüber aus, dass die Europäische Kommission mit diesen Plänen eine Abkehr von früheren Überlegungen vollzogen habe. Im Grünbuch aus dem Jahr 2013 sei zur Stärkung der europäischen Wirtschaft noch auf langfristige Sparprodukte gesetzt worden.

Am 10. Dezember 2015 veröffentlichte die Europäische Kommission ihr Grünbuch zu Finanzdienstleistungen für Privatkunden. Darin hat sie sich zum Ziel gesetzt, Finanzdienstleistungen grenzüberschreitend so vielen Bürgern der EU wie möglich zugänglich zu machen. Dadurch soll die Produktvielfalt gesteigert und verbessert werden. Gleichzeitig sollen jene Hindernisse weiter abgebaut werden, die Unternehmen bislang daran hindern, Finanzprodukte für Privatkunden grenzüberschreitend anzubieten.

In einem Pressegespräch am 17. Dezember 2015 äußerte sich die EuBV zu dem Vorhaben. Dabei wurde der Versuch der Europäischen Kommis-

sion, Identifikations- und Verifikationspflichten an die technischen Entwicklungen eines Online-Abschlusses anzupassen, als Schritt in die richtige Richtung gelobt. Die wirklich großen Hindernisse werden aus Verbands-sicht jedoch weiterhin bestehen bleiben. Denn Kreditinstitute werden sich nur dann in einen anderen nationalen Markt bewegen, wenn sie sicher sein können, dass sie als Kreditgeber bei Zahlungsausfall die entsprechende Sicherheit vollstrecken können und wenn Klarheit besteht, wie die zugrundeliegenden Sicherheiten in einem anderen Staat bewertet werden. Solange aber immer noch die Rom-I-Verordnung die Rechtswahlfreiheit bei grenzüberschreitenden Sachverhalten nicht umfassend erlaubt, werde es keinen Binnenmarkt für Finanzdienstleistungsprodukte geben. Umfangreiche Informations- und Beratungspflichten allein würden nicht viel helfen, um die grenzüberschreitende Kreditvergabe zu beleben.

Im Rahmen des EuBV-Jahrestreffens am 4. und 5. November 2015 in Prag stellte sich der Geschäftsführende Direktor, Andreas J. Zehnder, in einem Interview den Fragen der tschechischen Fachpresse. Dabei zog er Parallelen zwischen dem tschechischen und dem deutschen Bausparsystem und skizzierte gemeinsame Ziele auf europäischer Ebene. So sei die Einstellung der meisten Menschen in beiden Ländern zum Bauen die gleiche: zuerst sparen, dann finanzieren. Trotz eines vergleichsweise jungen Bausparkmarktes in Tschechien besitze jeder zweite tschechische Bürger einen Bausparver-

trag. Daran gemessen, sei Tschechen sogar das Bausparland Nummer 1 in Europa. Mit Bezug auf Deutschland schilderte der Geschäftsführende Direktor die Arbeiten zur Novellierung des Bausparkassengesetzes. Dabei bestehe in Politik, Aufsicht und bei den Bausparkassen Einigkeit, dass das bewährte Spezialbankprinzip aufrecht zu erhalten sei. Bausparen soll auch künftig nur von Bausparkassen angeboten werden dürfen. Dieser Ansatz gehe auch mit den weltweit wieder aufkommenden Überlegungen einher, zur Abschottung von Risiken Trennbankensysteme einzuführen.

Mit Blick auf Europa kritisierte Zehnder vor allem die von EZB-Präsident Draghi verordnete Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Halte ein solcher Zustand länger an, würden sich die Menschen das Sparen abgewöhnen. Gerade vor dem Hintergrund der Lehre aus der letzten Finanzkrise, dass Vorsparen für Normalverdiener für eine solide Baufinanzierung unverzichtbar sei, stelle dies eine gefährliche Entwicklung dar. Daher gelte es gemeinsam gegen diese Absichten der EZB und der Europäischen Kommission anzukämpfen. Daneben ginge es auch darum, im Bereich der Regulierung den europäischen Gesetzgeber in Brüssel immer wieder gemeinsam daran zu erinnern, den Grundsatz der Proportionalität zu wahren. Denn wer risikoarmes Geschäft betreibt, sollte anders behandelt werden als Institute, die weit risikoreicher agieren. Systeme, die Eigenkapitalbildung voraussetzen, hätten die Finanzkrise schließlich nicht verursacht, sondern vielmehr ihre sta-

bilisierende Wirkung unter Beweis gestellt.

Anlässlich einer Veranstaltung zum Bausparen in Rumänien äußerte sich der Geschäftsführende Direktor der EuBV, Andreas J. Zehnder, gegenüber der rumänischen Finanz-Web-Seite Conso.ro. Folgende Zitate entstammen dem Interview vom 22.12.2015:

„Die Zahl der Bausparer in Rumänien wächst. Wichtig ist, dass die Regierung einen attraktiven Bonus anbietet – so wie es Deutschland mit großem Erfolg in den 50er-Jahren gemacht hat. Hat sich das Bausparen nach Jahrzehnten erst mal richtig entwickelt, kann die Bausparprämie an die dann aktuellen Bedingungen angepasst werden. Auch das war in Deutschland der Fall.“

„In Österreich haben fünf von zehn Einwohnern einen Bausparvertrag, in der Tschechischen Republik vier von zehn. Diese beeindruckenden Zahlen zeigen, wie beliebt Bausparen auch in diesen Ländern ist.“

„Eine Umfrage hat ergeben, dass 95 Prozent aller europäischen Kunden ihre verfügbaren Bausparmittel auch für wohnwirtschaftliche Maßnahmen ausgeben, selbst wenn sie, was die Guthaben betrifft, dazu nicht verpflichtet sind.“

„Das Bausparwesen ist ein stabilisierender Faktor des Finanzwesens. Die Wachstumsmärkte sind aus diesem Grund beraten, die Entwicklung und Verbreitung eines solchen Systems zu fördern. Von zentraler Bedeutung

ist dabei die Zugänglichkeit des Bausparens für alle Bevölkerungsschichten, das heißt gerade auch für einkommensschwache Gruppen. Dies geschieht am besten durch eine attraktive Wohnungsbauprämie.“

Die aktuellen Mitteilungen der EuBV sind abrufbar unter: www.efbs.org

3 Wohnwirtschaftliche Entwicklungen in Europa

Die Bauwirtschaft in Europa erholt sich weiter. Die Investitionen in den Bau neuer Gebäude und den Ausbau bestehender erhöhte sich im Jahr 2015 um 1,6 Prozent. Das geht aus den Analysen der 19 Institute hervor, die im Forschungsverbund Euroconstruct die Bautätigkeit in ihren jeweiligen Staaten auswerten und zu einer europäischen Perspektive aggregieren. Für das Jahr 2014 korrigierten die Ökonomen das Wachstum ex post um 0,3 Prozentpunkte auf 1,3 Prozent nach oben. Für das laufende Jahr wird mit einer nochmaligen Zunahme der Investitionstätigkeit gerechnet (+3,0 Prozent), bevor sich in den Jahren 2017 und 2018 die Dynamik verringert (+2,7 Prozent bzw. +2,0 Prozent).

Die Investitionen zogen vor allem in Osteuropa an (+6,0 Prozent). Am kräftigsten wuchsen die Ausgaben dabei in der Slowakei (+10,3 Prozent), wo noch im Jahr 2014 ein spürbarer Rückgang verzeichnet worden war. Auch im Nachbarland Tschechien wurde kräftig investiert (+7,4 Prozent), während das Tempo in Ungarn nach rasantem Wachstum in den Vorjahren etwas gedrosselt wurde (+3,1 Prozent). In Westeuropa (+1,3 Prozent) zählten Irland (+10,6 Prozent) und die Niederlande (+6,0 Prozent) zu den dynamischsten Märkten. Ins Positive hat sich die Investitionstätigkeit in Spanien und Portugal gedreht. Nach Jahren des Schrumpfens expandierten die Ausgaben im Jahr 2015 um 2,4 bzw. 3,0 Prozent. Für beide Länder wird auch in den kommenden Jahren eine Zunahme der Bautätigkeit prognostiziert. Allein in der Schweiz (–0,1 Prozent), Finnland

Bauvolumen in Europa nach Ländern (Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

| Land | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ¹⁾ |
|------------------|-------|-------|-------|------|--------------------|
| Belgien | 4,3 | 0,5 | –0,9 | 2,8 | 0,3 |
| Dänemark | 2,5 | –1,3 | –1,2 | 2,7 | 1,3 |
| Deutschland | 5,2 | –1,2 | –0,3 | 2,4 | 0,4 |
| Finnland | 2,3 | –3,7 | –2,5 | –0,1 | –0,3 |
| Frankreich | 4,3 | 0,3 | –3,2 | –4,2 | –1,3 |
| Großbritannien | 2,3 | –7,8 | 1,8 | 7,8 | 3,7 |
| Irland | –19,1 | –16,8 | –2,0 | 12,7 | 10,6 |
| Italien | –2,6 | –6,3 | –3,5 | –2,2 | 0,4 |
| Niederlande | 3,0 | –7,2 | –3,9 | 0,9 | 6,0 |
| Norwegen | 5,1 | 5,5 | 0,3 | 1,2 | 2,4 |
| Österreich | 4,4 | 2,5 | 1,2 | – | 0,2 |
| Portugal | –10,0 | –15,5 | –14,5 | – | 3,0 |
| Schweden | 1,9 | –2,4 | 1,4 | 6,5 | 5,5 |
| Schweiz | 2,3 | 2,6 | 1,2 | 3,0 | –0,1 |
| Spanien | –20,1 | –31,8 | –18,8 | –1,8 | 2,4 |
| Westeuropa insg. | 0,0 | –9,0 | –2,5 | 1,1 | 1,3 |
| Polen | 11,8 | 0,0 | –8,8 | 5,2 | 5,6 |
| Slowakei | –2,8 | –13,8 | –5,3 | –3,9 | 10,3 |
| Tschechien | –3,9 | –7,7 | –7,0 | 4,1 | 7,4 |
| Ungarn | –10,2 | –4,3 | 6,2 | 8,4 | 3,1 |
| Osteuropa insg. | 4,2 | –3,2 | –6,7 | 4,7 | 6,0 |
| Länder insg. | 0,3 | –5,4 | –2,7 | 1,3 | 1,6 |

1) Schätzung

Quelle: Euroconstruct

(–0,3 Prozent) und Frankreich (–1,3 Prozent) sanken die Investitionen in Bau und Ausbau neuer bzw. bestehender Gebäude, in den beiden letztgenannten Staaten bereits das dritte Jahr in Folge. In Deutschland wuchsen die Investitionsausgaben mit 0,4 Prozent schwächer als im Vorjahr.

Wohnungsbau wächst stärker als im Vorjahr, Trendwende in Spanien und Portugal

Auch der Wohnungsbau festigt seine positive Entwicklung. Wurden im Jahr 2014 1,5 Prozent mehr Mittel für den Bau und Ausbau von Wohnraum aufgewendet, so erhöhten sich die Ausgaben in den 19 Euroconstruct-Staaten nochmals um 1,8 Prozent. Die Wohnungsbauinvestitionen zeichnen, auf ähnlichem Niveau wie in den Vorjahren, für rund 46 Prozent der gesamten Bauinvestitionen verantwortlich. Dagegen hat sich der Anteil der Renovierungsleistungen an den gesamten Wohnungsbauinvestitionen um rund 3 Prozentpunkte auf 59 Prozent verringert. Ursache ist der stärkere Anstieg bei den Ausgaben für Neubauten.

Wiederum herrschte eine besondere Dynamik beim Wohnungsbau in den Staaten Osteuropas (+4,4 Prozent). Um 5,8 Prozent wuchsen die Ausgaben für Neu- und Ausbau von Wohnungen in Ungarn. Auch in Polen (+5,2 Prozent) standen die Vorzeichen auf Wachstum. Allein in der Slowakei wurden die Ausgaben abermals reduziert (-3,1 Prozent), allerdings nicht mehr ganz so stark. Ansonsten lag das Ausgabenwachstum in sämtlichen betrachteten Staaten Osteuropas über der Vorjahresrate. In Westeuropa legten die Ausgaben im Wohnungsbau um durchschnittlich 1,7 Prozent zu. Verglichen mit Osteuropa gab es aber erhebliche Unterschiede zwischen den Staaten. Prozentual am stärksten war der Anstieg in Irland (+17,6 Prozent), Schweden (+14,9 Prozent) und

Wohnungsbauvolumen in Europa nach Ländern (Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in %)

| Land | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ¹⁾ |
|------------------|-------|-------|-------|------|--------------------|
| Belgien | 5,7 | -3,6 | -1,7 | 6,7 | 2,8 |
| Dänemark | 7,1 | -3,5 | -1,5 | 4,2 | 1,0 |
| Deutschland | 6,2 | 1,2 | 0,3 | 2,7 | 2,0 |
| Finnland | 4,9 | -3,5 | -2,9 | -3,8 | -0,3 |
| Frankreich | 6,3 | -0,4 | -4,6 | -6,1 | -0,9 |
| Großbritannien | 2,2 | -5,1 | 5,3 | 15,4 | 2,2 |
| Irland | -7,3 | -18,3 | -4,0 | 18,6 | 17,6 |
| Italien | -1,6 | -6,3 | -1,9 | -1,6 | -1,6 |
| Niederlande | 5,6 | -7,6 | -4,2 | 2,6 | 11,0 |
| Norwegen | 10,6 | 6,7 | 1,8 | -3,1 | 2,0 |
| Österreich | 2,3 | 3,9 | 3,1 | -1,4 | -0,2 |
| Portugal | -8,5 | -16,6 | -11,4 | -2,9 | 4,8 |
| Schweden | 1,2 | -8,8 | 5,0 | 10,3 | 14,9 |
| Schweiz | 2,0 | 1,4 | 2,2 | 2,2 | 0,0 |
| Spanien | -15,1 | -30,5 | -17,5 | -4,5 | 3,2 |
| Westeuropa insg. | 2,1 | -4,3 | -1,6 | 1,5 | 1,7 |
| Polen | 9,3 | 5,3 | -7,9 | 2,5 | 5,2 |
| Slowakei | -12,0 | -7,1 | 2,0 | -5,3 | -3,1 |
| Tschechien | 1,4 | -19,2 | -13,0 | 1,3 | 3,3 |
| Ungarn | -21,0 | 0,0 | -15,1 | -1,7 | 5,8 |
| Osteuropa insg. | 2,1 | -1,8 | -9,0 | 1,3 | 4,4 |

1) Schätzung

Quelle: Euroconstruct

in den Niederlanden, wo das Ausgabenwachstum rasant von 2,6 Prozent im Jahr 2014 auf 11,0 Prozent kletterte. Dagegen erlahmte die Dynamik im Vereinigten Königreich. Hier reduzierte sich die Wachstumsrate von 15,4 Prozent auf nur noch 2,2 Prozent im Jahr 2015. In Spanien und Portugal hat sich das Vorzeichen umgekehrt: Nach einem Schrumpfungsprozess, der in Spanien acht Jahre und in Portugal ganze 15 Jahre andauerte, stiegen die Wohnungsbauinvestitionen erstmals wieder an (+3,2 Prozent bzw. +4,8 Prozent). Auch Norwegen kehrte nach nur

einem Jahr der Schrumpfung wieder zum Wachstum zurück (+2,0 Prozent). Zu den Staaten mit negativen Wachstumsraten zählt neben Österreich (-0,2 Prozent), Finnland (-0,3 Prozent) und Frankreich (-0,9 Prozent) auch Italien (-1,6 Prozent), das im Gegensatz zu den drei anderen Märkten keine Verlangsamung des Abwärtstrends erfuhr. In Belgien (+2,8 Prozent), Dänemark (+1,0 Prozent) und Deutschland (+2,0 Prozent) schwächte sich die positive Dynamik im Wohnungsbau ab, in der Schweiz stagnierten die Investitionen auf Vorjahresniveau.

Nur noch leichter Rückgang bei den Wohnungsfertigstellungen, Ausblick positiv

Die Stabilisierung mit einer leichten positiven Tendenz im europäischen Wohnungsbau wird von den Daten zu den Wohnungsfertigstellungen untermauert. In den 19 betrachteten Staaten wurden insgesamt 1,41 Mio. Wohnungen fertiggestellt. Das waren zwar 0,8 Prozent weniger als im Jahr 2014. Allerdings hatten sich die Euroconstruct-Experten in ihren Analysen und Prognosen verschätzt und die Zahlen zu pessimistisch vorausgesagt. Deshalb wurde der tatsächliche Wert für 2014 um fast 12 Prozent nach oben korrigiert. 2016 sollten die Fertigstellungen um 5 Prozent wachsen. Die Unterschiede zwischen den Staaten sind teils erheblich. In Spanien und Portugal sind die Auswirkungen der Krise noch spürbar, weil die Fertigstellungen den Ausgaben und Baugenehmigungen nachlaufen. Der Ausblick ist aber positiv. In Finnland, Frankreich und Italien sank die Zahl der fertiggestellten Wohnhäuser und Etagenwohnungen 2015 noch stärker als im Vorjahr.

Im europäischen Vergleich sticht Frankreich aus mehreren Gründen hervor. Erstens wurden hier im Jahr 2015 mit 374.400 Wohnungen so viele Einheiten fertiggestellt wie in keinem anderen der 19 betrachteten Länder. Gleichzeitig fiel der absolute Rückgang um 37.600 hier am stärksten aus. Prozentual beträgt der Rückgang 9,1 Prozent. In Deutschland wurden 230.000 Wohnungen oder 6,4 Prozent mehr Wohnungen fertiggestellt als im Jahr

Wohnungsbau in Europa nach Ländern (Zahl der Fertigstellungen¹⁾ in 1.000 Wohnungen)

| Land | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ²⁾ |
|------------------|-------|-------|-------|---------|--------------------|
| Belgien | 46 | 42 | 42 | 47,1 | 47,9 |
| Dänemark | 12 | 15 | 14 | 13,6 | 13,2 |
| Deutschland | 161 | 177 | 188 | 216,1 | 230,0 |
| Finnland | 32 | 31 | 31 | 28,0 | 25,0 |
| Frankreich | 336 | 360 | 320 | 412,0 | 374,4 |
| Großbritannien | 135 | 136 | 130 | 140,3 | 157,0 |
| Irland | 7 | 5 | 5 | 8,8 | 10,0 |
| Italien | 159 | 134 | 119 | 103,6 | 85,6 |
| Niederlande | 58 | 52 | 51 | 45,0 | 50,0 |
| Norwegen | 21 | 26 | 29 | 28,1 | 28,5 |
| Österreich | 38 | 40 | 41 | 42,8 | 45,1 |
| Portugal | 31 | 28 | 21 | 10,3 | 7,4 |
| Schweden | 28 | 27 | 25 | 35,7 | 41,7 |
| Schweiz | 46 | 42 | 46 | 48,5 | 48,7 |
| Spanien | 167 | 120 | 65 | 46,8 | 43,0 |
| Westeuropa insg. | 1.276 | 1.235 | 1.126 | 1.226,9 | 1.207,6 |
| Polen | 131 | 152 | 145 | 143,4 | 150,3 |
| Slowakei | 17 | 15 | 15 | 15,0 | 15,1 |
| Tschechien | 29 | 29 | 25 | 24,0 | 24,0 |
| Ungarn | 13 | 11 | 7 | 8,4 | 9,5 |
| Osteuropa insg. | 187 | 208 | 193 | 190,8 | 198,9 |
| Europa insg. | 1.463 | 1.442 | 1.319 | 1.417,6 | 1.406,5 |

1) Errichtung neuer Wohngebäude

2) Schätzung

Quelle: Euroconstruct

2014. Das größte relative Wachstum wurde in Schweden (+16,8 Prozent auf 41.700) und Irland (+13,5 Prozent auf 10.000) registriert. Die Niederlande haben ihre Wohnimmobilienkrise augenscheinlich hinter sich gebracht. Während die Fertigstellungen hier im Jahr 2014 um 12 Prozent einbrachen, kehrte das Wachstum im Jahr 2015 zurück (+11,1 Prozent auf 50.000 Wohnungen). Auch Dänemark hatte in

jüngerer Zeit mit einer Wohnimmobilienkrise zu kämpfen, die aber noch nicht ausgestanden ist. 2015 sanken die Fertigstellungen nochmals um 3,1 Prozent auf 13.200 Wohnungen. Das Abwärtstempo verlangsamte sich dort ebenso wie in den einstmaligen Krisenländern Spanien (-8,2 Prozent auf 43.000 Wohnungen) und Portugal (-27,9 Prozent auf 7.400). Dagegen spitzte sich die Lage in Italien zu, wo

mit 85.600 Wohnungen 17,3 Prozent weniger Einheiten gebaut wurden als 2014 und der Rückgang noch stärker ausfiel als im Vorjahr. In den vier ost-europäischen Staaten im Fokus der Euroconstruct-Forscher kam es durchweg zu einem Anstieg der Fertigstellungen. In Polen und der Slowakei kam es zu einem positiven Vorzeichenwechsel, in Ungarn stieg die Zahl der neu gebauten Wohnungen um 13,1 Prozent auf 9.500.

Wohnimmobilienpreise steigen überwiegend moderat

Der Eurostat-Hauspreisindex für die Europäische Union ist in den ersten drei Quartalen des Berichtsjahres 2015 um 2,6 Prozent gestiegen. Damit legten die Kaufpreise für Neubauten und Gebrauchtimmobilien stärker zu als im Vorjahreszeitraum (+1,6 Prozent) und lagen über der allgemeinen Teuerung in der EU. Außerhalb der Eurozone stiegen die Preise stärker als in der Summe der 19 Staaten der Währungsunion (+1,5 Prozent).

Besonders in Schweden (+12,8 Prozent), Irland (+12,0 Prozent) und Ungarn (+10,1 Prozent) machte sich der Anstieg der Nachfrage nach neuem Wohnraum und Bestandsimmobilien bemerkbar. Auch in Island (+8,1 Prozent) und Norwegen (+7,6 Prozent), aber auch im krisengeschüttelten Dänemark (+7,6 Prozent) legten die Kaufpreise deutlich zu. Am anderen Ende der Skala standen Lettland mit einem Preisrückgang von 6,3 Prozent, Kroatien (-3,1 Prozent) und Italien, wo für

Wohnungen im Schnitt 1,8 Prozent weniger Mittel aufgebracht werden mussten als noch im Vorjahr. Einen vergleichsweise kräftigen Preisauftrieb gab es in Deutschland (+4,9 Prozent) und Österreich (+4,4 Prozent).

In den meisten Staaten der Europäischen Union vollzog sich eine moderate Preissteigerung, darunter auch in Spanien und Portugal. Für Griechenland werden bei Eurostat keine Daten erfasst.

Private Haushalte in Europa lassen sich nicht zum Konsum zwingen

Bei der Sparquote liegt im europäischen Vergleich die Schweiz an der Spitze. Im Schnitt legten die Eidgenossen 17,8 Prozent ihres verfügbaren Einkommens auf die hohe Kante. Ähnlich hoch lag der Wert nur in Luxemburg (17,3 Prozent) und in Schweden (15,8 Prozent). Schon deutlich dahinter liegt Deutschland mit einer Sparquote von 9,5 Prozent vor Ungarn (9,0 Prozent) und Österreich (8,7 Prozent). In Dänemark geben die Haushalte nach wie vor mehr Geld aus, als ihnen an Einkommen zur Verfügung steht (-4,1 Prozent). Der Prozess des Schuldenaufbaus und Kapitalverzehr setzt sich fort, bildet aber im europäischen Vergleich die Ausnahme. Insgesamt notiert die Sparquote in den von der OECD betrachteten Staaten auf einem stabilen Niveau. Unter den OECD-Staaten der Eurozone beträgt die maximale Abweichung

-1,1 Prozent in Belgien, wo die Sparquote jetzt bei 4,0 Prozent liegt und +1,1 Prozent in Finnland (Sparquote 2015: 0,8 Prozent). In den drei Staaten, die bei der Berechnung der Sparquote die Brutto-Methode anwenden (anders als bei der Netto-Methode wird hier der Wertverzehr von Sachkapital nicht vom absoluten Sparbetrag in Abzug gebracht), sticht Frankreich mit einer Sparquote von 14,9 Prozent heraus. In Portugal lag die Sparquote bei 7,6 Prozent, 1,7 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Im Vereinigten Königreich sank der Wert um 0,6 Prozentpunkte auf 4,3 Prozent.

Sparquoten privater Haushalte im Ländervergleich (in % des verfügbaren Einkommens)

| Land | Jahresdurchschnitt | | | | | |
|------------------------------|--------------------|------|------|------|------|--------------------|
| | 2001 bis 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ¹⁾ |
| Belgien | 9,9 | 6,6 | 6,4 | 5,0 | 5,1 | 4,0 |
| Dänemark | -1,0 | 0,9 | 0,0 | -0,4 | -6,5 | -4,1 |
| Deutschland | 10,0 | 9,6 | 9,3 | 9,1 | 9,5 | 9,5 |
| Finnland | 1,7 | 1,3 | 0,7 | 1,3 | -0,3 | 0,8 |
| Frankreich ²⁾ | 15,1 | 15,2 | 14,7 | 14,3 | 14,8 | 14,9 |
| Griechenland | - | - | - | - | - | - |
| Großbritannien ²⁾ | 8,6 | 9,1 | 8,7 | 6,3 | 4,9 | 4,3 |
| Irland | 3,0 | 7,3 | 5,5 | 8,1 | 6,9 | 6,9 |
| Italien | 8,1 | 3,6 | 1,8 | 3,9 | 3,4 | 3,8 |
| Niederlande | 5,9 | 5,8 | 6,8 | 7,3 | 8,2 | 8,5 |
| Norwegen | 5,0 | 5,8 | 7,1 | 7,6 | 8,5 | 8,4 |
| Österreich | 10,3 | 7,9 | 9,2 | 7,3 | 7,8 | 8,7 |
| Portugal ²⁾ | 9,3 | 7,5 | 7,7 | 7,8 | 5,9 | 7,6 |
| Schweden | 8,6 | 12,7 | 15,3 | 15,1 | 15,3 | 15,8 |
| Schweiz | 15,7 | 17,8 | 18,7 | 19,0 | 18,3 | 17,8 |
| Spanien | 3,9 | 4,6 | 2,6 | 4,2 | 3,9 | 2,9 |
| Polen | 4,8 | -0,5 | -0,5 | 0,7 | 2,1 | 3,2 |
| Slowakei | 1,9 | 2,9 | 1,7 | 2,9 | 3,8 | 3,9 |
| Tschechien | 6,6 | 5,9 | 6,2 | 5,5 | 5,7 | 5,5 |
| Ungarn | 6,1 | 7,6 | 5,5 | 5,4 | 7,3 | 9,0 |
| Japan | 2,0 | 2,7 | 1,2 | -0,2 | 0,8 | 2,4 |
| Kanada | 3,2 | 4,4 | 5,2 | 5,2 | 4,0 | 4,1 |
| USA | 4,4 | 6,0 | 7,6 | 4,8 | 4,8 | 4,9 |

1) Schätzung

2) Bruttoersparnis

Quelle: OECD-Wirtschaftsausblick

Bisher kann kein eindeutiger Effekt der ultralockeren Geldpolitik der EZB identifiziert werden. Auch die Prognosen der OECD geben, anders als in den Vorjahren, keine eindeutige Tendenz wieder. Am plausibelsten erscheint die Annahme, dass die Haushalte eher abwarten und nichts an ihrem Spar-

verhalten ändern. Das wiederum würde die Hypothese untermauern, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas unter den gegenwärtigen Bedingungen eher zum Angstsparen neigen.

Kurzfristige Zinsen finden keinen Boden, schon drei Staaten mit negativem Zins

Der Euribor-Satz für Einlagen mit einer Laufzeit von drei Monaten lag im Durchschnitt des Jahres 2015 bei 0 Prozent. Die konventionellen geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank, die vor allem Einfluss auf die kurzfristigen Zinsen nehmen, zeigen damit Wirkung. Auf die Realwirtschaft ist der geldpolitische Funke allerdings noch nicht übergesprungen. Aus mehreren Gründen: Erstens herrscht große Furcht vor einer weiteren Destabilisierung in Nahost und Nordafrika, die im rapiden Ölpreisverfall der letzten Wochen zum Ausdruck kommt. Schlechte Konjunkturdaten aus China nähren die Sorge um eine Rezession der Weltkonjunktur, was sich in anhaltenden Turbulenzen an den wichtigsten Wertpapierhandelsplätzen bemerkbar macht. Außerdem sind die strukturellen Probleme auf dem europäischen Finanzmarkt und den öffentlichen Haushalten in einigen Eurostaaten weiter ungelöst. Jetzt rächt sich die Strategie der EZB, ohne akuten Druck eine Politik der bedingungslosen Finanzmarkt- und Konjunkturstabilisierung anzukündigen. Die Krise konnte die EZB mit ihren beispiellosen Handlungen aus eigener Kraft nicht bewältigen, auch wenn sie den Anschein erweckte, im Besitz dieser Fähigkeit zu sein. In der jetzigen Situation, mit einer Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage, fehlt ihr schlichtweg der Spielraum für weitere stimulierende geldpolitische Impulse. Infolge der EZB-Entscheidungen sahen sich die

Kurzfristige Zinssätze¹⁾ im Ländervergleich (in %)

| Land | Jahresdurchschnitt | | | | | |
|----------------|--------------------|------|------|------|------|--------------------|
| | 2001 bis 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ²⁾ |
| Belgien | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Dänemark | 3,2 | 1,1 | 0,6 | 0,3 | 0,3 | -0,1 |
| Deutschland | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Finnland | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Frankreich | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Griechenland | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Großbritannien | 4,0 | 0,9 | 0,8 | 0,5 | 0,5 | 0,6 |
| Irland | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Italien | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Niederlande | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Norwegen | 4,2 | 2,9 | 2,2 | 1,8 | 1,7 | 1,3 |
| Österreich | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Portugal | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Schweden | 2,9 | 2,5 | 2,0 | 1,2 | 0,7 | -0,2 |
| Schweiz | 1,3 | 0,1 | 0,1 | - | - | -0,8 |
| Spanien | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Euro-Gebiet | 2,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Polen | 6,5 | 4,6 | 4,9 | 3,0 | 2,5 | 1,7 |
| Slowakei | 3,8 | 1,4 | 0,6 | 0,2 | 0,2 | 0,0 |
| Tschechien | 2,8 | 1,2 | 1,0 | 0,5 | 0,4 | 0,3 |
| Ungarn | 8,4 | 6,0 | 6,9 | 4,2 | 2,2 | 1,2 |
| Japan | 0,3 | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,1 | 0,1 |
| Kanada | 2,8 | 1,2 | 1,2 | 1,2 | 1,2 | 0,8 |
| USA | 2,7 | 0,4 | 0,4 | 0,3 | 0,3 | 0,4 |

1) In den meisten Ländern Zinssätze für Dreimonatsgeld

2) Schätzung

Quelle: Euroconstruct

Notenbanken weiterer europäischer Staaten zur Reaktion gezwungen. In Schweden sank der Dreimonatsgeldmarktzins von 0,7 Prozent auf -0,2 Prozent, in Dänemark von 0,3 Prozent auf -0,1 Prozent. In der Schweiz sank das Zinsniveau von 0 Prozent auf -0,8 Pro-

zent. In den Maßnahmen dieser Staaten kommt auch die Furcht vor einer Kapitalflucht aus der Eurozone zum Ausdruck.

Der Grundsatz, wonach die Notenbank mit ihrer Politik die kurzfristigen Zin-

sen bestimmt, während Fundamentaldaten der Wirtschaft die langfristigen Zinsen determinieren, ist inzwischen obsolet. Durch das Quantitative Easing hat die EZB den Versuch unternommen, auch Einfluss auf die langfristigen Zinsen zu nehmen. Infolgedessen sind die Zinsen für 10-jährige Staatsanleihen in der Eurozone auf durchschnittlich 1,2 Prozent gefallen (2014: 2,0 Prozent). In Deutschland betrug die Verzinsung 2015 im Schnitt 0,5 Prozent. Mit Ausnahme Griechenlands, wo die Verzinsung um 3 Prozentpunkte auf 9,9 Prozent stieg, gingen die Renditen in allen südlichen Euroländern mit Krisenvergangenheit (Spanien, Portugal) oder -gegenwart (Italien) spürbar zurück: In Spanien und Italien sank die Rendite auf 1,7 Prozent und in Portugal auf 2,4 Prozent. Auch in Frankreich sank das Zinsniveau, und zwar von 1,7 Prozent auf 0,9 Prozent. Dabei gehören Italien und Frankreich zu den Staaten, die gegen eine wirtschaftliche Rezession kämpfen und in denen wichtige Strukturreformen aufgeschoben wurden. Problematisch ist im Zusammenhang mit der Niedrigzinspolitik auch die Entwertung von Altersvorsorgevermögen und der Vermögensperspektiven der privaten Haushalte.

Langfristige Zinssätze¹⁾ im Ländervergleich (in %)

| Land | Jahresdurchschnitt | | | | | |
|----------------|--------------------|------|------|------|------|--------------------|
| | 2001 bis 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ²⁾ |
| Belgien | 4,1 | 4,2 | 3,0 | 2,4 | 1,7 | 0,9 |
| Dänemark | 4,1 | 2,7 | 1,4 | 1,7 | 1,3 | 0,6 |
| Deutschland | 3,9 | 2,6 | 1,5 | 1,6 | 1,2 | 0,5 |
| Finnland | 4,1 | 3,0 | 1,9 | 1,9 | 1,4 | 0,7 |
| Frankreich | 4,0 | 3,3 | 2,5 | 2,2 | 1,7 | 0,9 |
| Griechenland | 5,1 | 15,7 | 22,5 | 10,1 | 6,9 | 9,9 |
| Großbritannien | 4,5 | 3,1 | 1,9 | 2,4 | 2,6 | 1,9 |
| Irland | 4,5 | 9,6 | 6,0 | 3,8 | 2,3 | 1,1 |
| Italien | 4,4 | 5,4 | 5,5 | 4,3 | 2,9 | 1,7 |
| Niederlande | 4,1 | 3,0 | 1,9 | 2,0 | 1,5 | 0,7 |
| Norwegen | 4,7 | 3,1 | 2,1 | 2,6 | 2,5 | 1,5 |
| Österreich | 4,1 | 3,3 | 2,4 | 2,0 | 1,5 | 0,7 |
| Portugal | 4,4 | 10,2 | 10,5 | 6,3 | 3,8 | 2,4 |
| Schweden | 4,1 | 2,6 | 1,6 | 2,1 | 1,7 | 0,7 |
| Schweiz | 2,6 | 1,5 | 0,6 | 0,9 | 0,7 | 0,0 |
| Spanien | 4,2 | 5,4 | 5,8 | 4,6 | 2,7 | 1,7 |
| Euro-Gebiet | 4,1 | 4,2 | 3,7 | 2,9 | 2,0 | 1,2 |
| Polen | 7,0 | 5,7 | 5,2 | 4,5 | 4,0 | 3,5 |
| Slowakei | 5,1 | 4,4 | 4,6 | 3,2 | 2,1 | 1,0 |
| Tschechien | 4,5 | 3,7 | 2,8 | 2,1 | 1,6 | 0,7 |
| Ungarn | 7,5 | 7,6 | 7,9 | 5,9 | 4,8 | 3,5 |
| Japan | 1,4 | 1,1 | 0,8 | 0,7 | 0,6 | 0,4 |
| Kanada | 4,3 | 2,8 | 1,9 | 2,3 | 2,2 | 1,5 |
| USA | 4,2 | 2,8 | 1,8 | 2,4 | 2,5 | 2,1 |

1) In den meisten Ländern Zinssätze für 5- oder 10-jährige Staatsanleihen

2) Schätzung

Quellen: OECD-Wirtschaftsausblick, Euroconstruct

4 EuBV Focus

Ersparnisse im Niedrigzinsumfeld

Jacques de Larosière, Präsident, Observatoire de l'Épargne Européenne

Wir leben in merkwürdigen Zeiten. In meiner langen Karriere sind mir jetzt erstmals nominal negative Zinsen untergekommen. Es gab schon mal real negative Zinsen, jedoch noch nie nominale Negativzinsen. Wie lange wird diese Null- oder sogar Minuszinszeit andauern?

Um diese Frage zu beantworten, sollten die Ursachen des Zinsrückgangs und die entsprechenden Folgen auf die Finanzierung der Wirtschaft und die finanzielle Stabilität ins Blickfeld genommen werden.

1. Ursachen der historisch niedrigen Zinsen: Gibt es eine Ersparnisschwemme in der Welt?

Der Zinsabfall ist in erster Linie auf die Geldpolitik zurückzuführen. Die Weltwirtschaft ist seit den 1990er Jahren mit einem extrem akkommodierenden geldpolitischen Kurs der FED konfrontiert. In den letzten Jahren wurde diese Politik durch die Auswirkungen der „quantitativen Lockerung“ sogar noch verstärkt.

Zentralbanken beschränken sich bei ihren Aktivitäten nicht mehr auf die Beeinflussung der Kurzfristzinsen. Sie haben massenhaft Anleihen aufgekauft und damit die Nachfrage nach Wertpapieren angeheizt und das traditionelle wirtschaftliche Gleichgewicht verändert. Die Aufkäufe der Bank of England zwischen 2009 und 2012 beispielsweise entsprachen den Nettoemissionen von Staatsanleihen in diesem Zeitraum.

Unmittelbare Auswirkungen dieser Politik sind festzustellen: In den Vereinigten Staaten wie auch in Großbritannien wurden die Zinsen um mindestens 100 Basispunkte (noch mehr in den USA) stärker gesenkt, als das ohne Anleihekaufprogramme der Zentralbanken der Fall gewesen wäre.

Der zweite maßgebliche Faktor ist das Fehlen eines internationalen Währungssystems seit vierzig Jahren. Systematische Dollar-Käufe von Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen, um den Kurs ihrer Landeswährung zu schwächen, haben zu einer beträchtlichen Erhöhung der internationalen Liquidität geführt. Die langfristige, zinsdrückende Wirkung dieser Maßnahmen wurde auf rund 100 Basispunkte beziffert.

Die Sonderstellung des US-Dollars als internationale Reservewährung wird auch als „Triffin-Effekt“ bezeichnet: In der Theorie muss jeder Kredit in beliebiger Währung termingerecht zurückgezahlt werden, was sich dann in einem Rückgang der Reserven der Zentralbank im Schuldnerland niederschlägt. Bei Schulden in US-Dollar ist das jedoch nicht der Fall. Diese werden in gewissem Sinne zweimal genutzt: Vom US-Importeur, der sein Konto zugunsten des ausländischen Exporteurs belastet, und von Letzterem, der seine Dollar nutzen kann, ohne dass dies die Aktiva der FED reduzieren würde (nur die Verbindlichkeiten in US-Dollar steigen dadurch an).

Gibt es abseits von diesen geldpolitischen Faktoren noch andere struktu-

relle Ursachen, die diesen Niedrigzinstrend erklären könnten?

Einige Ökonomen glauben, dass die Industrieländer neben anderen Gründen im Zusammenhang mit der Verlangsamung der technologischen Innovation (und damit der Produktivitätssteigerungen) insbesondere aus demographischen Gründen (alternde Bevölkerung und Abnahme der Geburtenrate in den „entwickelten“ Ländern) ein anhaltender Rückgang des Potenzialwachstums bevorsteht. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer „säkularen Stagnation“.

Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich von 1800 bis 1900, im Jahrhundert der ersten industriellen Revolution, verdoppelt, ein weiteres Mal dann in nur dreißig Jahren von 1930 bis 1957 und nochmals im Zeitraum 1957-1988, was eine in der Geschichte beispiellose Beschleunigung darstellt. Die Ursachen waren zahlreich: technologische Revolutionen, längere Lebenserwartung, bessere Arbeitsbedingungen und Lebensstiländerungen. Es gibt jedoch einen maßgeblichen gemeinsamen Faktor, und zwar die Vielzahl technologischer Innovationen, welche die in diesen Zeiträumen verzeichneten Produktivitätsgewinne erklären.

Die jährlichen Produktivitätszuwächse sind seit den frühen 1970er Jahren deutlich zurückgegangen. Aktuelle Innovationen betreffen Konsumgüter – Smartphones, Tablets -, die nicht zu einer Steigerung der Produktivität oder auch nur zu einer Verbesserung des Lebensstandards beitragen. Dement-

sprechend könnte das Potenzialwachstum in den betroffenen Ländern, wie in der Vergangenheit vor 1800, nicht über 0,2 % hinausgehen.

Ich bin der Meinung, dass, neben dem Produktivitätsproblem, mehrere andere Faktoren zusammenwirken, die das Wachstum verlangsamen und die Zinsen drücken:

- alternde Bevölkerung und Alterslast
- Verschuldung der Staats- und privaten Haushalte
- Ineffiziente Bildungssysteme
- Kosten der globalen Erwärmung

2. Gleichgewicht zwischen Ersparnissen und Investitionen

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zufolge werden über 80 % des gesamten Finanzierungsbedarfs der europäischen Wirtschaft über Ersparnisse der privaten Haushalte gedeckt. Daraus geht auch hervor, dass mehr als 2/3 der finanziellen Ersparnisse der Haushalte für die Unternehmens- und 1/3 für die Staatsfinanzierung verwendet werden. Ein weiteres zentrales Merkmal der Finanzierung der europäischen Wirtschaft seit dem 2. Weltkrieg ist die maßgebliche Rolle der Banken und anderer Finanzinstitute bei der Vermittlung von Ersparnissen.

Ich meine, dass der Markt, unabhängig vom künftigen Zinsniveau, den Anlegern ausreichende Erträge bieten muss, damit die Gleichung zwischen

Ersparnissen und Investitionen aufgeht. Es ist in der Tat wirtschaftlich schwer vorstellbar, dass der Gleichgewichtszins, wie derzeit, dauerhaft um die null Prozent liegt. In einer Übergangsphase auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht wäre das noch plausibel, jedoch nicht als Dauerzustand, da so der Sparanreiz größtenteils verlorengehen würde.

Halten die Niedrigzinsaussichten an, so würde die Geldhaltung auf Girokonten für die privaten Haushalte keine Opportunitätskosten mehr verursachen, was sich letztlich in einer Verkürzung ihres Anlagehorizonts niederschlagen würde. Eines der zwei Szenarien (oder eine Kombination von beiden) wären die Folge:

- Anstieg des Missverhältnis zwischen kurzfristigen Verbindlichkeiten und langfristigen Vermögenswerten des Finanzsystems und somit eine Schwächung des Systems;
- Rückgang der langfristigen Investitionen, was schließlich dazu führen würde, dass die Investitionsbedürfnisse unserer Gesellschaft (Energie, Umwelt) nicht mehr befriedigt werden können. In einer „säkularen Stagnation“ wäre die Investitionsnachfrage jedoch erheblich reduziert. Das Gleichgewicht zwischen Ersparnissen und Investitionen sollte sich wieder einpendeln. Sollten die Ersparnisse (im Verhältnis zur Investitionsnachfrage) „zu hoch“ bleiben, würde sich dieser Überschuss in einem Rückgang der realen Zinsen niederschlagen.

3. Finanzstabilität

Kann der Finanzmarkt in einem Niedrig- oder Negativzinsumfeld stabil bleiben?

Drei Problembereiche sind auszumachen:

Höhere Risiken

Der Rückgang der Bestände an risikolosen Wertpapieren (infolge der Käufe durch die Zentralbanken) könnte die Anleger dazu bewegen, größere Risiken einzugehen.

Gleiche Ursachen, gleiche Wirkung: Sehr niedrige Marktzinssätze könnten, wie in den Jahren 2007-2008, Leverage und übermäßige Risikobereitschaft der Anleger begünstigen.

Wenn sich die Staaten zu Null- oder sogar Negativzinsen finanzieren, könnte sich das bei einigen negativ auf ihren Willen zur Haushaltskonsolidierung auswirken.

Rückgang der Bankenintermediation

Wenn auf den Finanzmärkten für Investment-Grade-Unternehmensanleihen eine Finanzierung zu rund 2 % zu haben ist, können die Banken einen festen Kreditzinssatz von rund 3 % nur schwer durchsetzen. Die besten Unternehmen finanzieren sich zunehmend direkt am Markt und gehen von Bankkrediten ab.

In den Asset-Portfolios der Banken ist dementsprechend eine Verschiebung zu risikoreicheren Krediten zu beobachten, insbesondere an KMU, die keinen Zugang zu direkter Kapitalmarktfinanzierung haben, was wiederum zwei Probleme aufwirft:

- aufgrund der höheren Risikoposition steigen die Kapitalkosten der Banken;
- die Finanzierungskosten für KMU gehen nach oben. Kleine und mittlere Unternehmen sind finanzierungstechnisch fast vollständig von den Banken abhängig und reagieren daher sehr empfindlich auf Änderungen des Kreditumfelds. Der Großteil aller neuen Arbeitsplätze sowie der Wertschöpfung in der EU entfällt jedoch auf KMU. Es handelt sich daher um ein wirklich grundlegendes Problem und nicht bloß um ein finanztechnisches Kuriosum.

Herausforderung für Lebensversicherungen und Pensionskassen

Versicherungen und Pensionskassen verfügen über langfristige Verbindlichkeiten mit vertraglichen Verpflichtungen. Wie können diese Einrichtungen ihre Verbindlichkeiten mit Vermögenswerten erfüllen, die keine Erträge abwerfen?

Dies gilt es zu untersuchen, bevor als scheinbar naheliegende Lösung zur Stärkung des Wachstums noch mehr Liquidität in das Finanzsystem gepumpt und der Zinsdruck erhöht wird.

Ungleichgewichte in den Bilanzen dieser Einrichtungen, die eine wichtige Rolle auf den Finanzmärkten spielen, können die Stabilität des gesamten Finanzsektors gefährden.

Abschließend möchte ich noch meine Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass Wachstum eng mit Strukturpolitik verbunden ist. Sehr niedrige Inflationsaussichten sind vor allem auf schwache Wachstumsperspektiven zurückzuführen. Es braucht, angefangen mit der Strukturpolitik, ein Umdenken bei den Prioritäten, und eine Abkehr von dem Glauben, dass die Erhöhung der Geldmenge und künstlich niedrige Zinsen die Lösung sind.

Wie von Ron McKinnon¹ vorgeschlagen, um während der Übergangsphase die finanzielle Stabilität und die Wechselkurse besser zu schützen, sollten die vier großen Zentralbanken (FED, EZB, Bank of England und Japan) vereinbaren, durch gemeinsame Maßnahmen, schrittweise einen Zielwert für den Leitkurs von mindestens, sagen wir, 2 % zu erreichen, während sie ihre Verpflichtungen zu niedrigen Langfristzinsen allmählich aufweichen.

1 The Unloved Dollar Standard, Oxford 2013

Die Nullzinspolitik der EZB – Warum Kritik erlaubt sein muss

Andreas J. Zehnder, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Privaten Bauparkassen e. V.

Als die Finanzkrise Ende 2008 eskalierte und, ausgehend von den USA, in einer globalen Wirtschaftskrise mündete, reagierte die Europäische Zentralbank (EZB) im Konzert mit den anderen führenden Notenbanken schnell und entschlossen. In dieser abgestimmten Aktion leistete sie damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Konjunktur. In der Folge wuchs in der EZB allerdings das Selbstverständnis, als einzige Institution die Krise dauerhaft bewältigen und Wachstum anschließen zu können. Eine expansive Geldpolitik kann zwar bekanntlich durchaus positive konjunkturelle Effekte erzielen. Einen langfristigen Beitrag zum Wachstum kann sie aber nicht leisten. Denn dafür sind realwirtschaftliche Rahmenbedingungen maßgeblich. Tatsächlich stagniert das Wachstum in der Breite der Eurozone derzeit trotz niedriger Zinsen. Die problematischen Nebenwirkungen einer solchen Politik werden immer deutlicher. Und dies führt zunehmend auch zu gesellschaftlichen Spannungen, zumal die Politik nicht oder falsch reagiert.

Mit ihrer Strategie des „Quantitative Easing“ und den damit verbundenen Anleihekäufen hat die EZB ihr Mandat überspannt und den historisch einmaligen Versuch unternommen, auch auf die langfristigen Zinsen Einfluss zu nehmen. Für sicherheitsorientierte Sparer, das sind vor allem Normal- und Geringverdiener, ist die andauernde Nullzinspolitik gravierend. Denn diese Sparer müssen sich bei längerfristigen Anlagen real mit weniger Zinsen zufriedengeben als früher – trotz der derzeit geringen Inflation. Und dies hat weit-

reichende Folgen für die persönliche Finanzplanung und die Alterssicherung. Der drohenden Altersarmut vieler EUBürger leistet die EZB somit Vorschub.

Der Hinweis der EZB, auch in der Vergangenheit habe es real häufig negative Zinsen gegeben, greift zu kurz. Denn anders als kurzfristige Anlagen haben längerfristige Anlagen früher regelmäßig positive Renditen erzielt. Dies belegt eine Auswertung von Bundesbank-Daten durch das ifo Institut für Wirtschaftsforschung für den Verband der Privaten Bauparkassen. In den 70er Jahren lag demnach die reale Verzinsung für Sparbriefe mit einer Laufzeit von vier Jahren im Schnitt bei 2,2 Prozent, in den 80er Jahren bei 3,8 Prozent und in den 90er Jahren bei 3,4 Prozent. Im Jahr 2002 hat die Bundesbank ihre Statistik umgestellt – von Sparbriefen mit der erwähnten Laufzeit von vier Jahren auf Spareinlagen mit einer Laufzeit von zwei Jahren. Für diese Spareinlagen kommt für den Zeitraum 2008 bis 2015 bei der Verzinsung ein Durchschnittswert von gerade einmal 0,5 Prozent heraus.

Das hat weitreichende Konsequenzen, die mit zunehmender Dauer der Nullzinsphase immer deutlicher werden:

- Die Altersvorsorge von Millionen Menschen in Europa wird obsolet. Weder findet angesichts einer Verzinsung nahe Null bei klassischen Vorsorgewegen ein Vermögensaufbau statt, noch können Menschen im Alter von Zinserträgen leben.
- Das trifft die Anbieter klassischer privater Altersvorsorgeprodukte

und die einlagenbasierten Institute im Kern ihrer Geschäftsmodelle, also Lebensversicherungen, Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Bausparkassen.

- Genauso trifft die Niedrigzinsphase Unternehmen aller Größen, die für die betriebliche Altersvorsorge ihrer Beschäftigten immer höhere Rückstellungen bilden müssen.
- Auch gemeinnützige Stiftungen leiden mittlerweile massiv unter der Nullzinspolitik der EZB. Weil diese ihre Ausgaben aus Zinserträgen bestreiten und das Stiftungsvermögen erhalten müssen, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sie ihren Stiftungszweck nicht mehr erfüllen können.
- Statt die niedrigen Zinsen für strukturelle Reformen zu nutzen, haben viele Staaten der Eurozone die Geldpolitik der EZB dazu missbraucht, die Staatsverschuldung weiter zu erhöhen. Damit hat das Erpressungspotenzial gegenüber der Europäischen Zentralbank zugenommen.
- Gleichzeitig gibt es bei Vermögenswerten preisliche Übertreibungen – zum Beispiel in angespannten Wohnungsmärkten.

Kritik an der Nullzinspolitik der EZB ist vor diesem Hintergrund mehr als berechtigt. Die Rechnung, mit der Nullzinsstrategie die Rezession in der Eurozone zu bekämpfen, wird nicht aufgehen – auch nicht für die Länder im Süden der Eurozone. Wachstumsimpulse konnte die EZB bislang nicht setzen.

Eine schöne Bescherung, Herr Draghi!



Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.

Sehr geehrter Herr Draghi,

für sicherheitsorientierte Sparer, und damit vor allem für Normal- und Geringverdiener, ist die andauernde Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank enttäuschend. Sie müssen sich bei längerfristigen Anlagen real mit weniger Zinsen zufrieden geben als früher – trotz der derzeit geringen Inflation! Wie sie angesichts dieser Umstände ausreichend für ihr Alter vorsorgen sollen, auf diese Erklärung warten die Menschen noch.

Gefahr für Finanzstabilität

Doch damit nicht genug: Bundesbank-Präsident Weidmann warnte kürzlich: „Je länger die extrem lockere Geldpolitik andauert, umso weniger wirkt sie und umso mehr Risiken und Nebenwirkungen kommen ins Spiel.“

Der Sachverständigenrat sieht in seinem Gutachten die Finanzstabilität gefährdet: „Anhaltend niedrige Zinsen höhlen mittelfristig die Geschäftsmodelle von Banken und Versicherungen aus, führen zu einer Erosion des Eigenkapitals und setzen Anreize zu einer erhöhten Risikoübernahme.“ Ein Mitglied dieser so genannten fünf Weisen erklärte später: „Die Risiken für die Finanzstabilität können selbst irgendwann zum Hindernis eines Ausstiegs werden, so dass die Zinswende immer weiter hinausgezögert wird.“

Japanische Verhältnisse?

Drohen damit in der Eurozone japanische Verhältnisse? Oder eine neue Finanzkrise, weil ein verspäteter Ausstieg aus dieser Nullzinspolitik irgendwann einen raschen Zinsanstieg nach sich zieht? Beides wäre eine schöne Bescherung! Bitte ersparen Sie uns diese.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas J. Zehnder
Vorstandsvorsitzender



www.bausparkassen.de

Anzeige des Verbandes der Privaten Bausparkassen e.V. in der Bild-Zeitung am 16. Dezember 2015

Sie trägt ganz im Gegenteil massiv zur Verunsicherung bei Unternehmen und privaten Haushalten bei. Der schrittweise Ausstieg aus der Nullzinspolitik ist stattdessen dringend geboten, um

zu einer Stabilitätsorientierung in der europäischen Geldpolitik zurückzukehren. Der Verband der Privaten Bausparkassen stellt daher auch in der Öffentlichkeit das Risiko der Neben-

wirkungen der EZB-Politik dar, um die Diskussion in Gesellschaft und Politik anzuregen. Deshalb wurde im Jahr 2015 auch diese Anzeige in der Bild-Zeitung am 16. Dezember geschaltet.

Die europäische Einlagensicherung im Zentrum der Reformüberlegungen in der EU

RA Christian König, Syndikus, Verband der Privaten Bausparkassen e. V.

Bisherige Regelungen

Das Thema der europäischen Einlagensicherung ist kein neues Thema. Bereits vor der Schaffung eines europäischen Binnenmarktes empfahl die Europäische Kommission im Jahr 1986 erstmals eine gesetzliche Verpflichtung der Banken, an einem Einlagensicherungssystem teilzunehmen.¹ Diese Empfehlung wurde letztlich durch die damaligen Mitgliedstaaten unzureichend umgesetzt, so dass die Europäische Kommission daraufhin die erste Einlagensicherungsrichtlinie² auf Basis der Mindestharmonisierung vorgeschlagen hat, die letztlich einen Mindestsicherungsschutz von 20.000 Euro pro Einleger aber auch einen Selbstbehalt von 10 % vorsah. Parallel dazu wurde die Anlegerentschädigungsrichtlinie³ mit Kernbestandteilen der Absicherung im Wertpapierbereich vorgeschlagen.

Dieser Mindestsicherungsschutz der Einlagensicherungsrichtlinie wurde so dann in der Finanzkrise kurzfristig auf 100.000 Euro erhöht und der Selbstbehalt wurde im Dezember 2010 abgeschafft.

Nach Auffassung der Europäischen Kommission waren die europäischen Einlagensicherungssysteme in der EU nicht ausreichend und robust finanziert, so dass sie am 12. Juli 2010 einen

Vorschlag zur Änderung der Einlagensicherungsrichtlinie veröffentlicht hat. Die Kommission schlug darin vor, dass der Finanzierungsbedarf der Einlagensicherungssysteme auf 1,5 % der gedeckten Einlagen festgelegt werden soll. Dieses Finanzierungsvolumen sollte jedes Einlagensicherungssystem in den folgenden zehn Jahren ansparen. Auch wurde vorgeschlagen, dass die Deckungssumme für die Gesamtheit der Einlagen desselben Einlegers nur 100.000 Euro betragen soll. Zeitgleich mit dieser Änderungsrichtlinie hatte die Europäische Kommission ein Weißbuch und eine Konsultation zu Versicherungsgarantiesystemen initiiert, in welchem die Schaffung europaweit einheitlicher Sicherungssysteme für Versicherungen vorgeschlagen wird. Als Finanzierungsbedarf für die Einlagensicherung der Versicherungen wird 1,2 % der verbuchten Bruttoprämien vorgeschlagen.

In der Folge wurde der Richtlinienvorschlag im Europäischen Rat und Parlament kontrovers diskutiert. Letztlich gelang es, die in einigen wenigen EU Mitgliedsländern bestehenden Instituttsicherungssysteme als gleichwertige Einlagensicherungssysteme anzuerkennen. Auch wurde nicht verboten, wie ursprünglich vorgesehen, dass national auch Einlagen über einen Betrag von 100.000 Euro pro Einleger hinaus abgesichert werden dürfen. Die Zielausstattung der Einlagensicherungssysteme wurde auf 0,8 der gedeckten Einlagen reduziert. Ferner wurde den Bedenken Frankreichs entsprochen, so dass in besonders konzentrierten Bankenmärkten die Zielausstattung

des Einlagensicherungssystems geringer ausfallen kann. Auf Intervention der EuBV wurde vorgesehen, dass risikoarme spezialgesetzlich geregelte Geschäftsmodelle einen geringeren Beitrag in das Einlagensicherungssystem leisten müssen. Am 2. Juli 2014 trat schließlich diese neue europäische Einlagensicherungsrichtlinie⁴ in Kraft, sie ersetzte die bisherige Einlagensicherungsrichtlinie aus dem Jahr 1994. Die Mitgliedstaaten mussten die meisten Regelungen bis zum 3. Juli 2015 in nationales Recht umsetzen. Die EBA veröffentlichte Leitlinien für die Berechnung der Beiträge für die Einlagensicherungssysteme,⁵ die nun in vielen EU Mitgliedstaaten entsprechend umgesetzt worden sind.

Fünf-Präsidenten-Bericht zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Noch während der Umsetzungsfrist der Richtlinie wurden von der sogenannten fünf-Präsidenten-Gruppe, zusammengesetzt aus Jean-Claude Juncker, Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz, mit dem Titel „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“ in einem Bericht konkrete Vorschläge zur Veränderung beziehungsweise Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion am 22. Juni 2015 vorgeschlagen.

1 87/63/EWG: Empfehlung der Kommission vom 22. Dezember 1986 zur Einführung von Einlagensicherungssystemen in der Gemeinschaft Abl. EU L 33, 4.2.1987, S. 16-17

2 Richtlinie 94/19/EG

3 Richtlinie 97/9/EG

4 Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme

5 Guidelines on methods for calculating contributions to deposit guarantee schemes

In diesem Papier wurden die Vorschläge der fünf Institutionen zusammengetragen, inwieweit die sogenannte Finanzunion umgesetzt werden kann. Neben den allgemeinen Ausführungen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit durch eine Wirtschaftsunion findet sich insbesondere für die Kreditinstitute der Vorschlag, ein europäisches Einlagensicherungssystem diesmal aber nur für die Eurozone zu schaffen.

Nach Auffassung der Autoren sei ein einheitliches Finanz- bzw. Bankensystem Spiegelbild der gemeinsamen Euro-Währung. Da der größte Anteil des Vermögens der Bürger in Bankeinlagen investiert sei, könne es eine wirkliche einheitliche Währung nur dann geben, wenn das Vertrauen in die Sicherheit der Bankeinlagen, unabhängig von dem jeweiligen Mitgliedsstaat besteht, in dem die Bank tätig ist. Neben den einheitlichen Bankaufsichts- und Bankabwicklungsregeln wird daher vorgeschlagen, ein einheitliches europäisches Einlagensicherungssystem zu schaffen. Dies soll die negative Rückkoppelung zwischen Bank und Staat, welches im Zentrum der Krise stand, durchbrechen. Die Schaffung eines einheitlichen europäischen Einlagensicherungssystems habe hohe Dringlichkeit und solle bereits ab dem 1. Juli 2015 in Angriff genommen werden und bis zum 30. Juni 2017 abgeschlossen sein.

Als Option wird die Schaffung eines einheitlichen Einlagensicherungsfonds vorgeschlagen. Eine andere Option wäre ein System, welches auf europäischer Ebene als Rückversicherung für die nationalen Einlagensicherungssys-

teme dient. Gemeint ist damit eine ex-post-Lösung, also eine Verpflichtung zur Leistung erst auf Anforderung.

Dieser Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Einlagensicherung war unter dem massiven Druck der Europäischen Zentralbank und einiger südeuropäischer Staaten, wie Italien, in dieses Papier aufgenommen worden. In dem internen Papier der deutschen Regierung an diese Gruppe zur Vorbereitung des Berichts der fünf Präsidenten hatte Deutschland die Schaffung einer europäischen Einlagensicherung nicht erwähnt und somit auch nicht abgelehnt, obwohl die Ideen zur Schaffung einer europäischen Einlagensicherung dem Finanzministerium bekannt waren.

Aktueller Vorschlag zur Einführung eines europäischen Einlagenversicherungssystems

Die Europäische Kommission nahm als Initiativgesetzgeber der EU diese Anforderung, eine weitere umfassende Reform der Europäischen Einlagensicherung vorzuschlagen, dankbar auf und entschied sich letztlich dafür nur für die Eurozone die Einlagensicherung fortzuentwickeln. Zu diesem Zweck schlug die Europäische Kommission vor, die Verordnung (EU) Nr. 806/2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds zu ändern und mit Passagen zur Gründung eines europäischen Einlagen-

sicherungsfonds zu ergänzen. Diese sogenannte SRM-Verordnung regelt nur für die Euro-Zone Sondervorschriften für die Abwicklung und Sanierung von bedeutenden Kreditinstituten und die Schaffung eines europäischen Abwicklungsfonds für die Kreditinstitute der Euro-Zone, welche von dem sogenannten Europäischen Abwicklungsausschuss, eine zum 1. Januar 2016 neu gegründete EU-Behörde, verwaltet wird. Ferner hat diese Behörde die Abwicklungspläne für die bedeutenden Kreditinstitute der Euro-Zone zu erstellen und ist letztlich die zuständige Behörde für die Sanierung und Abwicklung genau dieser Kreditinstitute. Mit der Ergänzung dieser Verordnung hätte die Europäische Kommission den Teilkomplex der Bankenunion, die europäische Einlagensicherung, der sich nach Auffassung der EU-Kommission mit dem gemeinsamen Währungsraum decken soll, etabliert. Dabei nimmt die Europäische Kommission, trotz ihrer Rolle als Hüterin der Verträge, billigend in Kauf, dass diese Weiterentwicklung der Währungsunion zu einem weiteren Hindernis im Europäischen Binnenmarkt führt und eine Mehrbelastung für die Kreditinstitute der Euro-Zone verursacht.

Verwaltungstechnisch sehen die Änderungen in dieser Verordnung vor, dass der sogenannte Einheitliche Abwicklungsausschuss, die Abwicklungsbehörde für die bedeutenden Institute der Euro-Zone, künftig die Verwaltung des europäischen Einlagenversicherungssystems übernehmen soll.

Die Kommission schlägt auch vor, dass dieser Ausschuss demnächst auch die

nationalen Einlagensicherungssysteme, solange sie noch existieren, überwacht. Die Staaten, die nicht Mitglied der Euro-Zone sind, können entscheiden, ob sie diesem europäischen Einlagenversicherungssystem beitreten wollen.

Trotz dieser territorialen Beschränkung der Anwendung dieser Verordnung auf die Staaten der Euro-Zone stützt die Europäische Kommission ihre Gesetzgebungskompetenz auf Artikel 114 AEUV, der Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes.

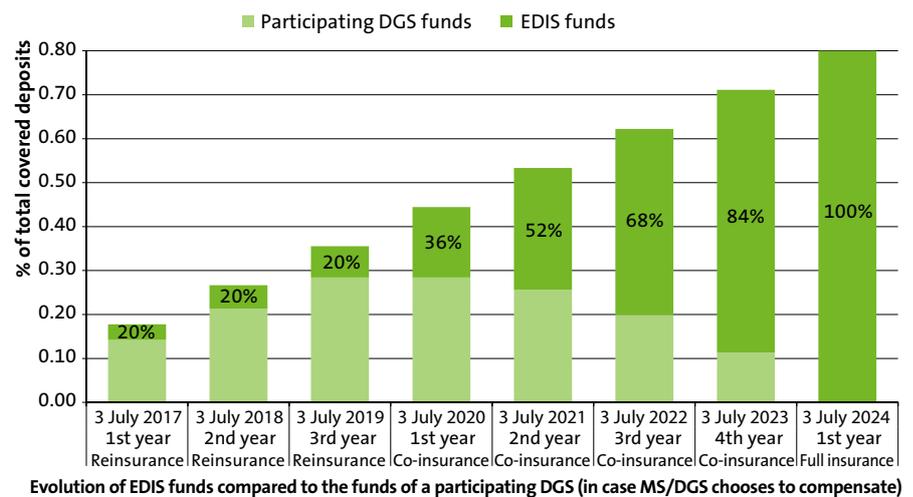
Dieser Verordnungsvorschlag sieht eine schrittweise Vergemeinschaftung der bestehenden nationalen Einlagensicherungssysteme hin zu einer europäischen Einlagensicherung vor.

Dieser Übergang soll schrittweise in drei Stufen erfolgen:

1. Phase der Rückversicherung für die teilnehmenden nationalen Einlagensicherungssysteme für drei Jahre, bis zum 3. Juli 2020,
2. Phase der Mitversicherung der teilnehmenden Einlagensicherungssysteme für vier Jahre bis zum 3. Juli 2024 und
3. Phase der Schaffung einer europäischen Einlagenversicherung (EDIS) ab dem 4. Juli 2024

Das obige Schaubild der Europäischen Kommission soll die entsprechende Mittelanparung verdeutlichen.

Institutssicherungssysteme gelten nach der Einlagensicherungsrichtlinie 2014/49/EU als anerkannte Einlagen-



Evolution of EDIS funds compared to the funds of a participating DGS (in case MS/DGS chooses to compensate)

sicherungssysteme und sind nach diesem Verordnungsvorschlag entsprechende Einlagensicherungssysteme, die diesem europäischen Einlagenversicherungssystem künftig auch angehören.

Dies bedeutet, dass die Institutssicherungssysteme als gesetzliche Einlagensicherungssysteme entsprechende Beiträge an den europäischen Einlagensicherungsfonds zu leisten haben und, dass diese Aufgaben der Einlagensicherung phasenweise auf diesen europäischen Abwicklungsausschuss übergehen.

Inwieweit die Institutssicherungssysteme ohne die Funktion der Einlagensicherung dann aufrechterhalten werden, wird von dem Verordnungsvorschlag nicht geregelt. Es dürfte sich daher in dem Zusammenhang die Frage nach dem Zweck der Aufrechterhaltung eines Institutssicherungssystems stellen, wenn graduell die Funktion der Einlagensicherung auf diese europäische Institution übergeht.

Neben dieser Übernahme der Aufgabe der europäischen Einlagenversicherung soll der einheitliche Abwicklungsausschuss einen europäischen Einlagensicherungsfonds gründen (DIF, deposit insurance fund). In der ersten Phase der Rückversicherung bis zum 3. Juli 2020 sollen die nationalen Einlagensicherungssysteme (DGS) das Recht bekommen, vom europäischen Einlagensicherungsfonds (DIF) Mittel in Höhe von bis zu 20 % ihres Liquiditätsdefizits zu verlangen, wenn das nationale Einlagensicherungssystem einen Einlagensicherungsfall decken muss und nicht ausreichend Liquidität hat.

Für die Phase der Mitversicherung kann ein nationales Einlagensicherungssystem entsprechende Mittel vom europäischen Einlagensicherungsfonds (DIF) verlangen. Hier sieht der Verordnungsvorschlag einen graduellen Anstieg dieses Europäischen Einlagensicherungsfonds vor.

Der Verordnungsvorschlag sieht in Artikel 41j allerdings auch vor, dass nati-

onale Einlagensicherungssysteme nur dann abgesichert werden, wenn diese eine entsprechende Zielausstattung erreicht haben. Beispielsweise wird für den Stichtag 3. Juli 2017 eine Zielausstattung von 0,14 % der gedeckten Einlagen vorgesehen.

Diese Begrenzung, die schrittweise für die nächsten Jahre angehoben wird, soll nach Auffassung der Europäischen Kommission einen weiteren Anreiz darstellen, die Verpflichtungen der Einlagensicherungsrichtlinie (2014/49/EU) umzusetzen. Der Mitgliedstaat solle nur dann von dieser Vergemeinschaftung der Risiken und der Haftung zu profitieren, wenn eine entsprechende Mindestausstattung bereits im nationalen Einlagensicherungssystem angespart worden ist.

In Artikel 41l sind die Mitteilungs-, Auskunft- und Mitwirkungspflichten der Einlagensicherungssysteme gegenüber dem Europäischen Ausschuss entsprechend geregelt. Der Verordnungsvorschlag sieht auch vor, dass die zusätzlichen Aufgaben des Europäischen Einheitlichen Abwicklungsausschusses, die durch die Verwaltung des Europäischen Einlagenversicherungssystem entstehen, von den Kreditinstituten, die dem nationalen Einlagensicherungssystem angeschlossen sind, mitfinanziert werden sollen.

Die Zielausstattung des europäischen Einlagensicherungsfonds

Nach Artikel 74b des Verordnungsvorschlages ist für die Zielausstattung

des europäischen Einlagensicherungsfonds vorgesehen, dass die Zielausstattung zum Ende der Rückversicherung, bis zum 3. Juli 2020 20 % von 4/9 der Summe der Mindestzielausstattung der Einlagensicherungssysteme beträgt, die nach Artikel 10 Abs. 2 1. Unterabs. der Einlagensicherungsrichtlinie (2014/49/EU) erreicht werden muss. Dieser Beitrag soll graduell angespart werden.

Artikel 10 Abs. 2 Unterabs. 1 der Einlagensicherungsrichtlinie sieht vor, dass bis zum Jahr 2024 ein nationales Einlagensicherungssystem 0,8 % der gedeckten Einlagen als Mindestzielausstattung erreicht haben muss.

Bis zum Datum des Endes der Erreichung der zweiten Phase der Mitversicherung, welches nach den Vorstellung der Europäischen Kommission am 3. Juli 2024 erfüllt sein soll, soll die Mindestausstattung des Europäischen Einlagensicherungsfonds 0,8 % der gedeckten Einlagen der Euro-Zonenstaaten betragen. Darüber hinaus gibt es entsprechende außerordentliche ex-post Beitragspflichten der Kreditinstitute, wenn in dieser Rückversicherungsperiode die Mittel nicht ausreichen.

In Artikel 74e wird das Recht des Einheitlichen Abwicklungsausschuss geregelt, der jeweils den nationalen Einlagensicherungssystemen Anweisungen erteilen und bei Zuwiderhandlung Bußgelder von diesen verlangen kann.

Da dies wohl europäische Verwaltungsakte sein dürften, wäre der ent-

sprechende Rechtsschutz beim Europäischen Gerichtshof zu suchen. Ein entsprechendes verwaltungsrechtliches Widerspruchsverfahren ist in dieser Verordnung nicht vorgesehen.

Folgen dieses Verordnungsvorschlages

Die Diskussionen zu diesem Verordnungsvorschlag werden in Brüssel sehr kontrovers geführt, spezielle Arbeitsgruppen auf Ratsebene tagen in regelmäßigen, kurzen Abständen und diskutieren die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der Weiterentwicklungen der europäischen Bankenunion. Auch waren die zunehmenden Sonderregelungen für die Euro-Zone Gegenstand der Verhandlungen zur Vermeidung des Austritts Großbritanniens. Großbritannien ließ sich explizit zusichern, auch in Fragen der Euro-Zone zumindest mitentscheiden zu können, denn die zunehmende Sonderbehandlung der Euro-Zone, die zu einem Wettbewerbsvor- oder auch -Nachteil, je nach Perspektive führen kann, ist der britischen Regierung bewusst. Der Deutsche Bundestag hat dem deutschen Finanzminister eine klare Vorgabe gemacht, diesen Änderungen des Verordnungstextes nach dieser Kompetenzgrundlage nicht zuzustimmen.

Sollte dieser Verordnungsvorschlag selbst gegen den Widerstand der Bundesregierung im ECOFIN eine Mehrheit im Europäischen Rat und Europäischen Parlament bekommen, wovon auszugehen ist, da für die wirksame Ablehnung eines Beschlusses nach

dem EU-Vertrag mindestens vier EU-Mitgliedstaaten erforderlich sind, die darüber hinaus noch 35 % der EU-Gesamtbevölkerung vertreten, dürfte mit dieser Umsetzung des Verordnungsvorschlages die nationale Einlagensicherung spätestens im Jahr 2024 aufgelöst sein. Darüber hinaus dürfte die Etablierung dieses europäischen Einlagenversicherungssystems zu weiteren Mehrkosten für die Kreditinstitute führen, da zumindest die Verwaltungskosten umgelegt werden.

Darüber hinaus besteht das Risiko, ex-post-Beiträge leisten zu müssen, wenn die entsprechenden Einlagensicherungsfonds und die Rückversicherung nicht ausreichend angespart worden sind. Konkrete Vorgaben wie hoch diese Belastungen ausfallen könnten, regelt der Verordnungstext nicht. Auch können sich durch die Übertragung dieser Aufgabe auf den Europäischen Abwicklungsausschuss darüber hinaus Interessenskonflikte bei der Abwicklung eines bedeutenden Instituts ergeben.

Ferner führt dieser Verordnungsvorschlag zu einer weiteren Fragmentierung im europäischen Binnenmarkt, da womöglich durch diese Vergemeinschaftung der Risiken der Einlagensicherungssysteme der Euro-Zone nationale Einlagensicherungssysteme außerhalb der Euro-Zone stabiler erscheinen könnten.

Auch stellt sich die Frage nach der Zukunft von Institutssicherungssystemen, die künftig, spätestens ab dem Jahr 2024 ihre wesentliche Aufgabe,

nämlich die Einlagensicherung, entzogen bekommen.

All diese Fragen sollten im Vorfeld vor der Verabschiedung dieser Änderungen geklärt werden. Es erscheint angemessen, statt eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung nur für die Euro-Zone einzuführen, gegebenenfalls auch über ein Rückversicherungssystem der europäischen Einlagensicherungssysteme nachzudenken. An dieser sollten und könnten sich auch die anderen Nicht-Euro-Zonen beteiligen. Auch könnte ein solches Rückversicherungssystem durch die Prämiengestaltung das jeweilige nationale Risiko bepreisen statt sich letztlich nur auf die Schlagkraft der größten Einlagensicherungssysteme der Union zu verlassen. Ein solches Rückversicherungssystem könnte sicherlich auch entsprechende Aufsichtsfunktionen über die nationalen Einlagensicherungssysteme zusätzlich zur nationalen Aufsicht, ähnlich wie das System der Aufsicht durch die EZB und die nationale Bankenaufsicht im Bereich der Kreditwirtschaft, übernehmen. Ein solcher Ansatz wäre sicherlich eher mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar und in jedem Fall auch das mildeste und effektivste Mittel zur Schaffung eines Binnenmarktes und der Erhöhung des Vertrauens der europäischen Einleger in das Finanzsystem ungeachtet der Zugehörigkeit zum Euro-Währungsraum.

5 EuGH-Bericht 2015

Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof

1. Klagen

*Rs. T-122/15: Klage Landeskreditbank Baden-Württemberg/EZB
(Klage beim EuGH eingereicht am 12. März 2015)*

Die Landeskreditbank Baden-Württemberg hat im Frühjahr 2015 Klage gegen die EZB Bankenaufsicht beim EuGH eingereicht. Die Klage richtet sich gegen die Bankenaufsicht durch die EZB und beabsichtigt, eine Ausnahme aus den folgenden Gründen zu erzielen: unzureichender Prüfungsmaßstab durch die EZB bei Beurteilung besonderer Umstände, offensichtliche Beurteilungsfehler bei der Würdigung des Sachverhalts, Verletzung der Begründungspflicht, Ermessensmissbrauch durch Ermessensausfall, Verstoß gegen die Pflicht zur Untersuchung und Berücksichtigung aller relevanten Umstände.

2. Vorabentscheidungsersuchen

*Rs. C-539/14: Vorabentscheidungsersuchen der Audiencia Provincial de Castellón
(Urteil des EuGH vom 21. Januar 2015)*

Richtlinie 93/13/EWG – Verbraucherverträge – Hypothekendarlehen – Hypothekenvollstreckungsverfahren – Zuständigkeiten des nationalen Gerichts des Erkenntnisverfahrens – Missbräuchliche Klauseln – Beurteilungskriterien

Das Urteil befasst sich mit den Konsequenzen einer missbräuchlichen Klausel

im spanischen Hypothekenvollstreckungsverfahren und der Vereinbarkeit einer gesetzlich vorgeschriebenen Neuberechnung eines Verzugszinses mit der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen. Hintergrund ist, dass in den Darlehensverträgen für selbstgenutzte Immobilien der spanischen Banken Unicaja Banco und Caixabank für ihre Kunden eine Klausel enthalten war, die eine Vorverlegung des Fälligkeitsdatums bei Verzug und eine Zahlung der geschuldeten Darlehenssumme zuzüglich Zinsen, Verzugszinsen (18 % bzw 25 %), Gebühren und Auslagen vorsah. Das vorlegende Gericht beurteilte nach Beantragung der Zwangsvollstreckung durch die spanischen Banken die Klausel als rechtswidrig und legte die Frage vor, welche Auswirkung es auf die Vollstreckung hat, wenn eine Neuberechnung des Zinssatzes erfolgt. Der EuGH urteilte, dass eine Vorschrift, die eine Neuberechnung des Zinssatzes vorsieht, mit der Richtlinie vereinbar sei, wenn ihre Anwendung nicht einer Beurteilung der Missbräuchlichkeit der Klausel durch ein nationales Gericht vorgreift. Weiterhin könne die Nichtigkeitserklärung der Klausel für den Kunden nicht nachteilig sein, weil der neu berechnete Zinssatz zwangsläufig geringer sein wird, als in der Klausel vorgesehen.

*Rs. C-62/14: Peter Gauweiler/Deutscher Bundestag
(Urteil des EuGH vom 16. Juni 2015)*

Nach einem Vorabentscheidungsersuchen des deutschen Bundesverfassungsgerichts im Fall Peter Gauweiler

gegen den Deutschen Bundestag fällte der EuGH sein Urteil am 16. Juni 2015.

Hintergrund der Verfassungsbeschwerde war das OMT-Programm der EZB. Da sich im Jahr 2012 die Risikoprämien für Staatsanleihen von Euro-Mitgliedstaaten erheblich erhöhten und die EZB die Übertragung ihrer geldpolitischen Impulse auf die Realwirtschaft gefährdet sah, sollte zur Beseitigung von Störungen der geldpolitischen Transmissionsmechanismen das OMT-Programm auf eine Senkung der Zinssätze durch Sekundärmarktkäufe von Staatsanleihen bestimmter Mitgliedstaaten abzielen. Hierfür müssen diese Länder vollständig an einem Hilfsprogramm insbesondere des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) teilnehmen. Der Umfang des Programms ist ex ante nicht quantitativ beschränkt, und es soll eine Gleichbehandlung mit privaten Gläubigern bei den Anleihebedingungen akzeptiert werden. Das deutsche Bundesverfassungsgericht wurde mit verfassungsrechtlichen Fragen zum OMT-Programm im Wege von Verfassungsbeschwerden und eines Organstreitverfahrens befasst. Obwohl das Programm der EZB bislang nicht eingesetzt worden ist, hat das deutsche Bundesverfassungsgericht insbesondere über die Mitwirkungsbefugnis der Deutschen Bundesbank sowie über Handlungs- oder Unterlassungspflichten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages in Bezug auf das OMT-Programm zu entscheiden.

Laut EuGH verletzt die EZB mit dem OMT-Programm (Programm das eine

Senkung der Zinssätze durch Sekundärmarktkäufe von Staatsanleihen bestimmter Mitgliedstaaten verfolgt) weder ihr währungspolitisches Mandat, noch das Verbot der monetären Haushaltsfinanzierung gemäß Art. 123 AEUV.

Als Begründung führte der EuGH an, dass die EZB zuständig sei für die Währungspolitik der EU. Zudem sei der EZB als währungspolitisches Instrument der – gegebenenfalls selektive – Erwerb von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt erlaubt. Das Programm stehe auch nicht der von den Mitgliedstaaten verfolgten Wirtschaftspolitik entgegen, da es diesen aufgrund seiner unabhängigen Durchführung keine Finanzierungsmöglichkeiten eröffne, die ein Abweichen von den Hilfsprogrammen ermögliche.

Das OMT-Programm verstößt nach Auffassung des EuGH auch nicht gegen das Verbot der monetären Haushaltsfinanzierung, sofern der Ankauf nicht die gleichen Wirkungen wie ein unmittelbarer Erwerb von Staatsanleihen habe. Das sei der Fall, wenn Erstkäufer die Gewissheit hätten, dass sie faktisch als Mittler für den unmittelbaren Erwerb durch die EZB agierten. Eine solche Verfälschung der Emissionsbedingungen müsse durch hinreichende Garantien ausgeschlossen werden. Schließlich schlossen die Programmmerkmale aus, dass es den Mitgliedstaaten entgegen Art. 123 AEUV den Anreiz zur Verfolgung einer gesunden Haushaltspolitik nimmt: Die Auswirkungen des Programms würden durch die Möglichkeiten beschränkt, die er-

worbenen Anleihen jederzeit wieder zu verkaufen oder in zulässiger Weise bis zum Eintritt ihrer Fälligkeit zu behalten. Schließlich seien potenzielle Verluste und der Verzicht auf eine privilegierte Gläubigerstellung Risiken, die nicht den Zielen des Art. 123 AEUV widersprächen.

Rs. C-671/13: Vorabentscheidungsersuchen in dem Verfahren der „Indėlių ir investicijų draudimas“ VJ, Virgilijus Vidutis Nemaniūnas
(Urteil des EuGH vom 25. Juni 2015)

Hintergrund dieses Vorabentscheidungsersuchens war der Abschluss eines Vertrages durch Herr Guliavičius mit der Bankas „Snoras“ AB über den Erwerb eines inflationsindexierten Einlagenzertifikats.

Am 9. März, 14. Juli, 26. September und 6. Oktober 2011 schloss Herr Nemaniūnas mit Snoras Verträge über die Zeichnung von Schuldverschreibungen. Mit Beschluss der litauischen Regierung vom 16. November 2011 wurde Snoras geschlossen. Am 24. November 2011 beantragte die Zentralbank Litauens die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen von Snoras. Herr Guliavičius und Herr Nemaniūnas erhoben daraufhin Klage auf Feststellung, dass die Verträge, die sie mit Snoras geschlossen hatten, nichtig sind, wobei sie sich im Wesentlichen darauf stützten, dass diese Bank ihnen irreführende und unvollständige Informationen über die Deckung der erworbenen Instrumente und über die finanzielle Lage von Snoras gegeben habe. Mit Beschluss vom

6. Mai 2013 wies das Gericht die Klage von Herrn Guliavičius ab. Auf dessen Berufung hob die nächste Instanz den Beschluss des erstinstanzlichen Gerichts auf und erklärte den von Herrn Guliavičius über den Erwerb eines Einlagenzertifikats geschlossenen Vertrag für nichtig. Das Gericht wies auch die Klage von Herrn Nemaniūnas ab. Auf dessen Berufung bestätigte das Berufungsgericht den Beschluss des erstinstanzlichen Gerichts. Mit seiner beim vorlegenden Gericht eingelegten Kassationsbeschwerde beantragte Herr Nemaniūnas die Aufhebung des Urteils des Berufungsgerichts.

Auf das Vorabentscheidungsersuchen des zuständigen litauischen Gerichts hin hat der EuGH entschieden, dass Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 94/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 1994 über Einlagensicherungssysteme in der durch die Richtlinie 2009/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 geänderten Fassung und Anhang I Nr. 12 dieser Richtlinie dahin auszulegen sind, dass die Mitgliedstaaten von einem Kreditinstitut ausgegebene Einlagenzertifikate von der nach dieser Richtlinie vorgesehenen Sicherung ausnehmen können, wenn es sich um übertragbare Urkunden handelt. Dies festzustellen ist Sache des vorlegenden Gerichts, ohne dass es sich dabei zu vergewissern braucht, dass diese Zertifikate alle Merkmale eines Finanzinstruments im Sinne der Richtlinie 2004/39/EG aufweisen.

Zudem sei die Richtlinie 94/19/EG dahin auszulegen, dass, wenn Forderungen

gen gegenüber einem Kreditinstitut sowohl unter den Begriff „Einlage“ im Sinne der Richtlinie 94/19/EG als auch unter den Begriff „Instrument“ im Sinne der Richtlinie 97/9/EG fallen können, der nationale Gesetzgeber aber von der in Anhang I Nr. 12 der Richtlinie 94/19/EG eingeräumten Möglichkeit, diese Forderungen von dem in dieser Richtlinie vorgesehenen Sicherungssystem auszunehmen, Gebrauch gemacht hat, ein solcher Ausschluss nicht dazu führen kann, dass die betreffenden Forderungen von dem in der Richtlinie 97/9/EG vorgesehenen Sicherungssystem ebenfalls ausgenommen sind, ohne dass die in Art. 4 Abs. 2 dieser Richtlinie genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

Art. 2 Abs. 2 und Art. 4 Abs. 2 der Richtlinie 97/9/EG seien dahin auszulegen, dass sie nationalen Rechtsvorschriften wie den in den Ausgangsverfahren fraglichen entgegenstehen, wonach eine Inanspruchnahme des in dieser Richtlinie vorgesehenen Entschädigungssystems nur dann möglich ist, wenn das betreffende Kreditinstitut die fraglichen Gelder oder Wertpapiere ohne Zustimmung des Anlegers übertragen oder verwendet hat.

Rs. C-580/13 Coty Germany GmbH/Stadtparkasse Magdeburg (Urteil des EuGH vom 16. Juli 2015)

In diesem Vorabentscheidungsverfahren, welches der deutsche Bundesgerichtshof vorgelegt hat, hatte die Firma Coty Germany GmbH als Markeninhaberin einen Auskunftsanspruch gegen die Stadtparkasse Magdeburg gestellt,

um den Namen und die Identität eines Girokontenbesitzers zu erfahren, welcher mutmaßlich die geistigen und gewerblichen Rechte der Firma Coty Germany GmbH verletzt habe. Die Sparkasse berief sich auf § 383 ZPO, ihr vermeintliches Zeugnisverweigerungsrecht, aufgrund des Bankgeheimnisses. Der EuGH wertete zwar das Bankgeheimnis als Schutzvorschrift im Rahmen von Art. 8 Abs. 3e) der Richtlinie 2004/4/EG, die den Schutz der Vertraulichkeit von Informationsquellen oder die Verarbeitung personenbezogener Daten betrifft. Andererseits wertete der EuGH die Berufung der Sparkasse generell und pauschal auf das Bankgeheimnis als Möglichkeit, unbegrenzt Auskünfte ohne jegliche Bedingung zu verweigern. Im Rahmen der Abgrenzung einerseits zwischen wirksamen Rechtsbehelfen bei Verstößen gegen das geistige Eigentum und andererseits dem Recht auf den Schutz personenbezogener Daten, hält der EuGH das Gleichgewicht dieser Rechte durch das Bankgeheimnis für gestört. Das bedingungslose Bankgeheimnis sei nach Auffassung des EuGH geeignet, die Grundrechte des geistigen Eigentums zu behindern, so dass diese deutsche Auslegung des Zeugnisverweigerungsrechts des Kreditinstituts gegen Art. 8 Abs. 3e) der Richtlinie 2004/48/EG verstößt.

Rs. C-110/14 Hora'iu Ovidiu Costea/SC Volksbank România SA (Urteil des EuGH vom 3. September 2015)

In dem Vorabentscheidungsverfahren ging es um die Frage, ob ein Rechtsanwalt, der einen Kreditvertrag mit

nicht bestimmtem Zweck abschließt und das Gebäude seiner Anwaltskanzlei als Grundpfandrechtl. Sicherheit zur Verfügung stellt, Verbraucher im Sinne des Art. 2b) der Richtlinie über missbräuchliche Klauseln (93/13/EWG) ist. Diese Definition deckt sich im Übrigen inhaltlich mit der Definition des Verbrauchers in Art. 3a) der Verbraucherkreditrichtlinie (2008/48/EU) und Art. 4 Nr. 1 der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (2014/17/EU). Der EuGH berücksichtigt zwar, dass grundsätzlich ein Rechtsanwalt bessere Rechtskenntnisse als ein Verbraucher haben sollte, knüpft generell die Eigenschaft als Verbraucher an objektive Kriterien, die dann gegeben sind, wenn der Verbraucher zu einem Zweck handelt, der nicht seiner beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden kann. Da der Kreditvertrag keinen Bezug zur Tätigkeit des Kreditnehmers hergestellt hat, war der EuGH der Meinung, dass es sich im Zweifel um einen Verbraucher handelt. Die Absicherung des Darlehens durch eine Hypothek auf seinem Kanzleigebäude sei für die Eingruppierung des Darlehensvertrages als Verbraucherdarlehensvertrag, um den es in dem rumänischen Rechtsstreit ging, unerheblich.

Rs. C-140/13 Altmann etc./BaFin (Urteil des EuGH vom 12. November 2014)

Das vorliegende Vorabentscheidungsverfahren erfolgt zum gleichen Streitgegenstand wie zum Urteil des VG Frankfurt/Main (Az. 7 E 5426/06 (2)).

In dem Urteil von 2008 ist das VG Frankfurt noch davon ausgegan-

gen, dass ein Auskunftsanspruch der Geschädigten (Arbeitsgemeinschaft Phoenix) gegen die BaFin zum größten Teil besteht. In diesem dem EuGH vorgelegten Verfahren hat das VG Frankfurt nun in einem anderen Verfahren von „Phoenix-Geschädigten“ im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens die Frage gestellt, ob die BaFin als Aufsichtsbehörde sich gegenüber einer Person, die Zugang zu Informationen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) beantragt hat, auch dann auf die ihr nach Unionsrecht obliegenden Verschwiegenheitspflichten berufen kann (Umsetzung von Artikel 54 der MiFiD (Richtlinie 2004/39/EU) in § 9 des deutschen Kreditwesengesetzes (KWG) und § 8 des deutschen Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)), wenn das wesentliche Geschäftskonzept der zugrunde liegenden Gesellschaft im groß angelegten Anlagebetrug und der bewussten Schädigung von Anlegern bestand.

Der EuGH führt aus, dass es, wenn das Geschäftskonzept der betroffenen Firma aus groß angelegtem Anlagebetrug bestand, die nationale Aufsichtsbehörde im Rahmen ihrer Verwaltungsverfahren sich weiterhin auf die Pflicht berufen kann, gemäß Art. 54 Abs. 1 und 2 der Richtlinie 2004/39/EU das Berufsgeheimnis zu wahren und demnach den Zugang zu Informationen über eine bereits in Liquidation befindliche Wertpapierfirma verweigern kann. Der EuGH hat somit die Verschwiegenheitspflicht und das Berufsgeheimnis der Aufsichtsbehörden weiter geschärft, selbst wenn, wie in dem konkreten Fall, das Geschäftskon-

zept der entsprechenden Firma im groß angelegten Anlagebetrug bestand und die Verantwortlichen der Firma bereits zu Freiheitsstrafen verurteilt waren.

Rs. C-449/13 CA Consumer-Finance SA/ Ingrid Bakkaus und Charline Bonato und Florian Bonato
(Urteil des EuGH vom 18. Dezember 2014)

In dem zugrunde liegenden Vorabentscheidungsverfahren, in dem es um die Interpretation des französischen Verbraucherkreditgesetzes und der Verbraucherkreditrichtlinie ging, hatte das vorliegende Berufungsgericht von Orléans dem EuGH konkrete Fragen zu den vorvertraglichen Pflichten und der Beweislastumkehr für die Erfüllung dieser Pflichten nach der Verbraucherkreditrichtlinie vorgelegt. Die Auslegung der Verbraucherkreditrichtlinie wird aber auch auf die Umsetzung und Anwendung der Regeln der Wohnimmobilienrichtlinie Bedeutung haben. Es wurden folgende Fragen vorgelegt:

1. Ist die Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge (1) dahin auszulegen, dass es dem Kreditgeber obliegt, den Beweis der korrekten und vollständigen Erfüllung der ihm bei Abschluss und Erfüllung eines Kreditvertrags obliegenden, sich aus dem nationalen Recht zur Umsetzung der Richtlinie ergebenden Verpflichtungen zu erbringen?
2. Steht die Richtlinie 2008/48 dem entgegen, dass der Beweis der korrek-

ten und vollständigen Erfüllung der dem Kreditgeber obliegenden Verpflichtungen allein mit einer im Kreditvertrag stehenden Standardklausel über die Anerkennung der Erfüllung der Pflichten des Kreditgebers durch den Verbraucher, die nicht durch die vom Kreditgeber ausgestellten und dem Kreditnehmer ausgehändigten Dokumente untermauert wird, erbracht werden kann?

3. Ist Art. 8 der Richtlinie 2008/48 dahin auszulegen, dass er die Prüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers lediglich anhand der vom Verbraucher vorgelegten Informationen ohne tatsächliche Kontrolle dieser Informationen anhand anderer Anhaltspunkte verbietet?

4. Ist Art. 5 Abs. 6 der Richtlinie 2008/48 dahin auszulegen, dass der Kreditgeber dem Verbraucher keine angemessene Erklärung gegeben haben kann, wenn er nicht vorher dessen finanzielle Situation und Bedürfnisse geprüft hat?

Bewertung des EuGH:

Der EuGH stellt in Randziffer 22 fest, dass die Verbraucherkreditrichtlinie keinerlei Regelungen bezüglich der Beweislastverteilung zur Erfüllung der vorvertraglichen Verpflichtungen zur Überprüfung der Kreditwürdigkeit (Art. 8 der Verbraucherkreditrichtlinie) und der adäquaten Erläuterung (Art. 5 Abs. 6 der Verbraucherkreditrichtlinie) vorsieht. Die Regelung der Beweislast unterliegt demnach dem nationalen Recht der Mitgliedstaaten. Allerdings

führt der EuGH aus, dass diese nationalen Regelungen nach dem Äquivalenzproblem nicht schlechter als andere vergleichbare nationale Regeln sein dürfen. Nach dem Effektivitätsprinzip darf die Ausübung dieser Rechte des Verbrauchers nicht übermäßig erschwert oder unmöglich gemacht werden. Der EuGH führt aus, dass der Verbraucher bei einer derartigen Formulierung, dass er die vorvertraglichen Informationsblätter erhalten habe, nicht die Möglichkeit habe, zu beweisen, dass der Kreditgeber ihm die Erläuterungen nach Art. 5 der Verbraucherkreditrichtlinie nicht übergeben hat und die Kreditwürdigkeitsprüfung nach Art. 8 der Verbraucherkreditrichtlinie nicht durchgeführt hat (Rz. 27).

Der EuGH führt weiter aus, dass ein sorgfältiger Kreditgeber dafür Sorge tragen würde, Beweise aufzubewahren, um die Erfüllung seiner vorvertraglichen Pflichten diesbezüglich zu beweisen (Rz. 28). Zwar sei die Klausel in dem Kreditvertrag, dass der Verbraucher das vorvertragliche Informationsblatt nach der Verbraucherkreditrichtlinie erhalten habe, nach französischem Recht zulässig, nach Art. 22 Abs. 3 der Verbraucherkreditrichtlinie darf eine derartige Klausel aber nicht dazu führen, dass der Kreditgeber seine Verpflichtungen umgeht. Der Kreditgeber müsse daher zusätzlich zu einer derartigen Klausel im Kreditvertrag, die lediglich dann als Indiz für die Übergabe der Information gelten würde, substantiiert beweisen können, dass er seine vorvertraglichen Pflichten erfüllt habe.

Als Fazit führt der EuGH in Randziffer 32 aus, dass derartige Klauseln die Beweislast zu Lasten des Verbrauchers in unzulässiger Weise umkehren würden. Hinsichtlich der zweiten Frage, ob die Kreditwürdigkeitsprüfung ausschließlich anhand der vom Verbraucher gelieferten Informationen erfolgen kann, führt der EuGH aus, dass nach Art. 8 Abs. 1 der Verbraucherkreditrichtlinie der Kreditgeber vor Vertragsabschluss anhand ausreichender Informationen die Kreditwürdigkeit des potenziellen Darlehensnehmers zu überprüfen hat und wenn notwendig, relevante Datenbanken überprüfen soll (so auch Erwägungsgrund 26).

Der EuGH stellt in Rz. 36 fest, dass die Verbraucherkreditrichtlinie in Art. 8 Abs. 1 und in Erwägungsgrund 26 dem Kreditgeber einen Ermessensspielraum gibt, zu entscheiden, welche Informationen ausreichend sind, um die Kreditwürdigkeit zu prüfen und inwieweit diese Informationen anderweitig bestätigt werden sollen. Daraus folgt (Rz. 37), dass der Kreditgeber über den Umfang der ausreichenden Informationen jeweils im Einzelfall entscheiden müsse. In jedem Fall seien unbestätigte Erklärungen des Verbrauchers allein ohne eine entsprechende anderweitige Bestätigung (Rz. 37), nicht ausreichend. Die Verbraucherkreditrichtlinie erlaube es den Mitgliedstaaten, zwingend die Konsultation von Datenbanken im Rahmen der Kreditwürdigkeitsprüfung vorzusehen. Als Fazit kann zusammengefasst werden, dass der EuGH grundsätzlich nach Art. 8 Abs. 1 der Verbraucherkreditrichtlinie nicht ausschließt, dass die Kreditwürdigkeitsprüfung nur aufgrund der Angaben

des Verbrauchers erfolgt. Die Richtlinie fordere nicht die systematische Verifikation der Angaben des Verbrauchers zur Kreditwürdigkeitsprüfung.

Zur vierten Frage hinsichtlich des Umfangs der Erläuterungspflichten führt der EuGH aus, dass sich aus dem Wortlaut der Richtlinie und den Art. 5 und 8 der Verbraucherkreditrichtlinie nicht schließen lasse, dass die Überprüfung der finanziellen Situation und der Bedürfnisse des Verbrauchers vor der angemessenen Erläuterung erfolgen müssen. Beide Verpflichtungen seien vorvertraglicher Natur. Eine entsprechende Reihenfolge der Überprüfung dieser Pflichten sehe die Richtlinie nicht vor. Der EuGH führt aus (Rz. 46), dass die vorvertraglichen Pflichten lediglich ausreichend vor Vertragsschluss erfüllt werden müssen. Bedeutsam sind auch die Ausführungen des EuGH hinsichtlich der Form der angemessenen Erläuterungspflichten nach Art. 5 Abs. 6 der Verbraucherkreditrichtlinie. So würde nach Auffassung des EuGH (Rz. 47) die Verbraucherkreditrichtlinie keine Form der angemessenen Erläuterungen vorgeben. Zusätzlich müssen diese angemessenen Erläuterungen nicht in einem spezifischen Dokument übergeben werden, es reicht vielmehr auch aus, dass diese angemessenen Erläuterungen mündlich dem Verbraucher erklärt werden (Rz. 47). Die Ausgestaltung der Anforderungen an die Erläuterungspflicht obliegt dem nationalen Recht.

3. Urteile

*Rs. C-132/12 Stichting Woonpunt etc./ Europäische Kommission
(Urteil des EuGH vom 27. Februar 2014)*

Bereits zum zweiten Mal hat der EuGH eine Klage von 133 niederländischen Einrichtungen des sozialen Wohnungsbaus abgewiesen. Ziel der Einrichtungen war es, gegen die Kompetenz der EU zu klagen, wonach diese über die Regelungen für die Überprüfung staatlichen Beihilfen, die Zahlung von staatlichen Beihilfen für den sozialen Wohnungsbau unterbinden kann. Die Europäische Kommission hatte im Jahr 2009 beanstandet, dass Zahlungen an Einrichtungen des sozialen Wohnungsbaus ungerechtfertigt seien, da diese nicht „sozial benachteiligten Personen“ zu Gute kämen. Daraufhin hatte die niederländische Regierung eine Obergrenze von 33.000 Euro Jahreseinkommen festgelegt, oberhalb derer Personen keine Unterstützung aus dem sozialen Wohnungsbau erhalten dürften. Dies widerspreche nach Ansicht der Einrichtungen dem ursprünglich verabschiedeten Konzept eines „social mix“ in der Daseinsvorsorge. Der EuGH entschied nun erneut, dass die Klage durch die Verbände nicht zulässig sei, da sie von den Maßnahmen nicht unmittelbar betroffen seien.

*Rs. C-409/13 Rat der Europäischen Union/Europäische Kommission
(Urteil des EuGH vom 14. April 2015)*

Wie der EuGH am 14. April 2015 entschied, hat die Europäische Kommission das Recht von ihr vorgelegte

Gesetzgebungsvorschläge solange abzuändern oder gänzlich zurückzuziehen, bis der Co-Gesetzgeber „verbindlich“ aktiv geworden ist.

In der vorliegenden Rechtssache aus dem Jahr 2011 hatte die Europäische Kommission einen Verordnungsvorschlag für einen Rahmen für makrofinanzielle Hilfestellungen (MFA) gegen den Willen des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates im Jahr 2013 wieder zurückgezogen. Diese Entscheidung hatte der Rat vor dem EuGH angefochten. Die Europäische Kommission verteidigte ihre Entscheidung auf Grundlage des Artikels 293 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. So sei eine Allgemeine Ausrichtung des Rates („general approach“), wie sie zum Zeitpunkt der Rücknahme des Gesetzgebungsvorschlages vorlag, im Gegensatz zu einem Standpunkt des Rates („common position“), wie sie zum Zeitpunkt der Rücknahme noch nicht vorlag, nicht als Tätigwerden des Rates zu werten.

Das Urteil hat auch vor dem Hintergrund Bedeutung, dass die aktuelle Juncker-Kommission plant, eine Reihe von Gesetzgebungsvorschlägen der Vorgängerkommission Barroso II zurückzuziehen.

6 Jahreschronologie 2015

Januar

1. Januar 2015

Ratspräsidentschaft

Lettland übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

12. Januar 2015

CRD IV/CRR

Die Europäische Kommission verabschiedet zwei implementierende Verordnungen zur aufsichtlichen Meldung. Mit diesen sollen die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 680/2014 der Kommission vom 16. April 2014 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die aufsichtlichen Meldungen der Institute auf Grund der erst seit dem 24. Juli 2014 vorliegenden technischen Standards zur Belastung von Vermögenswerten sowie zu Stundungsmaßnahmen und notleidenden Krediten geändert werden. Die Veröffentlichung im Amtsblatt erfolgt am 20. Februar 2015. Am darauffolgenden Tag ist sie in Kraft getreten und ist in den Mitgliedstaaten unmittelbar anzuwenden.

13. Januar 2015

Handels- und Investitionsabkommen

Die Europäische Kommission veröffentlicht die Ergebnisse einer öffentlichen Konsultation über die Einbeziehung von Streitschlichtungssystemen zwischen Staat und Investoren (investor-state dispute settlement mechanism, ISDS) in das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zwischen den USA und der EU.

14. Januar 2015

Sanierung und Abwicklung

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) startet eine Konsultation zu einem Entwurf implementierender technischer Standards (ITS), die das Verfahren, die Form und die Formulare für die Übermittlung von Informationen für Abwicklungspläne an die Abwicklungsbehörde beinhalten.

17. Januar 2015

Einheitlicher Abwicklungsmechanismus

Die delegierte Verordnung (EU) 2015/63 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf im Voraus erhobene Beiträge zu Abwicklungsfinanzierungsmechanismen wird veröffentlicht.

27. Januar 2015

Anti-Geldwäsche

Am 16. Dezember 2014 einigen sich die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission hinsichtlich des Inhalts einer zukünftigen vierten Anti-Geldwäsche-Richtlinie. Die Mitgliedstaaten erklären am 21. Januar 2015, die zuständigen Ausschüsse im Parlament am 27. Januar 2015 ihr Einverständnis mit dem ausgehandelten Text.

29. Januar 2015

Aufsichtsmechanismus (SSM)

Die Europäische Zentralbank (EZB) gibt eine Empfehlung an die Banken ab, nach der diese im Jahr 2015 eine vorsichtiger Dividendenpolitik führen sollen.

Februar

9. Februar 2015

Einheitlicher Aufsichtsmechanismus

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht einen Bericht über die möglichen Auswirkungen der kollektiven Umsetzung der Regulierungsmaßnahmen auf die Geschäftsmodelle der Banken, resultierend aus der Finanzkrise.

18. Februar 2015

Kapitalmarktunion

Die Europäische Kommission veröffentlicht ein Grünbuch zur Schaffung einer Kapitalmarktunion.

25. Februar 2015

Energieeffizienz

Die Europäische Kommission veröffentlicht ihre „Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie“.

März

2. März 2015

Stresstest

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) kündigt an, im Jahr 2015 keinen Stresstest bei Banken durchzuführen.

4. März 2015

EBA-Diskussionspapier zum IRB-Ansatz

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht ein Diskussionspapier zur Verbesserung des regulatorischen Rahmens zum auf

internen Ratings basierenden Ansatz (IRB-Ansatz).

CRD IV/CRR

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht einen Leitlinienentwurf zur Vergütungspolitik zur Konsultation.

16. März 2015

Steuerinformation zu Finanzkonten

Die Expertengruppe der Europäischen Kommission veröffentlicht den ersten Bericht für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AEFI). Der Bericht führt eine Reihe von Empfehlungen für die Umsetzung der Richtlinie 2014/107/EU an.

18. März 2015

Digitaler Binnenmarkt

Die Europäische Kommission legt Vorschläge vor, wie die Schaffung beziehungsweise Vertiefung des digitalen Binnenmarktes erreichen werden soll.

25. März 2015

Steuerbetrug/Steuerhinterziehung

Die Europäische Kommission legt ein erstes Paket mit Vorschlägen für Maßnahmen zur Erhöhung der Steuertransparenz vor. Das Paket umfasst eine Mitteilung zur Steuertransparenz und zum Kampf gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung sowie einen Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich der Verpflichtung zum automatischen Austausch von Informationen im Bereich der Besteuerung.

31. März 2015

Benchmarkverordnung

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments stimmt über den Berichtsentwurf zum Verordnungsvorschlag über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden, ab.

April

9. April 2015

Einheitlicher Aufsichtsmechanismus

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) stellt ihren ersten Bericht über die Vereinheitlichung der Aufsichtspraktiken im Finanzbereich vor.

Mai

5. Mai 2015

Europäische Aufsichtsbehörden

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht den 5. Gemeinsamen Bericht der Europäischen Aufsichtsbehörden (ESAs) über Risiken und Schwachstellen des EU-Finanzsystems.

6. Mai 2015

Digitaler Binnenmarkt

Die Europäische Kommission stellt Vorschläge zur Entwicklung eines einheitlichen digitalen europäischen Binnenmarktes vor.

Sanierung und Abwicklung

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht die finalen Leitlinien zu der Mindestliste von qua-

litativen und quantitativen Indikatoren für den Sanierungsplan.

8. Mai 2015

Sanierung und Abwicklung

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) legt die finalen Leitlinien zu den Auslösemechanismen (trigger) zur Anwendung von Frühinterventionsmaßnahmen vor.

19. Mai 2015

Bessere Rechtssetzung

Die Europäische Kommission verabschiedet ihre Vorschriften für eine bessere Rechtssetzung.

Benchmarkverordnung

Das Plenum des Europäischen Parlaments stimmt für die Annahme des Berichts über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden.

22. Mai 2015

Zinsänderungsrisiko

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) legt die finalen Leitlinien zu technischen Aspekten beim Management des Zinsänderungsrisikos vor.

26. Mai 2015

Restrukturierung des Bankensektors

Im Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments findet die Abstimmung zum Berichtsentwurf zum Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zur Restrukturierung des Bankensektors statt. Der Vorschlag soll zur Stabilität des Finanzsystems beitragen, indem die Einlagengeschäfte der größten und

am stärksten vernetzten Kreditinstitute in der EU vor potenziell riskanten Handelstätigkeiten geschützt werden.

27. Mai 2015

Steuerabkommen

Die Europäische Union unterzeichnet mit der Schweiz ein Abkommen über Steuertransparenz.

28. Mai 2015

Einlagensicherung

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) legt die finalen Leitlinien zu Methoden für die Berechnung von Beiträgen zu Einlagensicherungssystemen und zu den Zahlungsverpflichtungen zum Einlagensicherungssystem vor.

Juni

1. Juni 2015

Wohnimmobilienkreditverträge

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht ihre Leitlinien zur Prüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers sowie zu Zahlungsrückständen und Zwangsvollstreckungen im Rahmen der Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge (2014/17/EU).

4. Juni 2015

Wohnimmobilienkreditverträge

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht ihre Konsultation zu dem Leitlinienentwurf zu den Anforderungen an ein standardisiertes Formular zur Meldung von Hypothekarkreditvermittlern im Rahmen der

Richtlinie 2014/17/EU über Wohnimmobilienkreditverträge.

CRD IV/CRR

Die Europäische Kommission nimmt einen Durchführungsrechtsakt an, mit dem der Übergangszeitraum für Eigenkapitalanforderungen für Risikopositionen von EU-Bankengruppen gegenüber zentralen Gegenparteien (ZGP) gemäß der Eigenkapitalverordnung (CRR) verlängert wird.

5. Juni 2015

Anti-Geldwäsche

Die Richtlinie zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2005/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2006/70/EG der Kommission wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Die Richtlinie tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft und muss bis zum 26. Juni 2017 von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

7. Juni 2015

Einheitlicher Aufsichtsmechanismus (SSM)

Frau Nouy, Vorsitzende des Aufsichtsgremiums der Einheitlichen Europäischen Bankenaufsicht (SSM), gibt bekannt, dass ein allgemeiner, öffentlicher Stresstest im Jahr 2016 durchgeführt wird.

8. Juni 2015

Zinsrisiko

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht veröffentlicht ein Konsultationspapier über Risikomanagement, Kapitalanforderung und Überwachung des Zinsrisikos im Bankbuch. Dieses Konsultationspapier basiert auf dem Dokument des Basler Ausschusses vom Juli 2004 „Prinzipien für das Management und die Aufsicht von Zinsrisiken“ und soll dieses in der Folge ersetzen.

15. Juni 2015

Datenschutzgrundverordnung

Der Rat der Europäischen Union nimmt seine Allgemeine Ausrichtung für die Änderungen am Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Datenschutzgrundverordnung an.

Verschuldensquote

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht die aktualisierten technischen Durchführungsstandards (ITS) für die Offenlegung und die Meldung der Verschuldensquote für die EU-Institutionen.

Finanzinstrumente (MiFID II)

Die Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (MiFID II) wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

17. Juni 2015

Unternehmensbesteuerung

Die Europäische Kommission leitet eine öffentliche Konsultation zur Transparenz der Unternehmensbesteuerung ein.

19. Juni 2015**Kapitalmarktunion**

Der Rat der Europäischen Union nimmt seine Schlussfolgerungen zur Schaffung einer Kapitalmarktunion an.

22. Juni 2015**Europäische Einlagensicherung**

Die sogenannte Fünf-Präsidenten-Gruppe, zusammengesetzt aus Jean-Claude Juncker, Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz, veröffentlicht neue Vorschläge zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion. Unter dem Titel „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“ wird auch die Einführung einer einheitlichen europäischen Einlagensicherung gefordert.

Net Stable Funding Ratio (NSFR) Offenlegungsstandards

Der Basler Ausschuss veröffentlicht die finalen Net Stable Funding Ratio (NSFR) Offenlegungsstandards.

23. Juni 2015**Einheitlicher Aufsichtsmechanismus**

Die drei europäischen Aufsichtsbehörden (EBA, ESMA und EIOPA – zusammen ESA) veröffentlichen ein weiteres Diskussionspapier zu Level 2-Maßnahmen zur PRIIPs-Verordnung.

ITS zur Meldung der Liquiditätskennziffer

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) legt die aktualisierten technischen Durchführungsstandards (ITS) für die aufsichtlichen Meldungen der Institute bezüglich der Liquidity Coverage Ratio (LCR) vor.

30. Juni 2015**Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden**

Die Europäische Kommission führt eine öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2010/31/EU) durch.

Juli**1. Juli 2015****Ratspräsidentschaft**

Luxemburg übernimmt den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.

3. Juli 2015**Sanierung und Abwicklung**

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht die finalen regulatorisch technischen Standards (RTS) für die Bestimmung einer Mindestanforderung an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten (MREL) gemäß Richtlinie 2014/59/EU.

Einheitliches, europäisches Altersvorsorgeprodukt

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) gibt bekannt, eine öffentliche Konsultation über ein einheitliches, europäisches, privates Altersvorsorgeprodukt (Pan-European Personal Pension Product, PEPP) durchzuführen.

6. Juli 2015**Festlegung höherer Risikogewichte**

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) führt eine öffentliche Kon-

sultation zu Entwürfen technischer Regulierungsstandards über Vorgaben für zuständige Aufsichtsbehörden, wenn diese höhere Risikogewichte nach Art. 124 Abs. 4 b der Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen ((EU) Nr. 575/2013, CRR) festlegen möchten, durch.

7. Juli 2015**Sanierung und Abwicklung**

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht die finalen Leitlinien zu vereinfachten Anforderungen für Kreditinstitute bei der Erstellung von Sanierungsplänen.

Sanierung und Abwicklung

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht den finalen ITS-Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung von technischen Standards, der eine Reihe von Vorlagen und Definitionen bezüglich der Informationsaufbereitung im Zusammenhang mit der Erstellung von Abwicklungsplänen beinhaltet.

9. Juli 2015**Kapitalmarktunion**

Das Plenum des Europäischen Parlaments nimmt den Entschließungsantrag zur Schaffung einer Kapitalmarktunion mit großer Mehrheit an.

15. Juli 2015**CRD IV/CRR**

Die Europäische Kommission legt ein Konsultationsdokument vor, um damit die Öffentlichkeit zu den strengeren Vorschriften für Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute und deren

Bewährung in der Praxis zu befragen. Diese Überprüfung erfolgt gemäß den Berichtspflichten der Europäischen Kommission, die in der Eigenkapitalverordnung (CRR) Art. 501, 505 und 516 enthalten sind.

16. Juli 2015

Handelsvertreterrichtlinie

Die Europäische Kommission veröffentlicht den so genannten REFIT-Evaluierungsbericht bezüglich der Handelsvertreterrichtlinie und empfiehlt die unveränderte Beibehaltung der Richtlinie.

17. Juli 2015

ITS/ALMM

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht ein Update über die Anwendungsfrist des endgültigen Entwurfs technischer Durchführungsstandards (ITS) für Additional Liquidity Monitoring Metrics (ALMM).

29. Juli 2015

Einlagensicherung

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) konsultiert zu den Leitlinienentwürfen zu Kooperationsvereinbarungen zwischen Einlagensicherungssystemen.

August

11. August 2015

Hypothekarkreditvermittler

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht ihre finalen Leitlinien zu den Anforderungen an ein standardisiertes Formular zur Meldung grenzüberschreitender Tätigkeit

von Hypothekarkreditvermittlern im Rahmen der Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge.

14. August 2015

Sanierung und Abwicklung

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) legt der Europäischen Kommission eine Stellungnahme hinsichtlich Schutzbestimmungen für Gegenparteien bei partiellen Vermögensübertragungen vor.

19. August 2015

Liquiditäts- und Verschuldungsquote

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) gibt bekannt, eine zusätzliche Analyse in seine Kalibrierungsberichte zur Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio/NSFR) und zur Verschuldungsquote (Leverage Ratio/LR) zu integrieren.

September

22. September 2015

CRD IV/CRR

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) startet eine Konsultation zu ihren Leitlinienentwürfen bezüglich einer detaillierten Anwendung der Ausfalldefinition gemäß Art. 178 (7) der CRR Verordnung ((EU) 575/2013). Die EBA beabsichtigt, die zukünftige Arbeit mit Blick auf Kontinuität und Vergleichbarkeit der Eigenkapitalanforderungen zu verbessern.

25. September 2015

ITS/ALMM

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat ihre Stellungnahme zu den Änderungsvorschlägen der Eu-

ropäischen Kommission bezüglich der technischen Durchführungsstandards (ITS) für Additional Liquidity Monitoring Metrics (ALMM) veröffentlicht.

30. September 2015

Kapitalmarktunion

Die Europäische Kommission legt einen Aktionsplan zur Schaffung einer Kapitalmarktunion vor.

Oktober

5. Oktober 2015

Beleihungswertermittlung

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) äußert sich in einer veröffentlichten Stellungnahme kritisch über eine Vereinheitlichung des Konzepts zur Beleihungswertermittlung (Mortgage Lending Value, MLV) und lehnt die Erarbeitung derselben ab.

November

5. November 2015

EBA-Stresstest 2016

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) veröffentlicht ihren Entwurf für die Methodologie zur Durchführung ihres EU-weiten Stresstests im Jahr 2016.

6. November 2015

Einlagensicherung

Die EBA veröffentlicht eine Konsultation über ihre Leitlinienentwürfe für einen Stresstest der Einlagensicherungssysteme.

11. November 2015**Basisinformationsblätter für PRIIPs**

Der gemeinsame Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden (EBA, ESMA und EIOPA) startet eine Konsultation über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIPs).

24. November 2015**Europäische Einlagensicherung**

Die Europäische Kommission legt einen Verordnungsvorschlag für ein europäisches Einlagenversicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme, EDIS) vor.

Dezember**1. Dezember 2015****Richtlinie über Barrierefreiheit**

Der Ausschuss für Wirtschaft- und Währung des Europäischen Parlaments nimmt den Initiativbericht des Europäischen Parlaments zu „Bestandsaufnahme und Herausforderungen der EU-Rechtsvorschriften für die Finanzdienstleistungsbranche unter Berücksichtigung der Auswirkungen dieser Rechtsvorschriften und der Wege zu einem effizienteren und wirksameren EU-Finanzregulierungsrahmen und zu einer Kapitalmarktunion“ an.

2. Dezember 2015**Richtlinie über Barrierefreiheit**

Die Europäische Kommission veröffentlicht einen Richtlinienvorschlag zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderun-

gen für Produkte und Dienstleistungen.

10. Dezember 2015**Grünbuch Finanzdienstleistungen für Privatkunden**

Die Europäische Kommission veröffentlicht eine Grünbuchkonsultation zu Finanzdienstleistungen für Privatkunden. Mit Hilfe von insgesamt 33 Fragen will sie sich einen Überblick über den derzeitigen Zustand des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen für Privatkunden verschaffen und in Erfahrung bringen, wie Angebot und Nachfrage für diese Dienstleistungen grenzüberschreitend gesteigert werden kann.

Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV)

Die Europäische Bausparkassenvereinigung, die am 29. August 1962 gegründet wurde, ist ein Zusammenschluss von Kreditinstituten und Einrichtungen, die die Finanzierung von Wohneigentum fördern und unterstützen.

Sie verfolgt den Zweck, in einem politisch und wirtschaftlich zusammenwachsenden Europa den Gedanken des Erwerbs von Wohneigentum zu fördern, die Interessen der Mitglieder gegenüber den Institutionen der Europäischen Union wahrzunehmen, die Mitglieder über den Fortgang der europäischen Einigung und die dazu von den Institutionen der Europäischen Union ergriffenen Maßnahmen zu informieren und den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch der Mitglieder untereinander auf den Gebieten der Wohnungsfinanzierung und der Wohnungspolitik zu unterstützen und zu intensivieren.

Die Bausparkassen leisten in weiten Teilen Europas und außerhalb einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum.

Impressum

Herausgeber:

Europäische Bausparkassenvereinigung

Rue Jacques de Lalaing 28

1040 Brüssel, Belgien

Tel.: +32 2 231 03 71

Fax: +32 3 230 82 45

e-mail: info@efbs.org

Preface to the annual report of the European Federation of Building Societies (EFBS)

In 2015, the European Federation of Building Societies (EFBS) was once again confronted with a multitude of challenges.

The European Commission's plans to create a Capital Markets Union attracted much public criticism. The counterargument is this: Medium- and low-income households in many countries deliberately choose low-risk investments. Securitisation markets are not a reasonable alternative for these people. The Commission should support their desire for safe investments instead of luring them into financial adventure. Consumer organisations have also cautioned against the move for the same reason.

The EFBS is mystified by the implication that savings schemes with the purpose of financing one's own home demonstrate insufficient productivity. Solid financing for this life goal not only affords protection from excessive debt but is also a prerequisite for long-term stability in the housing finance markets, thus offering significant benefits for the real economy.

The effect on asset accumulation must also be considered. A comparison of European countries shows that where the home ownership rate is high, so too is the asset-to-income ratio. What's more, a higher rate of home ownership is generally associated with smaller wealth disparities. Home ownership thus makes an important contribution to social equity and can provide protection against poverty in old age.

A further topic was the consultation on the Green Paper on retail financial services. Here, the EFBS felt it was important to draw attention to the obstacles, which still exist, to cross-border provision of mortgage credit.

In the consultation on the creation of a standardised Pan-European Personal Pension Product (PEPP) held by the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA), the EFBS argued that products such as the state-subsidised combined home ownership and pension schemes in Germany should be included in the offer. The retirement benefits of home ownership, which result from rent-related savings, have been demonstrated on various occasions by the OECD in its series of reports entitled *Pensions at a Glance*.

In the various ongoing consultations held by the European Banking Authority, the European Central Bank and the Basel Committee on Banking Supervision, the EFBS's main concern was to raise awareness of the bauparkassen business model and of risk-adjusted measures. The consultations focused on revisions to the Standardised Approach for credit risk and to the simpler approaches to capital requirements for operational risk, the future of the IRB approach, the application of the leverage ratio to building societies/bauparkassen, additional reporting requirements for liquidity coverage, management of interest rate risk, minimum requirements for risk management, and the European Central Bank's rules on collection of granular credit data.

For the future – especially after the UK vote in favour of Brexit – it is essential to orient European policy according to the standards of “measure” and “moderation”. The effects of the financial crisis have contributed to a growing distance between elites, institutions and politicians, on the one hand, and an increasingly large proportion of the population, on the other. We need “better regulation” through concentration of the tasks on matters which absolutely must be regulated throughout Europe. The focus must once again be placed on the central idea of the Single Market, not on over-regulation which overrides functioning national legislation. Europe must therefore not aim to become a transfer union, which sets wrong incentives. Communitisation of deposit guarantee – to name just one example – would provide encouragement for this. What we need instead is a European system of personal responsibility. Only this will meet with people's acceptance on a lasting basis.

Contents

| | | |
|----------|--|----|
| | Foreword..... | 51 |
| 1 | Positions papers..... | 55 |
| 2 | The Federation in 2015..... | 59 |
| | – Activities of the Committees..... | 59 |
| | – EFBS-Public relations..... | 65 |
| 3 | Housing sector trends in Europe..... | 67 |
| 4 | EFBS Focus..... | 73 |
| | – Savings in an environment of low interest rates by Jacques de Larosière..... | 73 |
| | – The ECB’s zero interest rate policy – why criticism is justified by Andreas J. Zehnder..... | 76 |
| | – European deposit insurance at the heart of the EU reform agenda by Christian König..... | 78 |
| 5 | ECJ-Report 2015..... | 83 |
| 6 | Chronological Account of the year 2015..... | 89 |
| | Appendix..... | 95 |
| | – Officers of the Federation..... | 95 |
| | – List of Members..... | 96 |

1 Position Papers

Anti-money laundering

On 5 June 2015, Directive (EU) 2015/849 on the prevention of the use of the financial system for the purposes of money laundering or terrorist financing was published in the Official Journal of the European Union. The Directive entered into force on the twentieth day following that of its publication in the Official Journal. Member States must transpose the Directive by 26 June 2017.

Pursuant to Article 6(2) of the Directive, the Commission is required to draw up a report on the risks of money laundering in the EU's financial sector. The report will be incorporated into an assessment of the risks to the internal market and cross-border activities. On this basis, the Commission will make recommendations to Member States on the measures suitable for addressing the identified risks. In making their risk assessment, Member States may, pursuant to Article 7(4)(b) of the Directive, identify, where appropriate, sectors or areas of lower risk of money laundering. In its position paper of 11 February 2015, the European Federation of Building Societies (EFBS) therefore called for contractual savings for housing finance (bausparen) to be classed as a low-risk product whose lack of systemic relevance makes it unsuitable for money laundering.

Better Regulation Agenda

On 19 May 2015, the European Commission adopted its Better Regulation

Agenda. Negotiations also took place on a new Interinstitutional Agreement on Better Law-making, which will govern cooperation with the European Parliament and the Council. The initiative focuses, inter alia, on a common commitment to the REFIT programme; impact assessment throughout the legislative process; greater transparency on trilateral negotiations and joint efforts to reduce unjustified "gold-plating" of EU legislation by Member States. Strengthening the Regulatory Fitness and Performance Programme (REFIT) is a core issue for the Commission in the context of the Agenda.

During 2015, a dialogue on better regulation, facilitated by the European Banking Industry Committee (EBIC), took place with the European Commission's Directorate-General for Financial Stability, Financial Services and Capital Markets Union (DG FISMA). On 23 November 2015, a letter was sent to the European Commission, identifying those areas of financial market regulation which, from an industry perspective, require reform as part of the better regulation initiative. Attention was drawn to overlaps, inconsistencies and unintended negative consequences of existing regulation, and improvements were proposed. The EFBS made two key contributions to this letter. Firstly, it welcomed the initiative by the European Banking Authority (EBA) to review the effects of a single leverage ratio of 3 % on various business models and, if appropriate, to opt for a differentiated approach for low-risk, high-volume business models. Secondly, the proposal to increase the risk weights for expo-

surements secured by residential property was rejected as unsuitable. The EFBS called for a risk weight of 35 % to apply to all exposures secured by mortgages on residential property with a lending value between 60 % and 80 %.

Leverage ratio (implementation of Basel III into CRD IV/CRR)

Article 511(2) of Regulation (EU) No 575/2013 of 26 June 2013 on prudential requirements for credit institutions and investment firms and amending Regulation (EU) No 648/2012 (CRR) requires the EBA to report on the introduction of an appropriate number of levels of the leverage ratio that institutions following different business models would be required to meet. In its comments of 30 October 2015, the EFBS set out its position on the EBA's work on assessment and calibration. The EFBS made it clear that from the Bausparkassen perspective, an unrealistically high leverage ratio requirement would force institutions to scale down their low-risk, high-volume business and – to the extent possible within bausparkassen law – expand their portfolio of higher-risk, lower-volume business. If the same capital requirements applied to all business models, there would be a substantial drop in revenue in low-risk segments with smaller margins due to the very limited opportunities to pass on increased costs. This would ultimately reduce the supply of credit. On 13 November 2015, the EFBS's comments were passed to the Basel Committee on Banking Supervision for information.

Position paper on sound remuneration policies (implementation of Basel III into CRD IV/CRR)

On 4 March 2015, the European Banking Authority (EBA) launched a consultation on Draft Guidelines on sound remuneration policies. Pursuant to Articles 74 and 75 of Directive 2013/36/EU on access to the activity of credit institutions and the prudential supervision of credit institutions and investment firms (CRD IV), the EBA is required to issue guidelines on, firstly, remuneration policy for staff as a whole, as an element of internal governance, and, secondly, on more stringent rules for the variable remuneration of staff whose professional activities have a material impact on credit institutions' risk profile. The aim is to ensure harmonised remuneration arrangements in institutions within the EU for the long term, based on a transparent and prudent approach to risk. The EBA Guidelines will apply to institutions on an individual and consolidated basis, including their subsidiaries, and will include specific provisions on remuneration policies and practices.

In its position paper of 29 May 2015, the EFBS argued for the introduction of an appropriate restriction based on the principle of proportionality pursuant to Article 92(2) CRD IV. The permissibility of appropriate national regulations allowing such restrictions would be welcome. The EFBS also draw attention to the excessive complexity of the provisions on the clear distinction that should be made with regard to the variable remuneration for different categories

and therefore voiced its opposition to the application of these provisions. The EFBS also called for greater clarity in the definition of "staff" contained in paragraph 6 g) of the EBA Guidelines to make it clear that this does not mean persons who work on a self-employed basis for an institution or its subsidiaries, such as commercial agents.

The EFBS voiced a general concern that the Draft Guidelines call into question the validity of the proportionality principle in respect of the rules governing remuneration in the institutions and called on the EBA to retain the current interpretation of the proportionality principle, as set out in CRD IV. The EBA published its final Guidelines on sound remuneration policies on 21 December 2015.

Improving the regulatory framework for the internal ratings-based approach (IRB Approach) (implementation of Basel III into CRD IV/CRR)

In its comments of 5 May 2015 regarding EBA's discussion paper on improving the regulatory framework for the internal ratings-based approach (IRB Approach), the EFBS supported the EBA's endeavour to build trust in the application of internal rating systems. However, the EFBS also pointed out that some of the described amendments to the existing rules applicable to IRBA systems, as proposed in various standards and guidelines, would result in radical changes in institutions' models and systems. In addition to the substantial technical effort in-

volved in completely restructuring all subcomponents of the IRBA systems, very considerable IT input is likely to be required, as adjustments to the basic data in existing IRBA systems will render the existing historical data unusable in some cases. In combination with institutions' efforts to implement other regulatory innovations, the proposed interventions will massively increase the risk to the quality of data processing. For that reason, the EFBS was highly critical of any changes at present, due to concerns that the volume of the required changes will ultimately weaken trust in the application of internal rating systems.

Guidelines on creditworthiness assessment and on arrears and foreclosure (Mortgage Credit Directive)

On 1 June 2015, EBA published its final Guidelines on creditworthiness assessment, as well as its final Guidelines on arrears and foreclosure (Mortgage Credit Directive – 2014/17/EU). With its comments of 12 February 2015, the EFBS had participated in the preceding consultation. Various welcome amendments, as compared with the Draft Guidelines of 12 December 2014, were achieved.

With regard to the assessment of the consumer's creditworthiness (Article 18 of the Mortgage Credit Directive), draft Guideline 1.2, which had stated that the information used to assess the consumer's creditworthiness should not come solely from the consumer but should be provided "by sources that

are independent of the consumer”, has been deleted in its entirety in the final version. In Guideline 1.3 pertaining to consumers who are self-employed or have seasonal or other irregular income, the EBA has dropped the requirement for verification of additional information. And finally, draft Guideline 7 requiring that the creditor identify groups of loans with a higher risk profile and take this into account when assessing consumers’ creditworthiness has also been deleted in its entirety.

Various amendments have also been made to the Guidelines on arrears and foreclosure (Article 28 of the Mortgage Credit Directive). Following amendment, Guideline 1.1 now merely states that the creditor’s procedures to detect consumers going into payment difficulties should take effect “as early as possible”. Guideline 1.2 states that the creditor should establish policies and procedures for the effective handling of and engagement with consumers in payment difficulties, additionally specifying that the consumer engagement policy should include that the creditor provides adequate information, for example, through websites and written materials, and support for consumers in payment difficulties. In Guideline 2.2, which concerns confidentiality in the exchange of information between the creditor and the consumer, the EBA has made it clear that there is no obligation to hold a meeting in person, in the form of discussions at the credit institution’s premises. Any interaction by the creditor with the consumer in relation to their payment difficulties should respect the consumer’s privacy.

Guideline 4.1 makes it clear that the proposed list of forbearance measures towards borrowers experiencing payment difficulties is not exhaustive and that these measures are possible, but are not legally binding remedies.

In its comments, the EFBS also questioned the legal basis (Article 16, Regulation (EU) No 1093/2010) selected by the EBA for the issuing of the present Guidelines, pointing out that the primary legislation does not expressly mandate the EBA to carry out this work and that the legislator, in drafting the Directive, had deliberately opted for a minimum harmonisation approach in order to give the Member States the necessary flexibility to take into account the diversity of national conditions.

A standardised Pan-European Personal Pension Product

The EFBS participated in the public consultation held by the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) on the creation of a standardised Pan-European Personal Pension Product (PEPP). In its position paper, dated 5 October 2015, the EFBS emphasised the growing importance of private pension provision. A possible PEPP should therefore not be restricted to a single product category but should be adaptable to citizens’ individual needs. Private home ownership has proved its worth as an important variant of private pension provision, as it is the only pension product whose benefits can be enjoyed before retirement. According to the EFBS, products which

combine residential property purchases and personal pension provision should therefore be included in the offer. The EFBS drew attention to the combined home ownership and pensions schemes in Germany as a successful example.

Calculating contributions to national deposit guarantee schemes

On 11 February 2015, the EFBS submitted its comments in the consultation on the EBA’s draft Guidelines on methods for calculating contributions to Deposit Guarantee Schemes (DGSs) pursuant to Article 13(3) of Directive 2014/49/EU on deposit guarantee schemes. The EFBS welcomed the EBA’s intention to take up the European Commission’s original idea again and to include, in the draft Guidelines, the range of aggregate risk weights for contributions to the deposit guarantee schemes. In the view of the EFBS, in order to take greater account of low-risk business models, the aggregate risk weights should range from 50 % to 250 %, whereas the EBA is in favour of the proposed range from 75 % to 150 %. According to the EBA draft, a wider interval could be set upon justification.

As regards the EBA’s proposed core risk indicators, to be used in calculating the contributions, the EFBS expressed the criticism that the indicators generally appear to have been designed with the all-purpose banking model in mind. The EFBS pointed out that the specific characteristics of the low-risk business structures of deposit-based specialised credit institutions such as the Bausparkassen had not been given suffi-

cient consideration. The EBA published its final Guidelines on 28 May 2015.

Crisis management/resolution

The EFBS participated in the EBA consultation on Draft Regulatory Technical Standards (RTS) on criteria for determining the minimum requirement for own funds and eligible liabilities (Directive 2014/59/EU establishing a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms). In its comments of 27 February 2015, the EFBS pointed out that the liabilities of the Bausparkassen, which mainly consist of savings deposits for housing finance purposes (Bauspareinlagen), are, for the most part, covered deposits and are thus excluded from bail-in pursuant to Article 44(2)(a) of Directive 2014/59/EU. Furthermore, as institutions with an extremely low-risk business model, Bausparkassen regularly have a low percentage of own funds in their balance sheet totals. Bausparkassen are therefore likely to face particular difficulties if minimum requirements for own funds and eligible liabilities, as a proportion of total liabilities and own funds, have to be met in future. For Bausparkassen to be able to show a minimum volume of eligible liabilities, they would first have to generate the appropriate securities. From the EFBS's perspective, it cannot be the purpose of bail-in rules to oblige Bausparkassen to borrow additional funds which, due to their business model, they do not need for refinancing. A minimum requirement thus has the potential to

destabilise their business model. The EFBS therefore voiced opposition to a minimum requirement for eligible liabilities and own funds for Bausparkassen on principle, but acknowledged that pursuant to Directive 2014/59/EU, the minimum requirement is not fixed but is to be set individually for each institution after a case-by-case assessment. The EFBS particularly welcomed the provisions of Article 3(2) of the Draft, which allow the amount of recapitalisation to be set at 0. In the view of the EFBS, this arrangement is appropriate and is essential for compliance with the proportionality principle.

Interest rate risk in the banking book (IRRBB)

The EFBS participated in the Basel Committee consultation on interest rate risk in the banking book (IRRBB). In its comments of 11 September 2015, the EFBS expressed the view that the Basel Committee's original objective cannot be achieved through the approach described in the Consultative Document. This applies particularly in the case of the German Bausparkassen. The interest rate risk in their banking book is already assessed on the basis of differentiated and constantly evolving internal models which are evaluated by the supervisory authorities at the time of their introduction and again at later points in time. The resulting risk exposures are covered by equity capital in accordance with the ICAAP methodology so that risk coverage is guaranteed at all times. These internal models take into account the

bauspar contracts' specific product characteristics and the customer's options, depending on present and future interest rate scenarios. Due to the specific characteristics of bauspar contracts and the legal framework governing them in Germany, the introduction of a standardised approach similar to that applicable to classic savings and sight deposits would produce an outcome which the supervisory authority cannot possibly intend. In particular, the separation and subsequent assignment of bauspar deposits and loans to standardised product categories fails to consider the unique features of bauspar business and negates the legal and contractual linkage between bauspar deposits and loans. In the majority of cases, if the Bausparkassen were to adhere to the provisions on exposure proposed in the Consultative Document, this would not only create an inaccurate picture but would also lead to a significant rise in overall risk.

Revisions to the Standardised Approach for credit risk

In its comments of 12 March 2015, submitted in the consultation launched by the Basel Committee on Banking Supervision on revisions to the Standardised Approach for credit risk, the EFBS emphasised that in its opinion, the Standardised Approach, with its regulatory treatment of risk weights, has generally proved its worth. The EFBS therefore proposed that the Basel Committee consider permanently maintaining the present Standardised Approach as a permissible variant.

2 The Federation in 2015

Activities of the Committees

Meetings of the Legal Affairs Committee in 2015

The meetings of the Legal Affairs Committee took place on 26 March 2015 in Brussels and on 4 November 2015 in Prague.

The spring meeting began with a briefing by Dr Dirk Haubrich, Head of Consumer Protection, Financial Innovation and Payments at the European Banking Authority (EBA). Dr Haubrich gave an overview of the EBA and its work, with a particular focus on the legislation and initiatives adopted to date and the EBA's planned agenda for 2015 and 2016.

He gave a detailed account of the consultations on the EBA Guidelines on product oversight, creditworthiness assessments, arrears and foreclosure (Mortgage Credit Directive), cross-selling practices and the requirements applicable to mortgage credit intermediaries operating on a cross-border basis, all of which are relevant to the mortgage lending sector. He also provided an overview of the topics that will be the focus of the EBA's agenda in future, such as remuneration and incentive schemes for credit institution employees with direct customer contact.

The subsequent discussion focused initially on the role of the EBA in relation to the implementation of the Mortgage Credit Directive, where the maximum possible harmonisation should be achieved. In Dr Haubrich's view, this is ensured, firstly, through the EBA's intensive contacts with national legislators in

the European Commission and, secondly, through the financial sector's opportunity to participate in the EBA's consultations. The possibility for the EBA to develop criteria for incentive schemes and remuneration for financial services providers arises from the EBA's mandate under the CRD, with consumer protection being a key priority in this context, from the EBA's perspective. When asked about the interaction between the numerous and diverse supervisory measures and their impacts on specialised institutions such as the Bausparkassen, Dr Haubrich pointed out that through its cooperation with national supervisory authorities, the EBA is well aware of the impacts of the measures on these institutions. Furthermore, the impact assessments carried out for the Guidelines and Technical Standards also form part of the consultation processes. Finally, there was intensive debate about the question whether the additional burdens on credit institutions resulting from the comprehensive restructuring of the supervisory framework and, in particular, implementation of the new rules on equity capital would, in practice, allow institutions to participate in the EBA consultations to the necessary extent; if not, the EBA might fail to be alerted to potentially significant problems. From Dr Haubrich's perspective, no such risk exists: in his experience, stakeholders' feedback on the relevant documents is no less comprehensive now than the feedback previously submitted to the national supervisory authorities.

Another key topic addressed in the meeting was implementation of the

Mortgage Credit Directive, with a briefing by Mr Erik Nooteboom, Head of Unit, Retail Financial Services and Consumer Policy, in the Directorate-General for Financial Stability, Financial Services and Capital Markets Union (DG FISMA). He emphasised that the financial services agenda being pursued by the new European Commission under President Juncker prioritises meticulous implementation of existing legislation, rather than the adoption of new rules. To that end, the Commission is, among other things, organising workshops with Member States on the Mortgage Credit Directive, the aim being to ensure harmonised implementation of the Directive at the national level. Given the importance of the mortgage lending sector, the Commission's primary goal is to safeguard the EU's financial stability through rules on responsible lending. In parallel, however, it will also support the development of a single European mortgage lending market, although this is not the Directive's primary objective. Nevertheless, from the Commission's perspective, it is important that the Directive opens up new business opportunities, such as cross-border operations by mortgage credit intermediaries. The Commission's planned consultation will, among other things, investigate the reasons for the hitherto inadequate provision of cross-border mortgage services. In view of the current diversity of interest rates and mortgage products in the EU Member States, it is assumed that making it easier to obtain or provide mortgages on a cross-border basis will not only benefit consumers but will also open up new business opportunities for the

industry. In the subsequent discussion, the Committee members emphasised to Mr Nooteboom that credit institutions are already overstretched as a consequence of fulfilling the very detailed – and therefore costly – customer information requirements while at the same time being confronted with banking supervisors' demands that they increase their revenue. As an example of the additional burdens resulting from the Mortgage Credit Directive, it was pointed out that in Germany, an average credit agreement is already around 80 pages long and is likely to increase in length to around 100 pages following implementation of the Mortgage Credit Directive. The Committee urged the Commission to abolish this "over-information" for consumers, which ultimately leads to non-information, in its future legislative initiatives. The Commission should also be aware that such information requirements not only create additional costs and burdens for credit institutions but ultimately add to the expense for consumers as well. In the further course of the meeting, the Committee was briefed on the stage reached in the legislative procedure for the General Data Protection Regulation. The Committee criticised the exorbitant financial penalties for violations of data protection rules, as envisaged in the Commission's proposal. The Committee questioned whether it is appropriate for arrangements hitherto applicable solely under anti-trust legislation to be incorporated into data protection law.

In view of the impending deadline for implementation of the Mortgage Credit Directive, i.e. 21 March 2016,

the Committee's autumn meeting focused on an exchange of experience among members on the transposing acts being prepared in their home countries. At the start of the meeting, Mr Jiří Beran, Director of the Financial Markets II Department, which deals with capital markets legislation in the Ministry of Finance of the Czech Republic, reported on the implementation of the Mortgage Credit Directive in his country. It was apparent that the application of the Consumer Credit Directive to mortgage lending as part of its implementation in the Czech Republic, which – as in Austria – took place in 2010, had done little to ease the way for the Mortgage Credit Directive. On the contrary, despite the many similarities between the two Directives, completely new and comprehensive legislation had been required in both countries. There was a general view that the legislator in Brussels had created numerous practical problems, not only for national legislators but also – and particularly – for affected institutions, due to the Directive's ambiguous wording, notably as regards the combination of loans secured by residential property with unsecured credit, and the treatment of foreign currency loans. The transposition of creditworthiness assessment by civil law, introduced alongside the existing supervisory arrangements for creditworthiness assessments, poses problems not only for national legislators but also, and especially, for lenders. The Committee members agreed that this new obligation is likely to cause friction with consumer organisations, inevitably leading to legal disputes.

A further key topic at the meeting was the Council's general approach on the General Data Protection Regulation. The Committee especially welcomed the fact that the Council's text contains clear and workable rules on data subjects' consent to data processing and, in particular, that the provisions of the Commission's original draft stating that consent will not provide a legal basis for the processing where there is a significant imbalance between the position of the data subject and the controller had been dropped. The restrictions on the right to data portability, i.e. automated processing of personal data, which originally pertained to social networks, were also welcomed by the Committee. Of particular relevance to the credit industry, in the Committee's opinion, is the clarification in recital 39 of the general approach that the processing of personal data for direct marketing purposes may be regarded as carried out for a legitimate interest of the data controller concerned. Furthermore, in the Committee's view, the transitional arrangements set forth in recital 134 are of great practical relevance, not only for the credit industry. The provisions state that data processing already under way on the date of the entry into force of the Regulation, where such processing is in compliance with Directive 95/46/EC, need not be brought into conformity with the Regulation and that it is also not necessary for the data subject to give his or her consent again. Overall, the Committee took the view that the Council's general approach is an important step towards a workable EU-wide data protection

law. The agenda item concluded with a briefing by Mr František Nonnemann, Director of the Analytics and Public Sector Data Processing Department in the Czech Office for Personal Data Protection, focusing on the current situation of data protection law in his country.

Finally, members were briefed on the stage reached in the Commission's consultations on the Review of the Directive on the energy efficiency of buildings and on the creation of a standardised Pan-European Personal Pension Product (PEPP) and were informed about the EFBS's responses to these consultations. In view of the range of personal pension products already existing at the national level, the Committee questioned whether there was any need for the additional offer of a standardised Pan-European Personal Pension Product.

Meetings of the Housing Policy and Marketing Committee in 2015

An eventful year for the bauspar sector

"Every era takes its own challenges seriously – and so it should. But I think that a glance back at history makes it very much easier to respond to these challenges."

- Richard von Weizsäcker.

One of the key innovations of the Housing Policy and Marketing Committee 10 years ago was the introduction of market data exchange between the various member countries. This meant

that for the first time, the volume of bauspar business in Europe could be captured in statistics. In 2014, around 4.8 million new bauspar contracts were signed, resulting in a total portfolio of around 42 million contracts in Europe's bauspar countries – Germany, Austria, Croatia, Romania, Slovakia, the Czech Republic and Hungary. Bauspar deposits amounted to around € 192 billion, with Austria having by far the highest bauspar penetration level (59.2 %), followed by Germany (36.9 %) and the Czech Republic (36.4 %).

The financing volume of lending business currently exceeds € 37 billion. Assuming that each billion safeguards around 20,000 jobs, in the business year 2014, Europe's bausparkassen secured 740,000 jobs in construction and related sectors, generating most of this value added at home. Loans amounted to an impressive € 152 billion in 2014. These figures alone demonstrate the importance of the bauspar system for the European economy.

The topic of "energy efficiency in construction" was discussed in depth at the spring meeting. The Energy Efficiency Financial Institutions Group (EEFIG) has published a study exploring how the investment climate for energy efficient measures can be improved. The report addresses three questions:

- What are the most imminent challenges that must be overcome?
- Who would be the right party to address them?

- What should the European Commission/EU do?

In the ensuing exchange of experience, Austria reported on a successful public sector initiative, known as "Sanierungsscheck", which delivers support amounting to around € 60 million for private housing via the Austrian bausparkassen. The initiative resulted in 16,449 thermal upgrades in 2015 alone. The € 60 million in funding has leveraged investment of almost € 450 million.

The Committee's 2015 autumn meeting in Prague focused on the housing market and housing finance. With its five bausparkassen and four million bauspar contracts in a population of around 10 million, the Czech Republic can justifiably be described as a mature market, with the concept of bausparen well-integrated in politics and the economy. In recent years, however, the cuts in state support for this type of saving and the debate about the bauspar institutions' specialisation and whether it is necessary have had adverse effects, reducing the number of new contracts and loans.

The discussion then turned to a comparison of trends in the member countries. In Germany, the negative impact of low interest rates is the dominant issue.

Hungary, by contrast, is experiencing a boom in its bauspar sector: here, the number of bausparkassen in the market has doubled from two to four, resulting in a 15-20 % growth in new busi-

ness. Despite the low interest rates, the Hungarian market is in a healthy state: *bausparen* has become very attractive to Hungarians and this is reflected in the volume of new business.

We were pleased to welcome Kazakhstan as a new member of the Committee in 2015. Its *bauspar* system offers products with a six-year maturity period. Interest rates are currently hovering at around 3 %. The system is stable and works well. In Kazakhstan, 821,000 *bauspar* contracts have been arranged and loans amounting to around € 900 million have been granted to date.

All in all, it was an eventful year for *bausparen*, with major challenges and minor triumphs!

Meetings of the Financial Affairs Committee in 2015

The meeting of the Forum “Finance” took place on 26 March 2015 in Brussels and the meeting of the Financial Affairs Committee on 5 November 2015 in Prague. At its meeting on 27 March 2015, the Management Council of EFBS has unanimously appointed the Forum “Finance” as Financial Affairs Committee of the EFBS.

The spring meeting focused on leverage ratio, recovery and resolution, especially Regulatory Technical Standards on criteria for determining the minimum requirement for own funds and eligible liabilities (MREL) and the collection of granular data on credits (Analytical Credit Dataset).

The meeting began with a briefing by Ms Metz (Austrian National Bank/OeNB) on the current developments with respect to the leverage ratio at European level. She explained that the main aim of the leverage ratio is to limit the accumulation of excessive debt. In the ensuing discussion, Ms Metz explained that the European Banking Authority’s (EBA) intention with the Quantitative Impact Study (QIS) is to present and/or calculate the effects of the minimum requirements with risk weighting in accordance with the specifications in the Capital Requirements Regulation (CRR). In addition, no minimum requirements detrimental to the financial market or the economy are to be introduced. The effects on other ratios are to be considered on introduction of a leverage ratio. This is also the case regarding the interaction between regulatory capital and the leverage ratio.

Ms Metz expressly emphasised the importance of participation in the QIS survey, especially with a view to the various minimum requirements and consideration of the various business models. The national supervisory authorities are responsible for selection of the institutions for the survey. During the discussion, it was emphasised by EFBS members that the *Bausparkassen* credit risk is far lower and *Bausparkassen* should be considered accordingly. It also has to be clarified what happens with the freely disposable liquid assets arising from deposits. *Bausparkassen* are subject to severe legal restrictions with regard to investment opportunities for freely disposable liquid assets.

The EFBS Members considered the presentation of the business model to be a good idea as this could provide better clarification that *Bausparkassen* guarantee home savings loans on the one hand and invest liquid assets at low risk on the other. With reference to the leverage ratio, it should therefore not be the entire balance sheet total, but the balance sheet total minus investments of freely disposable liquid assets required for regulatory purposes which should be taken into account.

Ms Metz also stated that a separate presentation of the business model of the *Bausparkassen* to banking supervisors is advisable. At the request of the EFBS Members a separate presentation of the business model of *Bausparkassen* via the EFBS position paper “The leverage ratio and the business model of the *Bausparkassen*” to EBA on 30 October 2015 and to Basel Committee on Banking Supervision on 13 November 2015 followed.

By way of introduction, Mr Fornies-Martinez (European Commission, DG FISMA) explained the aim of the Bank Recovery and Resolution Directive, which consists of reducing uncertainty and improving market discipline. In the event of future cases of insolvency in the banking sector, bail-in is in future to be the rule and bail-out the exception. A liability chain has therefore been established for the recovery or resolution of institutions concerned. The banks will have to comply with a minimum requirement for eligible liabilities (MREL) to absorb losses. The amount of the MREL is to be estab-

lished individually according to the size, risk profile and business model of the respective bank. The MREL is to be introduced as a ratio throughout Europe and ensure the availability of a sufficiently large volume of own funds and liabilities eligible for bail-in to carry out a resolution in an orderly fashion or in the first place to make it possible at all. The EBA is currently drawing up Regulatory Technical Standards (RTS) on this subject.

The Committee Chairman explained in the ensuing discussion that the liabilities of the Bausparkassen consist predominantly of Bauspar deposits. Since as a rule these are secured deposits, they are not considered eligible for bail-in according to the provisions of the Directive. Furthermore, Bausparkassen are institutions engaging in very low-risk business and therefore their own funds represent a small proportion of their balance sheet total. Consequently, Bausparkassen fear massive interventions in their business model in order to be able to meet this future minimum requirement for own funds and eligible liabilities to attain a specific percentage of total liabilities and own funds. Mr Fornies-Martinez emphasised that it is not in the interests of the European Commission to destabilise business models.

Mr Collazo Brañanova (European Central Bank/ECB) explained that a central European register for granular data on credits is to be established with a view to more precise market surveillance. The ECB is therefore engaged in collecting data of the Member States

and processing them in accordance with the new requirements for granular data. A centralised European credit register is to be compiled accordingly. The future ECB Regulation is to lead to granular data on creditors and borrowers, inter alia, being recorded.

The Committee Chairman criticised the anticipated effects on the Bausparkassen and their possible impact on the business policy and business model which is based on simple retail lending. In this respect, he deemed the collection of information which hitherto was not necessary for the data recording to be a challenge. In addition, the business model would have to be adapted in the future to be able to comply with the data structure specified by the ECB.

In this context, Mr Collazo Brañanova emphasised that from the point of view of the ECB, the attempt is made not to request any data from institutions which do not form part of the business. The intention is for harmonisation of the data collection at credit institutions. Provision is to be made for exemptions for small institutions. The consequences, such as an increase in costs, are well known.

The key topics at the autumn meeting were the issue of supervisory review and evaluation process (SREP), recovery and resolution/Regulatory Technical Standards on criteria for determining the minimum requirement for own funds and eligible liabilities (MREL) and interest rate risk.

The first speaker, Mr Tadajewski (Federal Financial Supervisory Authority/BaFin), introduced the supervisory review and evaluation process (SREP). He spoke about the legal framework, the work so far in the past two years, the SREP system and the main contents of the EBA Guidelines on common procedures and methodologies for the supervisory review and evaluation process (SREP) and their impact on supervisory practices. He placed the emphasis of his comments on the German approach to the subject. With regards to interest rate risk, he explained that the particularities of the Bausparkassen would have to be taken into account in the modelling of the interest rate risk. In general, it is important for the institutions to contact their respective competent supervisory authority at national level and to seek dialogue. The German supervisory authority is always prepared to engage in such a dialogue. In the ensuing discussion it was questioned whether the ICAAP requirements could have an impact on capital and on the other hand whether supervisory authorities, especially in times of uncertain interest rate trends, should not create a stabilising effect through their activities rather than bringing about the contrary through frenzied regulation. Mr Tadajewski explained that there would be no capital add-ons concerning liquidity. This was not BaFin's objective. On the other hand, it was possible that retaining a specific proportion of funds in ICAAP, e.g. to cover the interest rate risk, would be required. On the other hand, he understood the perceived uncertainty, but the supervisory authority is

committed to stability. Mr Tadjewski also explained that the results were not to be published by the supervisory authority.

Further a representative of the European Banking Authority/EBA, by way of introduction, explained the legal and policy background of MREL under Directive 2014/59/EU establishing a framework for the recovery and resolution of credit institutions and investment firms. He described the criteria for determining MREL, which the EBA specified in its final draft Regulatory Technical Standards on criteria for determining the minimum requirement for own funds and eligible liabilities under Directive 2014/59/EU of 3 July 2015. Funds from the deposit guarantee schemes can therefore be used, within certain limits, for resolution. Resolution authorities may set lower MREL to take account of this. Later on the EBA representative described the interaction between MREL and TLAC (total loss-absorbing capacity). Finally, he gave an indication of the future schedule for the work on MREL.

The Committee Chairman was wondering how Bausparkassen, with their specific characteristics, could be appropriately portrayed under MREL in order to avoid Bausparkassen becoming destabilised by MREL provisions. The EBA representative expressed the opinion that simple/special structures in the business models must be taken into account under MREL and called on the industry to explain the specific characteristics of the business models to the EBA.

Furthermore, the Committee Chairman raised two key aspects in relation to the interest rate risk. On the one hand, the effects of the interest rate risk in the banking book on pillar 1 and, on the other hand, the question of the calculation of the interest rate risk. According to the Chairman two philosophies come into conflict here: that of a static model, for example of an investment bank, and that of a dynamic model in which the contracts first require saving and it is not certain that there will be a switch from the liabilities to the assets side. Entirely different requirements therefore apply for Bausparkassen, and an adaptation to a static model would mean that a core concept of Bausparen would have to be relinquished, since the pooling concept of Bausparen could not be portrayed here without further, prudentially recognised agreement. Consequently, it would be necessary to operate far more short term and the granting of Bauspar loans in general would be called into question. This would give rise to an extreme threat to the Bausparen business model. It is therefore of the utmost importance that the concept of Bausparen can be incorporated in the calculation logic.

EFBS public relations

The European Commission's plans to increase the shift of private households' savings from bank deposits to high-risk capital markets within the framework of the proposed Capital Markets Union came in for repeated criticism from the European Federation of Building Societies (EFBS), which voiced its concerns ahead of the launch of the Green Paper by Commissioner Jonathan Hill on 18 February 2015. "Medium- and low-income households in many countries deliberately choose low-risk investments. After all, those with relatively small financial reserves have a lot to lose," said EFBS Managing Director Andreas J. Zehnder in a press release on 10 February 2015. "Securitisation markets are not a reasonable alternative for these households. The Commission should support people's desire for safe investments instead of luring them into financial adventure."

The EFBS was mystified by, and rejected, the implication that savings schemes with the purpose of financing one's own home demonstrate insufficient productivity. The Managing Director had the opportunity to put forward the EFBS's criticisms during a personal meeting with Commissioner Hill.

After the Commission restated its intention to intensify the transfer of private households' savings to the capital markets in its Capital Markets Union Action Plan, launched on 30 September 2015, the EFBS reiterated its criticism in a press release, issued at a press conference on 5 November 2015 during the Federation's Annual Meeting in Prague. EFBS President Herbert Pfeiffer

declared: "That is the wrong way. One thing counts above all for ordinary citizens: the security of their investments. A recommendation in favour of the securitisation market exposes citizens to risks that they possibly cannot fully understand." Mr Pfeiffer once again expressed his regret that, with these plans, the European Commission has completed a U-turn from its earlier thinking. In the 2013 Green Paper, its proposals to strengthen the European economy were still based on long-term savings products.

On 10 December 2015, the Commission published its Green Paper on Retail Financial Services. In it, the Commission sets out its aim of facilitating cross-border access to financial services for as many EU citizens as possible, with better products and more choice. A further goal is to overcome the barriers that currently prevent companies from providing retail financial products on a cross-border basis.

The EFBS stated its position on the initiative at a press conference on 17 December 2015. According to the EFBS, the Commission's attempt to align identification and verification obligations to technical developments in relation to online contracts is a step in the right direction. However, from the EFBS's perspective, the major barriers will continue to exist, because credit institutions will only be willing to operate in another national market if they can be sure that in cases of default, they will be able to enforce their claims as creditors, and if there is clarity on the valuation of the collateral in

the other country. But until the Rome I Regulation grants parties full freedom to choose the law in cross-border proceedings, there will be no internal market for financial products. On their own, extensive obligations on information and advice will do little to animate cross-border lending.

In an interview during the Federation's Annual Meeting in Prague on 4-5 November 2015, EFBS Managing Director Andreas J. Zehnder answered questions from the Czech specialist press. He drew parallels between the Czech and German *bauspar* systems and outlined common goals at the European level. He pointed out that in both countries, most people's attitude towards home-building is very similar: save first, then borrow. Although the Czech *bauspar* market is still relatively new, one Czech citizen in every two now has a *bauspar* contract, making the Czech Republic Europe's top *bauspar* performer against this benchmark. Turning his attention to Germany, the Managing Director described the work on revising the German *Bausparkassen* Act and pointed out that there is consensus among policy-makers, supervisory authorities and the *Bausparkassen* themselves that the tried and trusted principle that *Bausparkassen* have a key role to play as specialised banks must be maintained and that *bauspar* contracts should still only be available from *Bausparkassen* in future. This approach also ties in with the re-emerging international debate about the introduction of separate banking systems in order to reduce and limit risk.

Turning to Europe, Mr Zehnder was particularly critical of the European Central Bank's zero interest rate policy imposed by ECB President Mario Draghi. If the situation continues for much longer, said Mr Zehnder, people will get out of the habit of saving. In view of the lesson learned from the last financial crisis – that for ordinary earners, saving is essential for sound home financing – this is a dangerous trend. For that reason, it is essential to work together on combating the ECB's and the Commission's plans. And a joint approach is required in the regulatory sphere as well, where legislators in Brussels must be continuously reminded of the importance of adhering to the proportionality principle. Institutions with low-risk business models should be treated differently from those whose business operations involve a much higher element of risk. After all, systems which rely on savers to build up their own capital were not the cause of the financial crisis; on the contrary, they have proved that they have a stabilising effect.

At an event on bausparen in Romania, EFBS Managing Director Andreas J. Zehnder talked to the Romanian financial website Conso.ro. The following quotations come from the interview on 22 December 2015:

“The number of bauspar savers in Romania is growing. It's important that the government offer an attractive bonus – just as Germany did with great success in the 1950s. Once the bauspar system has developed properly for a few decades and is well-established,

the bonus can be adapted to current conditions. That's also what happened in Germany.”

“In Austria, five people in ten have a bauspar contract. In the Czech Republic, it's one in four. These impressive figures show how popular saving for home ownership is in these countries.”

“A survey has revealed that 95 % of all European customers spend their bauspar savings on housing, even if they are not obliged to do so.”

“Bauspar schemes are a stabilising element in the financial system. Growth markets would therefore be well-advised to encourage the development and roll-out of the bauspar system. Access to bauspar schemes for all social groups – especially low-income households – is crucially important. This can best be achieved with an attractive home builder bonus.”

The EFBS's current press releases can be downloaded at: www.efbs.org

3 Housing Sector Trends in Europe

The recovery in Europe's construction industry is continuing. Investment in new build construction and extensions of existing buildings increased by 1.6 % in 2015, according to analyses by the 19 member institutes of the Euroconstruct research network, which monitor construction activity in their respective countries and aggregate their data to provide an overview for Europe as a whole. For 2014, the economists revised the growth figures upwards ex post by 0.3 percentage points to 1.3 %. A further increase in investment activity is predicted for the current year (+3.0 %) before these dynamics weaken in 2017 and 2018 (+2.7 % and +2.0 % respectively).

The upward investment trend was most evident in Eastern Europe (+6.0 %), where growth in expenditure was strongest in Slovakia (+10.3 %) after a noticeable decrease had been recorded here in 2014. In the neighbouring Czech Republic, too, investment was strong (+7.4 %), although in Hungary, the pace slackened somewhat after the rapid growth of previous years (+3.1 %). In Western Europe (+1.3 %), Ireland (+10.6 %) and the Netherlands (+6.0 %) were among the most dynamic markets. In Spain and Portugal, investment activity returned to positive figures: after years of contraction, expenditure increased by 2.4 % and 3.0 % respectively in 2015. For both countries, an increase in construction activity is forecast for the coming years as well. Only Switzerland (–0.1 %), Finland (–0.3 %) and France (–1.3 %) saw a decline in investment in new build construction and extensions of exist-

Construction volume in Europe by country
(Real change compared to the previous year in %)

| Country | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ¹⁾ |
|------------------------|-------|-------|-------|------|--------------------|
| Belgium | 4.3 | 0.5 | –0.9 | 2.8 | 0.3 |
| Denmark | 2.5 | –1.3 | –1.2 | 2.7 | 1.3 |
| Germany | 5.2 | –1.2 | –0.3 | 2.4 | 0.4 |
| Finland | 2.3 | –3.7 | –2.5 | –0.1 | –0.3 |
| France | 4.3 | 0.3 | –3.2 | –4.2 | –1.3 |
| United Kingdom | 2.3 | –7.8 | 1.8 | 7.8 | 3.7 |
| Ireland | –19.1 | –16.8 | –2.0 | 12.7 | 10.6 |
| Italy | –2.6 | –6.3 | –3.5 | –2.2 | 0.4 |
| Netherlands | 3.0 | –7.2 | –3.9 | 0.9 | 6.0 |
| Norway | 5.1 | 5.5 | 0.3 | 1.2 | 2.4 |
| Austria | 4.4 | 2.5 | 1.2 | – | 0.2 |
| Portugal | –10.0 | –15.5 | –14.5 | – | 3.0 |
| Sweden | 1.9 | –2.4 | 1.4 | 6.5 | 5.5 |
| Switzerland | 2.3 | 2.6 | 1.2 | 3.0 | –0.1 |
| Spain | –20.1 | –31.8 | –18.8 | –1.8 | 2.4 |
| Western Europe – total | 0.0 | –9.0 | –2.5 | 1.1 | 1.3 |
| Poland | 11.8 | 0.0 | –8.8 | 5.2 | 5.6 |
| Slovakia | –2.8 | –13.8 | –5.3 | –3.9 | 10.3 |
| Czech Republic | –3.9 | –7.7 | –7.0 | 4.1 | 7.4 |
| Hungary | –10.2 | –4.3 | 6.2 | 8.4 | 3.1 |
| Eastern Europe – total | 4.2 | –3.2 | –6.7 | 4.7 | 6.0 |
| All countries – total | 0.3 | –5.4 | –2.7 | 1.3 | 1.6 |

1) Estimate

Source: Euroconstruct

ing buildings – for the third year in succession in the latter two countries. In Germany, growth in investment expenditure – at 0.4 % – was weaker than in the previous year.

Stronger growth in residential construction than in the previous year, reversal of trend in Spain and Portugal

In residential construction, too, the positive trend is consolidating. After a 1.5 % rise in expenditure on new build construction and extensions of existing buildings in 2014, there was a further 1.8 % increase in spending in the 19 Euroconstruct countries in 2015. Residential construction accounted for around 46 % of total construction investment – a similar level to previous years. By contrast, the share of renovation measures in total investment in residential construction fell by around 3 percentage points to 59 %. This was caused by the stronger growth in expenditure on new builds.

Once again, residential construction in the Eastern European countries had its own specific dynamics (+4.4 %). In Hungary, expenditure on new build construction and extensions of existing residential buildings grew by 5.8 %. There was evidence of growth in Poland (+5.2 %) as well. Only in Slovakia was there a further, albeit weaker, reduction in expenditure (-3.1 %). Otherwise, the growth in spending in all the Eastern European countries reviewed exceeded the rate for the previous year. In Western Europe, expenditure on residential construction increased by an average of 1.7 %. Compared with Eastern Europe, however, there were considerable differences between countries. In percentage terms, the increase was strongest in Ireland (+17.6 %), Sweden (+14.9 %) and the

Residential construction volumes in Europe by country (Real change compared to the previous year in %)

| Country | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ¹⁾ |
|------------------------|-------|-------|-------|------|--------------------|
| Belgium | 5.7 | -3.6 | -1.7 | 6.7 | 2.8 |
| Denmark | 7.1 | -3.5 | -1.5 | 4.2 | 1.0 |
| Germany | 6.2 | 1.2 | 0.3 | 2.7 | 2.0 |
| Finland | 4.9 | -3.5 | -2.9 | -3.8 | -0.3 |
| France | 6.3 | -0.4 | -4.6 | -6.1 | -0.9 |
| United Kingdom | 2.2 | -5.1 | 5.3 | 15.4 | 2.2 |
| Ireland | -7.3 | -18.3 | -4.0 | 18.6 | 17.6 |
| Italy | -1.6 | -6.3 | -1.9 | -1.6 | -1.6 |
| Netherlands | 5.6 | -7.6 | -4.2 | 2.6 | 11.0 |
| Norway | 10.6 | 6.7 | 1.8 | -3.1 | 2.0 |
| Austria | 2.3 | 3.9 | 3.1 | -1.4 | -0.2 |
| Portugal | -8.5 | -16.6 | -11.4 | -2.9 | 4.8 |
| Sweden | 1.2 | -8.8 | 5.0 | 10.3 | 14.9 |
| Switzerland | 2.0 | 1.4 | 2.2 | 2.2 | 0.0 |
| Spain | -15.1 | -30.5 | -17.5 | -4.5 | 3.2 |
| Western Europe – total | 2.1 | -4.3 | -1.6 | 1.5 | 1.7 |
| Poland | 9.3 | 5.3 | -7.9 | 2.5 | 5.2 |
| Slovakia | -12.0 | -7.1 | 2.0 | -5.3 | -3.1 |
| Czech Republic | 1.4 | -19.2 | -13.0 | 1.3 | 3.3 |
| Hungary | -21.0 | 0.0 | -15.1 | -1.7 | 5.8 |
| Eastern Europe – total | 2.1 | -1.8 | -9.0 | 1.3 | 4.4 |

1) Estimate

Source: Euroconstruct

Netherlands, where growth in expenditure soared from 2.6 % in 2014 to 11.0 %. By contrast, there was a stalling of the dynamics in the United Kingdom, where the growth rate fell from 15.4 % to a 2015 figure of just 2.2 %. Spain and Portugal saw a reversal of the trend: after a period of contraction, which lasted eight years in Spain and a full 15 years in Portugal, investment in residential construction returned to positive figures (+3.2 % and 4.8 % respectively). Norway, too, returned to

growth after just one year of contraction (+2.0 %). Countries with negative growth rates included Austria (-0.2 %), Finland (-0.3 %) and France (-0.9 %), as well as Italy (-1.6 %), which in contrast to the other three markets did not experience any slowing of the downward trend. In Belgium (+2.8 %), Denmark (+1.0 %) and Germany (+2.0 %), there was a weakening of the positive dynamics in residential construction, while in Switzerland, investment stagnated at the level of the previous year.

Housing completions down slightly, but outlook positive

This stabilisation with a slight positive trend in European residential construction is supported by the data on housing completions. In the 19 European countries investigated, a total of 1.41 million dwellings were completed – 0.8 % less than in 2014. However, in making their analyses and forecasts, the Euroconstruct experts had miscalculated, meaning that their projected figures had been too pessimistic. The actual value for 2014 was therefore revised upwards by almost 12 %. For 2016, a 5 % growth in completions is expected. There are in some cases considerable differences between countries, however. In Spain and Portugal, the effects of the crisis are still being felt, with completions trailing behind expenditure and construction permits. Nonetheless, the outlook is positive. In Finland, France and Italy, there was an even stronger decrease in the number of completions (houses and apartments) in 2015 than in the previous year.

In a European comparison, France stands out for several reasons. In 2015, more dwellings – 374,400 – were completed here than in any other of the 19 countries investigated. At the same time, the absolute decrease here was one of the sharpest, amounting to 37,600, i.e. 9.1 %. In Germany, 230,000 dwellings were completed, an increase of 6.4 % compared with 2014. The largest relative growth was recorded in Sweden (+16.8 % to 41,700) and Ireland (+13.5 % to 10,000). In the Netherlands, the housing crisis seems to be over. Af-

Residential construction in Europe by country (Number of constructed buildings on 1,000 habitations¹⁾)

| Country | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ²⁾ |
|------------------------|-------|-------|-------|---------|--------------------|
| Belgium | 46 | 42 | 42 | 47.1 | 47.9 |
| Denmark | 12 | 15 | 14 | 13.6 | 13.2 |
| Germany | 161 | 177 | 188 | 216.1 | 230.0 |
| Finland | 32 | 31 | 31 | 28.0 | 25.0 |
| France | 336 | 360 | 320 | 412.0 | 374.4 |
| United Kingdom | 135 | 136 | 130 | 140.3 | 157.0 |
| Ireland | 7 | 5 | 5 | 8.8 | 10.0 |
| Italy | 159 | 134 | 119 | 103.6 | 85.6 |
| Netherlands | 58 | 52 | 51 | 45.0 | 50.0 |
| Norway | 21 | 26 | 29 | 28.1 | 28.5 |
| Austria | 38 | 40 | 41 | 42.8 | 45.1 |
| Portugal | 31 | 28 | 21 | 10.3 | 7.4 |
| Sweden | 28 | 27 | 25 | 35.7 | 41.7 |
| Switzerland | 46 | 42 | 46 | 48.5 | 48.7 |
| Spain | 167 | 120 | 65 | 46.8 | 43.0 |
| Western Europe – total | 1,276 | 1,235 | 1,126 | 1,226.9 | 1,207.6 |
| Poland | 131 | 152 | 145 | 143.4 | 150.3 |
| Slovakia | 17 | 15 | 15 | 15.0 | 15.1 |
| Czech Republic | 29 | 29 | 25 | 24.0 | 24.0 |
| Hungary | 13 | 11 | 7 | 8.4 | 9.5 |
| Eastern Europe – total | 187 | 208 | 193 | 190.8 | 198.9 |
| Total Europe | 1,463 | 1,442 | 1,319 | 1,417.6 | 1,406.5 |

1) Construction of new residential properties

2) Estimate

Source: Euroconstruct

ter a 12 % decrease in completions in 2014, there was a return to growth in 2015 (+11.1 % to 50,000 dwellings). The recent housing crisis in Denmark is not yet over. In 2015, the number of completions decreased once again, this time by 3.1 % to 13,200 dwellings. The downward trend slowed here, as it did in the former crisis countries Spain (-8.2 % to 43,000 dwellings) and Portugal (-27.9 % to 7,400). By contrast,

the situation worsened in Italy, where only 85,600 dwellings were built – a 17.3 % decrease, which even exceeded the previous year's figure. In the four Eastern European countries investigated by the Euroconstruct researchers, there was a rise in completions across the board. In Poland and Slovakia, the trend was positive, while in Hungary, the number of newly constructed dwellings increased by 13.1 % to 9,500.

Generally moderate increase in house prices

Eurostat's House Price Index (HPI) for the European Union rose by 2.6 % in the first three quarters of the year under review (2015). In other words, compared with the same period of the previous year, there was stronger growth in purchase prices for new and existing dwellings in 2015 (+1.6 %) – above the general rate of inflation in the EU. In the countries outside the euro area, price growth exceeded the rate for the 19 countries in the Monetary Union (+1.5 %).

In Sweden (+12.8 %), Ireland (+12.0 %) and Hungary (+10.1 %), the rise in demand for new and existing housing was particularly noticeable. There was also a strong rise in house prices in Iceland (+8.1 %) and Norway (+7.6 %), but also in crisis-torn Denmark (+7.6 %). At the other end of the scale was Latvia, where prices fell by 6.3 %, Croatia (-3.1 %) and Italy, where on average, the cost of buying a home fell by 1.8 % compared with the previous year. A comparatively strong rise in prices was observed in Germany (+4.9 %) and Austria (+4.4 %).

Moderate price rises were observed in most European Union countries, including Spain and Portugal. No Eurostat data were collected for Greece.

Private households resist pressure to consume

The highest savings rate in Europe was seen in Switzerland, where citizens saved

Country comparison of savings rates of private households (as % of disposable income)

| Country | Annual average | | | | | |
|------------------------------|----------------|------|------|------|------|--------------------|
| | 2001 to 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ¹⁾ |
| Belgium | 9.9 | 6.6 | 6.4 | 5.0 | 5.1 | 4.0 |
| Denmark | -1.0 | 0.9 | 0.0 | -0.4 | -6.5 | -4.1 |
| Germany | 10.0 | 9.6 | 9.3 | 9.1 | 9.5 | 9.5 |
| Finland | 1.7 | 1.3 | 0.7 | 1.3 | -0.3 | 0.8 |
| France ²⁾ | 15.1 | 15.2 | 14.7 | 14.3 | 14.8 | 14.9 |
| Greece | - | - | - | - | - | - |
| United Kingdom ²⁾ | 8.6 | 9.1 | 8.7 | 6.3 | 4.9 | 4.3 |
| Ireland | 3.0 | 7.3 | 5.5 | 8.1 | 6.9 | 6.9 |
| Italy | 8.1 | 3.6 | 1.8 | 3.9 | 3.4 | 3.8 |
| Netherlands | 5.9 | 5.8 | 6.8 | 7.3 | 8.2 | 8.5 |
| Norway | 5.0 | 5.8 | 7.1 | 7.6 | 8.5 | 8.4 |
| Austria | 10.3 | 7.9 | 9.2 | 7.3 | 7.8 | 8.7 |
| Portugal ²⁾ | 9.3 | 7.5 | 7.7 | 7.8 | 5.9 | 7.6 |
| Sweden | 8.6 | 12.7 | 15.3 | 15.1 | 15.3 | 15.8 |
| Switzerland | 15.7 | 17.8 | 18.7 | 19.0 | 18.3 | 17.8 |
| Spain | 3.9 | 4.6 | 2.6 | 4.2 | 3.9 | 2.9 |
| Poland | 4.8 | -0.5 | -0.5 | 0.7 | 2.1 | 3.2 |
| Slovakia | 1.9 | 2.9 | 1.7 | 2.9 | 3.8 | 3.9 |
| Czech Republic | 6.6 | 5.9 | 6.2 | 5.5 | 5.7 | 5.5 |
| Hungary | 6.1 | 7.6 | 5.5 | 5.4 | 7.3 | 9.0 |
| Japan | 2.0 | 2.7 | 1.2 | -0.2 | 0.8 | 2.4 |
| Canada | 3.2 | 4.4 | 5.2 | 5.2 | 4.0 | 4.1 |
| USA | 4.4 | 6.0 | 7.6 | 4.8 | 4.8 | 4.9 |

1) Estimate

2) Gross savings

Source: OECD Economic Outlook

an average of 17.8 % of their disposable income. Similarly high rates were seen only in Luxembourg (17.3 %) and Sweden (15.8 %). Germany trailed far behind with a savings rate of 9.5 %, ahead of Hungary (9.0 %) and Austria (8.7 %).

In Denmark, household consumption still exceeds disposable income (-4.1 %). Liquidation of assets and borrowing are continuing here, but this situation remains the exception in Europe. Overall, the savings rate in the countries re-

viewed by the OECD remains at a stable level. Among the OECD countries in the euro area, the maximum deviation is -1.1 % in Belgium, where the savings rate now stands at 4.0 %, and +1.1 % in Finland (savings rate in 2015: 0.8 %). In the three countries in which savings rates are measured in gross terms (unlike net calculation, the loss of value of physical capital is not deducted from the absolute amount of savings), France stands out with a savings rate of 14.9 %. In Portugal, the savings rate was 7.6 %, i.e. 1.7 percentage points above the level of the previous year. In the United Kingdom, there was a decrease of 0.6 percentage points to 4.3 %.

At present, no clear effect of the ECB's ultra-relaxed monetary policy can be discerned. Even the OECD's forecasts – in contrast to previous years – do not identify a clear trend. The most plausible assumption seems to be that households are biding their time and have no intention of changing their savings behaviour. This in turn would support the hypothesis that under present conditions, fear is making Europe's citizens more likely to save.

No bottoming out of short-term interest rates – three countries already have negative rates

The Euribor rate for three-month deposits averaged 0 % in 2015. The European Central Bank's conventional monetary policy measures, which mainly affect short-term interest rates, are thus having an effect. However, the monetary policy spark has not yet

Country comparison of short-term interest rates¹⁾ (in %)

| Country | 2001 to 2010 | Annual average | | | | |
|----------------|--------------|----------------|------|------|------|--------------------|
| | | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ²⁾ |
| Belgium | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Denmark | 3.2 | 1.1 | 0.6 | 0.3 | 0.3 | -0.1 |
| Germany | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Finland | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| France | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Greece | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| United Kingdom | 4.0 | 0.9 | 0.8 | 0.5 | 0.5 | 0.6 |
| Ireland | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Italy | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Netherlands | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Norway | 4.2 | 2.9 | 2.2 | 1.8 | 1.7 | 1.3 |
| Austria | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Portugal | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Sweden | 2.9 | 2.5 | 2.0 | 1.2 | 0.7 | -0.2 |
| Switzerland | 1.3 | 0.1 | 0.1 | - | - | -0.8 |
| Spain | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Euro area | 2.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Poland | 6.5 | 4.6 | 4.9 | 3.0 | 2.5 | 1.7 |
| Slovakia | 3.8 | 1.4 | 0.6 | 0.2 | 0.2 | 0.0 |
| Czech Republic | 2.8 | 1.2 | 1.0 | 0.5 | 0.4 | 0.3 |
| Hungary | 8.4 | 6.0 | 6.9 | 4.2 | 2.2 | 1.2 |
| Japan | 0.3 | 0.2 | 0.2 | 0.2 | 0.1 | 0.1 |
| Canada | 2.8 | 1.2 | 1.2 | 1.2 | 1.2 | 0.8 |
| USA | 2.7 | 0.4 | 0.4 | 0.3 | 0.3 | 0.4 |

1) In most of the countries interest rates for three months

2) Estimate

Source: Euroconstruct

ignited the real economy – for several reasons. Firstly, there are major fears of further destabilisation in the Middle East and North Africa, reflected in the rapid collapse of oil prices in recent weeks. Poor economic figures from China are feeding concerns about a global

recession, evident from continued turbulence in the main securities trading centres. Furthermore, the structural problems in the European financial market and in public budgets in some euro area countries are still unresolved. It is now payback time for the strategy

pursued by the ECB, which initiated sweeping policies of financial market and economic stabilisation without any acute pressure to do so. With its unprecedented action, the ECB was unable to master the crisis on its own, despite giving the contrary impression. In the current downturn, it lacks the scope to inject any further monetary policy stimulus into the economy. As a consequence of the ECB's decisions, the central banks in other European countries were forced to react. In Sweden, the three-month money market interest rate fell from 0.7 % to -0.2 %, and in Denmark, it dropped from 0.3 % to -0.1 %. In Switzerland, the interest rate level decreased from 0 % to -0.8 %. The measures adopted in these countries also reflect a fear of capital flight from the euro area.

The principle that central bank policy sets the short-term interest rates while basic economic figures determine the long-term rates is now obsolete. Through quantitative easing, the ECB has attempted to influence long-term rates as well. As a result, interest rates on 10-year government bonds in the euro area have fallen to an average of 1.2 % (2014: 2.0 %). In Germany, interest rates averaged 0.5 % in 2015. With the exception of Greece, where interest rates rose by 3 percentage points to 9.9 %, returns in all the Southern European euro area countries affected by the crisis (Spain, Portugal) or still in crisis (Italy) have noticeably decreased. In Spain and Italy, returns fell to 1.7 % and in Portugal, they dropped to 2.4 %. In France, too, the interest rate level declined from 1.7 % to 0.9 %. Italy and France are among the

Country comparison of long-term interest rates¹⁾ (in %)

| Country | 2001 to 2010 | Annual average | | | | |
|----------------|--------------------|----------------|------|------|------|--------------------|
| | | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 ²⁾ |
| Belgium | 4.1 | 4.2 | 3.0 | 2.4 | 1.7 | 0.9 |
| Denmark | 4.1 | 2.7 | 1.4 | 1.7 | 1.3 | 0.6 |
| Germany | 3.9 | 2.6 | 1.5 | 1.6 | 1.2 | 0.5 |
| Finland | 4.1 | 3.0 | 1.9 | 1.9 | 1.4 | 0.7 |
| France | 4.0 | 3.3 | 2.5 | 2.2 | 1.7 | 0.9 |
| Greece | 5.1 | 15.7 | 22.5 | 10.1 | 6.9 | 9.9 |
| United Kingdom | 4.5 | 3.1 | 1.9 | 2.4 | 2.6 | 1.9 |
| Ireland | 4.5 | 9.6 | 6.0 | 3.8 | 2.3 | 1.1 |
| Italy | 4.4 | 5.4 | 5.5 | 4.3 | 2.9 | 1.7 |
| Netherlands | 4.1 | 3.0 | 1.9 | 2.0 | 1.5 | 0.7 |
| Norway | 4.7 | 3.1 | 2.1 | 2.6 | 2.5 | 1.5 |
| Austria | 4.1 | 3.3 | 2.4 | 2.0 | 1.5 | 0.7 |
| Portugal | 4.4 | 10.2 | 10.5 | 6.3 | 3.8 | 2.4 |
| Sweden | 4.1 | 2.6 | 1.6 | 2.1 | 1.7 | 0.7 |
| Switzerland | 2.6 | 1.5 | 0.6 | 0.9 | 0.7 | 0.0 |
| Spain | 4.2 | 5.4 | 5.8 | 4.6 | 2.7 | 1.7 |
| Euro area | 4.1 | 4.2 | 3.7 | 2.9 | 2.0 | 1.2 |
| Poland | 7.0 | 5.7 | 5.2 | 4.5 | 4.0 | 3.5 |
| Slovakia | 5.1 | 4.4 | 4.6 | 3.2 | 2.1 | 1.0 |
| Czech Republic | 4.5 | 3.7 | 2.8 | 2.1 | 1.6 | 0.7 |
| Hungary | 7.5 | 7.6 | 7.9 | 5.9 | 4.8 | 3.5 |
| Japan | 1.4 | 1.1 | 0.8 | 0.7 | 0.6 | 0.4 |
| Canada | 4.3 | 2.8 | 1.9 | 2.3 | 2.2 | 1.5 |
| USA | 4.2 | 2.8 | 1.8 | 2.4 | 2.5 | 2.1 |

1) In most of the countries interest rates for 5 or 10-year-old sovereign bonds

2) Estimate

Source: OECD Economic Outlook, Euroconstruct

countries which are battling recession and have postponed key structural reforms. One problem arising in connection with the low interest rate policy is the drop in the value of pensions and the poorer prospects for asset accumulation by private households.

4 EFBS Focus

Savings in an environment of low interest rates

Jacques de Larosière, President, Observatoire de l'Épargne Européenne

We are living in a strange time. This is the first time in my long career I have observed the existence of negative interest rates in nominal terms. I have at times seen negative rates in real terms but never negative nominal rates. How long will this period of zero, or even negative, rates last?

To answer this question, one should try to understand the factors behind the drop in interest rates and its consequences in terms of the financing of the economy and financial stability.

1. The factors behind historically low interest rates: Is there a glut of savings in the world?

The predominant cause of the fall in interest rates is, first of all, the monetary policy. Since the early 90s, the Fed has imposed an extremely accommodative monetary policy to the world economy. This policy has been reinforced by the impact of “quantitative easing” in recent years.

Central banks no longer limit their action to influence short-term rates. They bought securities in mass. Central banks thus changed traditional economic balances by stimulating demand for securities. For example, purchases by the Bank of England between 2009 and 2012 were equivalent to the total net issues of Treasury Bonds during this period.

There is evidence of immediate effectiveness of this policy: In the United States as in the United Kingdom, in-

terest rates were reduced by at least 100 basis points lower (more in the US) than what would have prevailed in the absence of securities purchase programs by central banks.

The second factor to be taken into account is the absence of an international monetary system for forty years. Systematic purchases of dollars by countries with current account surpluses and wishing to curb the appreciation of their currency increased international liquidity significantly. It has been calculated that the downward effect on the level of interest rates of these interventions was around 100 basis points over a long period.

The privilege of the dollar as the international reserve currency is known as “the Triffin effect”: in theory, any credit denominated in any currency has to be “settled” in good time, translating into a decrease in reserves of the central bank in the debtor country. This is not the case of debts in dollars, which are, in a sense, used twice: by the US importer, that debits its account in favor of the foreign exporter, and by the latter who can use its dollars without the Fed having to reduce its assets (it only increases its liabilities in dollars).

But beyond these monetary factors, are there structural factors that might explain the trend of low interest rates?

Some economists think that for demographic reasons (aging populations and declining fertility of “advanced” countries) in addition to other reasons relating to a slowdown in technologi-

cal innovation (and, therefore, productivity gains), the world’s industrialized countries will face a long decline in potential growth. This is the thesis of “secular stagnation.”

Per capita incomes indeed doubled in the century when the first industrial revolution took place (1800 to 1900) and they have doubled again, but in only thirty years, from 1930 to 1957, and again from 1957 to 1988, which is a historically unprecedented acceleration. Causes were numerous (technological revolutions, longer life expectancy, improved working conditions and lifestyle changes). But there is one common explanatory factor that is paramount; the streaming of technological innovations that explain the productivity gains recorded over these periods.

Annual productivity gains have slowed considerably since the early 70’s. Current innovations relate to consumer products – smartphones, tablets – which did not result in increased productivity or even a growth in living standards. As a consequence, potential growth might be limited to 0.2 % in the concerned countries, as in previous times, before 1800.

Beyond the productivity issue, I believe that several factors converge to slow growth down and diminish interest rates:

- Ageing population and dependency
- Government and household debt
- Inefficient educational systems
- Costs of global warming

2. The balance between savings and investments

National accounts show that household savings account for over 80 % of all the funding needs of the European economy. They also show that more than 2/3 of the financial savings of households are devoted to corporate financing, and 1/3 to government financing. Another key characteristic of the financing of the European economy since WW2 is the essential role played by banks and other financial institutions in the intermediation of savings.

Whatever interest rates we have in the future, I think the market should offer investors sufficient returns to solve the fundamental equation between savings and investment. It is difficult indeed to imagine an economic world where the equilibrium interest rate would be, permanently, as now, around zero. We could understand it in the context of a transitional period searching for a new balance, but not on a permanent basis, since much of the incentive to save would disappear.

If the prospect of low interest rates were to continue, the opportunity cost for households to leave their assets in cash accounts would disappear, hence shortening the horizon of the financial assets of households. This would result in one of two consequences (or a combination of the two):

- An increase in the mismatch between short-term liabilities and long-term assets of the financial

system, and thus a weakening of the system;

- A decrease in long-term investments, which would result in an inability to meet the investment needs of our societies (energy, environment). However, if we were to “settle” in a state of “secular stagnation”, investment demand would be significantly reduced. The savings-investment balance should adjust; if savings remained “too high” (relative to investment demand), this excess would be absorbed by a fall in real interest rates.

3. Financial stability

Can the financial market remain stable in a low or negative interest rate environment?

There are three areas of concern:

Increased risks

Decrease in holdings of risk-free securities by investors (due to purchases by central banks) could incite them to take greater risks.

The same causes produce the same effects. Very low market rates are likely to encourage leverage and excessive risk-taking by investors, as was the case in 2007-2008.

The fact that governments are able to borrow at zero – or even negative rates – is likely to reduce the willingness

of some of them to consolidate their budget.

Reduced intermediation

In a world where financial markets provide financing at a cost of about 2 % to investment grade corporates, it is difficult for banks to distribute credit with fixed costs in the order of 3 %. The best companies tend to move towards direct market financing, thus abandoning bank credit.

This results in a move of bank asset portfolios towards riskier loans, particularly SMEs that cannot access markets directly, and, in turn, raises two issues:

- It increases capital charges for banks because of the increased risk exposure.
- It increases the cost of financing for SMEs. SMEs are almost fully dependent on banks for financing and they are highly sensitive to the credit environment. But SMEs account for the majority of all new jobs created and of the added-value in the European Union, meaning there is a real, fundamental problem and not just a technical curiosity.

The challenge for life insurance and pension funds

Insurance companies and pension funds hold long-term liabilities with contractual obligations. How could these institutions meet their liabilities with assets providing no returns?

One should assess these issues before considering the provision of liquidity to the financial system and pressure on rates as obvious solutions to strengthen growth. Imbalances in the balance sheets of these institutions, who play a major role in financial markets, can threaten the stability of the whole financial sector.

To conclude, it is my conviction that growth depends on structural policies. Expectations of very low inflation are largely due to low growth prospects. One should reassess priorities, starting with structural policies, and not believe that money supply and artificially low interest rates are the solution.

As suggested by Ron McKinnon¹, to better safeguard financial stability and the exchange rate during the transitional period, the four major central banks (the Fed, ECB, Bank of England and Japan) should decide, by common action, to gradually reach a minimum central rate target – say 2 %, while progressively relaxing their commitments to low long-term interest rates.

1 (The Unloved Dollar Standard – Oxford 2013)

The ECB's zero interest rate policy – why criticism is justified

Andreas J. Zehnder, Chairman of the Board, Verband der Privaten Bausparkassen e.V. (Association of Private Bausparkassen)

As the financial crisis escalated in late 2008 and, having started in the US, culminated in a global economic crisis, the European Central Bank (ECB) – in conjunction with the other leading central banks – reacted swiftly and resolutely. By taking this concerted action, it made an important contribution to stabilising the economy. As a consequence, however, the ECB increasingly saw itself as the only institution capable of managing the crisis over the long term and stimulating growth. As is well-known, an expansionary monetary policy can certainly have positive economic effects. However, it cannot make a long-term contribution to growth: conditions in the real economy are the key factor for that. In fact, growth across the euro area is currently stagnating despite the low interest rates. The problematical effects of this policy are becoming increasingly apparent, leading to growing social tensions, not least because policy-makers are failing to react (appropriately).

With its strategy of quantitative easing and the associated purchases of government bonds, the ECB has exceeded its mandate and taken the unprecedented step of attempting to influence long-term interest rates as well. For savers interested in safe investments, especially medium- and low-income households, the persistently low interest rates have devastating effects. In real terms, these savers are earning less interest on their longer-term investments than in the past – despite the current low rate of inflation. This has grave consequences for personal financial planning and retirement pro-

vision. The ECB is thus exacerbating the threat of poverty in old age faced by many EU citizens.

The ECB's argument that negative interest rates have often occurred in the past as well is irrelevant. The point is that unlike short-term investments, longer-term investments regularly generated positive returns in the past. This is borne out by an analysis of Bundesbank data conducted by the Ifo Institute for Economic Research on behalf of the Association of Private Bausparkassen. The study shows that in the 1970s, the real interest rate on four-year savings bonds averaged 2.2 %, rising to 3.8 % in the 1980s and 3.4 % in the 1990s. In 2002, the Bundesbank adopted a new statistical methodology, based on two-year savings deposits instead of the four-year savings bonds mentioned above. From 2008 to 2015, the average interest rate on these savings deposits was just 0.5 %.

This has far-reaching consequences which are becoming increasingly clear the longer the zero interest rate policy lasts:

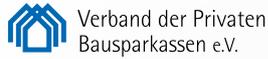
- It is wiping out retirement provision for millions of people in Europe. Interest rates close to zero make it impossible to build up a pension nest egg in the traditional manner or to live on the interest paid on savings after retirement.
- It affects the very core of the business models of the traditional private pension providers and deposit-based institutions, i.e. life assurance

companies, savings banks, cooperative banks and bausparkassen.

- It affects firms of all sizes; they are forced to accumulate ever larger reserves to pay for their employees' company pensions.
- Non-profit organisations (foundations) are now suffering massively as a consequence of the ECB's zero interest rate policy as well. As they are obliged to leave their capital assets untouched, they cover their expenses from interest paid on this capital. With such low interest rates, it is only a matter of time before they are unable to fulfil their mandates.
- Instead of using the low interest rates to carry out structural reforms, many euro area countries have abused the ECB's monetary policy by adding to their national debt. This has increased the European Central Bank's scope to put pressure on these governments.
- Excessively high property prices, e.g. in overstretched housing markets, are a further consequence of the low interest rates.

In light of the above, criticism of the ECB's zero interest rate policy is more than justified. The calculation that the zero interest rate strategy will combat recession in the euro area will not pay off – not even for the countries in the south of the euro area. The ECB has been unable to stimulate growth. Instead, it is contributing massively to a growing sense of insecurity among

What a lovely gift, Mr Draghi!



Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.

Dear Mr Draghi,

For prudent savers, and therefore above all for people on average or low incomes, the persisting zero interest-rate policy of the European Central Bank is disappointing. They have to make do with less interest in real terms on their long-term investments than in the past – in spite of the current low inflation! No explanation has yet been given of how to make adequate provision for their old age under such circumstances.

Risk to financial stability

And as if that were not enough, Federal Bank President Weidmann recently warned: "The longer the extremely accommodative monetary policy lasts, the less impact it has and the more risks and side effects come into play."

In its report, the Council of Economic Experts considers financial stability to be in jeopardy: "Persistently low interest rates undermine the business models of banks and insurance undertakings in the medium term, lead to erosion of own funds and provide incentives for greater risk-taking." One member of the so-called Five Wise Men later stated: "The risks to financial stability may even eventually become a barrier to withdrawal, causing ever longer delays in the interest rate turnaround."

Japanese conditions?

Is there therefore a threat of Japanese conditions in the euro area? Or of a new financial crisis because a belated withdrawal from this zero interest rate policy eventually results in a rapid interest-rate hike? Please refrain from burdening us with either of these unwelcome gifts!

Yours sincerely,

Andreas J. Zehnder
Chairman of the Board



www.bausparkassen.de

Advertisement published in "Bild" on 16 December 2015

companies and private households. A progressive phase-out of the zero interest rate policy is therefore urgently needed to facilitate a return to stability-oriented monetary policy in Europe.

The Association of Private Bausparkassen is working to raise awareness of the risks resulting from the ECB's policy and thus stimulate social and political debate. The advertisement was there-

fore published in the Bild-Zeitung on 16 December 2015.

European deposit insurance at the heart of the EU reform agenda

Christian König, Head of Legal Affairs, Verband der Privaten Bausparkassen e.V. (Association of Private Bausparkassen)

Previous arrangements

European deposit insurance is not a new topic. It was in 1986, before the creation of Europe's internal market, that the European Commission first recommended that credit institutions be legally obliged to take part in a deposit guarantee scheme.¹ Due to inadequate implementation of this recommendation by the Member States at the time, the European Commission then proposed the first Directive on Deposit Guarantee Schemes², based on minimum harmonisation and setting the minimum guarantee level at 20,000 euros for the aggregate deposits of each depositor, albeit with a 10 % retention. A Directive on investor compensation schemes³ was proposed in parallel, setting out the core elements of equivalent schemes for the investment services sector.

The minimum guarantee level established by the Directive on Deposit Guarantee Schemes was then raised to 100,000 euros at short notice during the financial crisis and the retention was abolished in December 2010.

The European Commission took the view that the deposit guarantee schemes existing across the EU were not adequate or robustly funded. On 12 July 2010, it therefore adopted a

legislative proposal to amend the Directive on Deposit Guarantee Schemes. According to the Commission's proposal, deposit guarantee schemes must have funding amounting to 1.5 % of eligible deposits, which must be on hand after a transition period of 10 years. Under the proposal, the coverage for the aggregate deposits of each depositor was set at just 100,000 euros. In parallel to this amending Directive, the European Commission also published a White Paper and launched a consultation on insurance guarantee schemes (IGSs), proposing the introduction of harmonised IGS arrangements in the EU. To ensure an appropriate level of protection, proposed coverage was set at a level of 1.2 % of gross written premiums.

The proposal for a Directive proved to be a contentious issue in the subsequent deliberations in the Council and the European Parliament. The institutional protection schemes existing in a small number of EU member states were finally recognised as equivalent to deposit guarantee schemes. The proposed prohibition on national schemes covering amounts in excess of 100,000 euros per depositor was dropped. The target level for ex ante funds of deposit guarantee schemes was reduced to 0.8 % of their covered deposits. Following concerns voiced by France, the Directive also stipulated that Member States may set a lower target level where there is concentration of most assets in a few banks. In response to an intervention by the EFBS, it was agreed that Member States may allow lower contributions to be made by low-risk

business models that are governed by special laws. The new Directive⁴ entered into force on 2 July 2014, replacing the original Directive on Deposit Guarantee Schemes (DGS) adopted in 1994. The deadline for transposition of most of its provisions into Member States' national law was 3 July 2015. The EBA published Guidelines on methods for calculating contributions to deposit guarantee schemes,⁵ which have now been implemented in many EU Member States.

The Five Presidents' Report: Completing Europe's Economic and Monetary Union

On 22 June 2015, as the deadline for the transposition of the Directive approached, the five Presidents – Jean-Claude Juncker, Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi and Martin Schulz – published their report, *Completing Europe's Economic and Monetary Union*, which sets out new proposals on changes to, and the deepening of, the Economic and Monetary Union.

The report summarised the five institutions' proposals on the extent to which the Financial Union can be implemented. Besides general statements on boosting competitiveness through the Economic Union, there is a proposal – of particular relevance to the credit institutions – to introduce a

1 87/63/EEC: Commission Recommendation of 22 December 1986 concerning the introduction of deposit guarantee schemes in the Community, Official Journal L 033 , 04/02/1987, p. 0016 – 0017

2 Directive 94/19/EC

3 Directive 97/9/EC

4 Directive 2014/49/EU of the European Parliament and of the Council of 16 April 2014 on deposit guarantee schemes

5 Guidelines on methods for calculating contributions to deposit guarantee schemes

European Deposit Insurance Scheme, this time only for the euro area.

In the authors' view, a single financial/banking system is the mirror image of a single currency. As the vast majority of citizens' money is invested in bank deposits, a truly single currency can only exist if confidence in the safety of bank deposits is the same irrespective of the Member State in which a bank operates. This requires single bank supervision and single bank resolution and, in parallel, single deposit insurance, whose introduction is therefore proposed in the report. This is also crucial to address the bank-sovereign negative feedback loops which were at the heart of the crisis. Given the urgency, the measure introducing a European Deposit Insurance Scheme should be implemented from 1 July 2015 onwards and be completed by 30 June 2017.

One option proposed is to set up a single deposit insurance fund. Another option would be to devise the EDIS as a reinsurance system at the European level for the national deposit guarantee schemes. This means an ex post solution, i.e. contributions to the scheme are made as and when the need arises.

The proposal to introduce a European Deposit Insurance Scheme was included in the report as a result of massive pressure from the European Central Bank and some southern European countries, such as Italy. In the German Government's internal paper to the Group during the preparation of the Five Presidents' report, Germany made

no mention of – and therefore did not reject – the introduction of a European Deposit Insurance Scheme, although the Ministry of Finance was aware of the ideas.

Current proposal to introduce a European Deposit Insurance Scheme

As the initiator of EU legislation, the European Commission gratefully acted on this request to propose a further comprehensive reform of European deposit insurance, ultimately deciding to take it forward for the euro area alone. The Commission therefore proposed that Regulation (EU) No 806/2014 establishing uniform rules and a uniform procedure for the resolution of credit institutions and certain investment firms in the framework of a Single Resolution Mechanism and a Single Resolution Fund be amended, with the insertion of additional passages on the establishment of a European Deposit Insurance Fund. This SRM Regulation introduces special arrangements for the recovery and resolution of significant credit institutions, albeit solely for the euro area, and provides for the creation of a Single Resolution Fund for euro area credit institutions, to be administered by the Single Resolution Board, a new EU body whose powers apply as of 1 January 2016. The Single Resolution Board is responsible for developing resolution plans for the euro area's significant credit institutions, as well as overseeing the recovery and resolution of these same institutions. By amending this Regulation, the European Commission would be taking a

major step in establishing, for the euro area, a European Deposit Insurance Scheme (EDIS), which it regards as a pillar of the Banking Union. The Commission – despite its role as guardian of the Treaties – willingly accepts that this further development of the Monetary Union creates an additional obstacle in the European internal market, as well as extra burdens for credit institutions in the euro area.

The amendments to the Regulation envisage that the Single Resolution Board – the authority responsible for the resolution of significant credit institutions in the euro area – will take over the administration of the European Deposit Insurance Scheme in future.

In addition, the Commission proposes that the Board will initially supervise the national deposit guarantee schemes (DGSs) while they remain in existence. Member States outside the euro area are free to decide whether they wish to join the EDIS or not.

Although the Regulation's scope of application is limited to the euro area countries, the European Commission bases its legislative competence on Article 114 TFEU, which deals with the establishment and functioning of the internal market.

The proposal for a Regulation provides for the progressive communitisation of the existing national DGS and the establishment of a European Deposit Insurance Scheme.

This transition will take place in three stages:

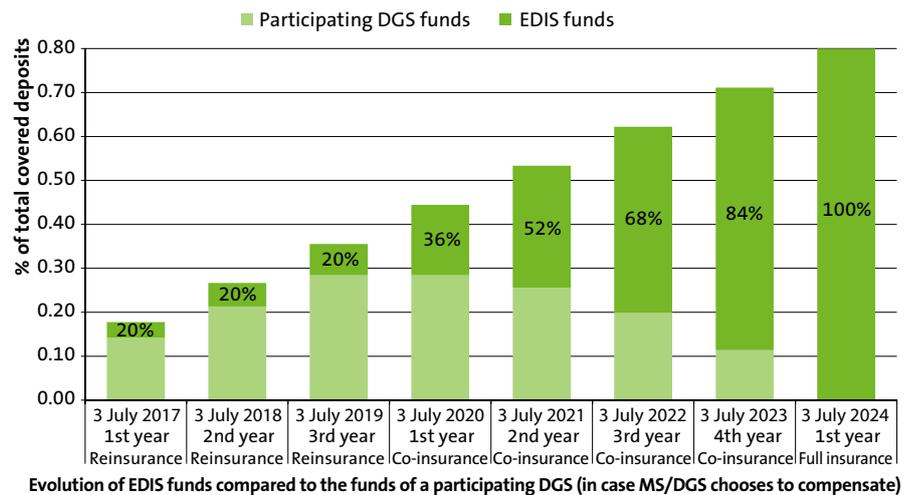
1. the reinsurance period for participating national DGSs: three years to 3 July 2020,
2. the co-insurance period for participating national DGSs: four years to 3 July 2024, and
3. establishment of a European Deposit Insurance Scheme (EDIS) from 4 July 2024

The following graph, produced by the European Commission, illustrates the evolution of the relevant funds.

Pursuant to Directive 2014/49/EU on deposit guarantee schemes, institutional protection schemes are recognised as DGSs. According to the proposal for a Regulation, EDIS will apply to these schemes as well.

This means that the institutional protection schemes, as statutory deposit guarantee schemes, will have to make appropriate contributions to the EDIS and that their deposit guarantee functions will be transferred progressively to the Single Resolution Board.

To what extent the institutional protection schemes will remain in place when they no longer have a deposit guarantee function is not addressed in the proposal for a Regulation. The question, then, is what purpose will be served by maintaining an institutional protection scheme whose deposit



guarantee function is progressively transferred to the European body.

Besides taking over European deposit guarantee functions, the Board will establish a Deposit Insurance Fund (DIF). During the initial reinsurance period to 3 July 2020, a participating national DGS may, in the event of a liquidity shortfall, request funding from the Deposit Insurance Fund of up to 20 % of that shortfall, if the DGS encounters a payout event and does not have adequate liquidity.

During the co-insurance period, a participating DGS may request funding from the Deposit Insurance Fund (DIF). According to the proposal, the share borne by the DIF will gradually increase over the co-insurance period.

In Article 41j, however, the proposal for a Regulation also states that a participating national DGS will only be re-insured, co-insured or fully insured by EDIS if, by specific dates, its available financial means raised by contributions

amount to certain minimum percentages of the total amount of covered deposits of all credit institutions affiliated to the participating DGS; for example, by 3 July 2017: 0.14 %.

In the Commission's view, this minimum, which will progressively increase over subsequent years, will create an additional incentive for fulfilment of the obligations arising under Directive 2014/49/EU on deposit guarantee schemes. The Member State will only benefit from this communitisation of risks and liability if a corresponding minimum amount has already been built up in the national deposit guarantee scheme.

Article 41l regulates participating DGSs' obligations to notify and submit information to the Board. The proposal also states that concerning its EDIS-related functions, the Board would be fully financed by administrative contributions from credit institutions affiliated to participating DGSs.

Target levels of the Deposit Insurance Fund

Pursuant to Article 74b of the proposal for a Regulation, by the end of the reinsurance period, i.e. by 3 July 2020, the available financial means of the DIF are to reach an initial target level of 20 % of four ninths of the sum of the minimum target levels that participating DGSs must reach in accordance with the first subparagraph of Article 10(2) of Directive 2014/49/EU. This amount is to be built up progressively.

In accordance with the first subparagraph of Article 10(2), Member States must ensure that, by 2024, the available financial means of a national DGS at least reaches a target level of 0.8 % of the amount of the covered deposits of its members.

By the deadline for fulfilment of the second phase, i.e. the co-insurance period, which the European Commission sets at 3 July 2024, the Deposit Insurance Fund would be equivalent to at least 0.8 % of the covered deposits of all banks in the euro area countries. The proposal also creates obligations for the credit institutions to raise extraordinary ex post contributions in the event of a liquidity shortfall arising during this reinsurance period.

Article 74e governs the right of the Single Resolution Board to issue orders to national deposit guarantee schemes and to impose fines for non-compliance.

As these are likely to be European administrative acts, any legal redress

must be sought before the European Court of Justice. However, the Regulation does not provide for any administrative appeal proceedings in this context.

Effects of the proposed Regulation

The proposal for the Regulation has proved to be a highly contentious issue in debates in Brussels. Special working groups at Council level meet at frequent and regular intervals to discuss the need and opportunities for the further development of the Banking Union. The growing body of special arrangements for the euro area was also the subject of the negotiations which aimed to prevent the United Kingdom's exit from the European Union ("Brexit"). The UK secured an explicit assurance that it would, at the least, have co-decision rights on matters pertaining to the euro area, as the British Government is aware that the increasing special treatment afforded to the euro area may create competitive advantages or disadvantages, depending on one's perspective. The German Bundestag has clearly stated that the German Finance Minister should not vote for these amendments to the text of the Regulation on this competence basis.

If, despite the German Government's opposition in ECOFIN, the proposed Regulation secures a majority in the Council and the European Parliament – and this is expected, as the blocking minority provided for under the Treaty of Lisbon must be composed of at least

four Member States representing over 35 % of the EU population – the implementation of the proposal will result in the phasing out of national deposit guarantee schemes no later than 2024. Setting up this European Deposit Insurance Scheme is likely to result in additional costs for the credit institutions, as the administrative costs, at least, will be passed on.

Furthermore, there is a risk that ex post contributions will have to be made if there is a shortfall in the amounts built up in the relevant deposit guarantee funds and reinsurance. The text of the Regulation does not specify the amount of these contributions. In addition, the transfer of this responsibility to the Single Resolution Board has the potential to create conflicts of interests during the resolution of a significant institution.

The proposal for a Regulation is also likely to cause further fragmentation in the European internal market, as the communitisation of the risks of euro area deposit guarantee schemes may well increase the apparent stability of national schemes outside the euro area. A further question concerns the future of institutional protection schemes which, no later than 2024, will no longer be required to fulfil their main function, namely guaranteeing deposits.

All these questions need to be resolved before the adoption of these amendments. Rather than communitising deposit guarantee schemes solely for the euro area, it would seem appropriate

to give consideration to a system of re-insurance for Europe's deposit guarantee schemes in which other non-euro area countries can and should be involved. This reinsurance scheme could be funded by premiums which reflect the specific national risk, rather than relying solely on the performance of the largest deposit guarantee schemes in the Union. This type of reinsurance scheme could undoubtedly also take on relevant supervisory functions in relation to the national DGSs alongside the national supervisory bodies, similar to the system of supervision that is based on the ECB and national banking authorities in the credit industry. This approach is undoubtedly more compatible with the subsidiary principle and is certainly the mildest and most effective way to create an internal market and increase European depositors' confidence in the financial system, whether or not their countries belong to the euro area.

5 ECJ-Report 2015

Cases before the Court of Justice of the European Union

1. Actions

Case T-122/15: Landeskreditbank Baden-Württemberg v ECB
(Action brought on 12 March 2015)

In early 2015, Landeskreditbank Baden-Württemberg brought an action against the European Central Bank (ECB) before the Court of Justice of the European Union. The purpose of the action was to seek exemption from the ECB's supervisory regime, based on the following pleas in law: application of an inappropriate criterion by the ECB for the assessment of particular circumstances, manifest errors in the assessment of the facts of the case, an infringement of the obligation to state reasons, a misuse of powers by failing to exercise discretion, and breach of the obligation to assess and take into consideration all of the relevant circumstances.

2. Reference for a preliminary ruling

Case C-539/14: Request for a preliminary ruling from Audiencia Provincial de Castellón
(Judgment of the Court of Justice of 21 January 2015)

Directive 93/13/EEC – Consumer contracts – Mortgage loan contracts – Mortgage enforcement proceedings – Responsibilities of the national court dealing with the substance of the case – Unfair terms – Assessment criteria

The judgment concerns the inferences that must be drawn from an unfair

term in Spanish mortgage enforcement proceedings and the compatibility of a statutory recalculation of default interest with Council Directive 93/13/EEC on unfair terms in consumer contracts. The background is as follows: the loan contracts issued by Spanish banks Unicaja Banco and Caixabank to their clients in respect of owner-occupied property contained a clause authorising the lender, if the borrower fails to meet his payment obligations, to bring forward the maturity date initially agreed and require payment of all the outstanding capital debt, together with the interest, default interest (18%/25%), commission, expenses and costs. After the Spanish banks initiated enforcement proceedings, the referring court stated that the terms contravened the law and asked the Court of Justice to consider what effect it would have on the enforcement if the interest rate were recalculated. The Court stated that a term providing for the recalculation of interest is compatible with the Directive if its application is without prejudice to the assessment, by the national court, of the unfairness of the clause. Furthermore, the annulment of the contractual clauses at issue could not have adverse consequences for the consumer, inasmuch as the recalculated interest rate will necessarily be lower than laid down by those clauses.

Case C-62/14: Peter Gauweiler v Deutscher Bundestag
(Judgment of the Court of Justice of 16 June 2015)

In response to a request for a preliminary ruling from the Bundesverfas-

sungsgericht (Germany) in the proceedings *Peter Gauweiler v Deutscher Bundestag*, the Court delivered its judgment on 16 June 2015.

The main proceedings in Germany's Constitutional Court (Bundesverfassungsgericht) concerned the ECB's Outright Monetary Transactions (OMT) programme. In 2012, the risk premia for the government bonds of various states in the euro area increased dramatically, such that the ECB perceived a risk that its monetary policy 'impulses' would not reach the economy. In order to deal with the disruption of the ECB's monetary policy transmission mechanism, the OMT programme aimed to lower interest rates through purchases, on secondary markets, of government bonds of certain Member States. A necessary condition is for the countries concerned to show full compliance with an appropriate adjustment programme, primarily under the European Stability Mechanism (ESM). No *ex ante* quantitative limits are set on the size of the programme, and the same (*pari passu*) treatment as private or other creditors with respect to the terms of bonds should be accepted. A number of constitutional actions relating to the OMT programme, which had yet to be implemented, including a dispute between public bodies, had been brought before the Bundesverfassungsgericht, mainly concerning the participation of the Deutsche Bundesbank (German Central Bank) in the OMT programme and the action/inaction of the Federal Government and the German Bundestag with regard to the programme.

The Court of Justice of the European Union held that the OMT programme, which aims to lower interest rates through the purchase of certain Member States' government bonds on secondary markets, does not exceed the powers of the ECB in relation to monetary policy and does not contravene the prohibition of monetary financing of Member States pursuant to Article 123 TFEU.

In its reasons, the Court noted the powers of the ECB, which is responsible for defining and implementing monetary policy for the European Union. Furthermore, the ECB is entitled to utilise the acquisition of bonds on secondary markets – selectively if necessary – as a monetary policy instrument. Moreover, the OMT programme will not work against the effectiveness of the economic policies followed by the Member States; as it is implemented in a wholly independent manner, it will not give the Member States whose sovereign bonds it purchases financing opportunities which would enable them to depart from the adjustment programmes to which they have subscribed.

Furthermore, in the Court's view, the OMT programme does not contravene the prohibition of monetary financing, in that the acquisition does not have an effect equivalent to that of a direct purchase of government bonds. This is the case if the potential purchasers knew for certain that they were acting, de facto, as intermediaries for the ECB for the direct purchase of those bonds. Adequate safeguards must be in place

to prevent the conditions of issue of government bonds from being distorted. Moreover, the programme's characteristics exclude the possibility that it will adversely impact on the impetus for Member States to follow a sound budgetary policy, thereby contravening Article 123 TFEU: the effects of the programme are limited insofar as the ECB has the option of selling the purchased bonds at any time or of holding the bonds in a permissible manner until maturity. Finally, potential losses and the lack of privileged creditor status are risks which do not conflict with the objectives of Article 123 TFEU.

Case C-671/13: Request for a preliminary ruling in the proceedings 'Indėlių ir investicijų draudimas' VI, Virgilijus Vidutis Nemaniūnas (Judgment of the Court of Justice of 25 June 2015)

The background to this request for a preliminary ruling was Mr Guliavičius' conclusion of an agreement with bankas 'Snoras' AB for the acquisition of an inflation-linked certificate of deposit.

On 9 March, 14 July, 26 September and 6 October 2011, Mr Nemaniūnas concluded bond subscription agreements with Snoras. By decision of the Lithuanian Government of 16 November 2011, Snoras' business activities were suspended. On 24 November 2011, the Lithuanian Central Bank took legal action with a view to insolvency proceedings being opened against Snoras. Mr Guliavičius and Mr Nemaniūnas brought legal proceedings seeking a declaration of invalidity in respect of

the agreements they had concluded with Snoras. They claimed, in essence, that the bank had provided them with misleading and incomplete information concerning (i) the application of the guarantee to the instruments purchased and (ii) Snoras' financial position. By order of 6 May 2013, Vilnius Regional Court dismissed Mr Guliavičius' action. The Court of Appeal upheld the appeal brought by Mr Guliavičius, set aside the order of the court at first instance and declared the agreement that he had entered into for the acquisition of a certificate of deposit to be invalid. Vilnius Regional Court also dismissed Mr Nemaniūnas' action. In the appeal brought by the latter, the Court of Appeal upheld the order of the court at first instance. By his appeal in cassation before the referring court, Mr Nemaniūnas requested that the judgment of the appeal court be set aside.

In response to the request for a preliminary ruling from the competent Lithuanian court, the European Court of Justice held that Article 7(2) of Directive 94/19/EC of the European Parliament and of the Council of 30 May 1994 on deposit-guarantee schemes, as amended by Directive 2009/14/EC of the European Parliament and of the Council of 11 March 2009, and point 12 of Annex I to that directive must be interpreted as meaning that the Member States may exclude from the guarantee provided for by that directive certificates of deposit issued by a credit institution if those certificates are negotiable, a matter which it falls to the referring court to determine, there being no need for it to satisfy

itself that those certificates have all the characteristics of a financial instrument within the meaning of Directive 2004/39/EC.

Furthermore, Directive 94/19/EC must be interpreted as meaning that when claims against a credit institution are such as to be encompassed by both the concept of ‘deposit’ within the meaning of Directive 94/19/EC and that of ‘instrument’ within the meaning of Directive 97/9/EC, and the national legislature has made use of the option provided for in point 12 of Annex I to Directive 94/19/EC to exclude those claims from the protection scheme provided for by Directive 94/19/EC, such an exclusion cannot result in those claims also being excluded from the protection scheme provided for by Directive 97/9/EC, other than under the conditions mentioned in Article 4(2) of that directive.

Articles 2(2) and 4(2) of Directive 97/9/EC must be interpreted as meaning that they preclude national legislation such as that at issue in the main proceedings, which makes entitlement to compensation under the scheme provided for by that directive conditional upon the credit institution concerned having transferred or used the funds or securities in question without the investor’s consent.

Case C-580/13: Coty Germany GmbH v Stadtparkasse Magdeburg
(Judgment of the Court of Justice of 16 July 2015)

The request for a preliminary ruling from the Bundesgerichtshof (Germany) was made in proceedings in which Coty Germany GmbH, as the proprietor of a trade mark, asserted its right of information against Stadtparkasse Magdeburg, requesting the latter to disclose the name and address of a bank account holder believed to have infringed the intellectual and industrial property rights of Coty Germany GmbH. Stadtparkasse invoked Paragraph 383 of the German Civil Procedure Code (refusal to give evidence) on the grounds of banking secrecy. The Court held that banking secrecy is governed by the protection of confidentiality of information sources or the processing of personal data pursuant to Article 8(3)(e) of Directive 2004/48/EC. On the other hand, the Court considered that generally invoking banking secrecy allowed Stadtparkasse, in an unlimited and unconditional manner, to refuse to provide information. In reconciling the right to an effective remedy for violations of intellectual property, on the one hand, and the right to protection of personal data, on the other, the Court held that the balance between these rights was impaired by banking secrecy. In the view of the Court, unconditional banking secrecy is capable of seriously impairing the effective exercise of the fundamental right to intellectual property, such that the German interpretation of the credit institution’s right of refusal to give evidence conflicts with Article 8(3)(e) of Directive 2004/48/EC.

Case C-110/1: Horațiu Ovidiu Costea v SC Volksbank România SA
(Judgment of the Court of Justice of 3 September 2015)

The question addressed in the main proceedings was whether a lawyer who concludes a credit agreement with a bank, in which the purpose of the credit is not specified, with the repayment of the loan secured by a mortgage registered against a building belonging to his law firm, may be regarded as a ‘consumer’ within the meaning of Article 2(b) of Council Directive 93/13/EEC on unfair terms in consumer contracts. This definition is, incidentally, broadly identical to the definition of ‘consumer’ in Article 3(a) of the Consumer Credit Directive (2008/48/EC) and Article 4(1) of the Mortgage Credit Directive (2014/17/EU). The Court considered that while a lawyer should generally have better knowledge of the law than a consumer, the concept of ‘consumer’ is objective in nature and is applicable where the consumer is acting for purposes which are outside his trade, business or profession. As the credit agreement was unconnected to the borrower’s trade, business or profession, the Court held that where there is doubt, the borrower may be categorised as a consumer. The securing of the loan by a mortgage on a building belonging to his law firm is irrelevant to the loan agreement’s categorisation as a consumer credit agreement – the subject of the proceedings in Romania.

Case C-140/13: Annett Altmann and Others v Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
(Judgment of the Court of Justice of 12 November 2014)

This reference for a preliminary ruling concerns the same subject matter as the judgment of the Verwaltungsgericht Frankfurt am Main (Germany) [...] (Az. 7 E 5426/06 (2)).

In its judgment of 2008, the VG Frankfurt held that the injured parties (Arbeitsgemeinschaft Phoenix) had, to a considerable extent, a right to information from BaFin. In the proceedings now before the Court of Justice of the European Union, the VG Frankfurt had requested the Court for a preliminary ruling in another case involving Phoenix investors who had sustained losses. The VG Frankfurt enquired whether a supervisory authority such as BaFin can rely, as against a person who has applied to it under the German Freedom of Information Act (Informationsfreiheitsgesetz – IFG) for access to information, on obligations of secrecy incumbent upon it inter alia under EU law (transposition of Article 54 MiFID (Directive 2004/39/EC) in Section 9 of the German Banking Act (KWG) and Section 8 of the German Securities Trading Act (WpHG)), even in circumstances where the essential business concept of the company concerned consisted in large-scale investment fraud and the wilful harming of investors' interests.

The Court held that even in circumstances where the essential business

concept of the company consisted in large-scale investment fraud, Article 54(1) and (2) of Directive 2004/39/EC must be interpreted as meaning that, in administrative proceedings, a national supervisory authority may rely on obligations of secrecy and may thus refuse to grant access to information concerning a financial services provider which has been placed in judicial liquidation. The Court has thus increased the supervisory authorities' obligations of secrecy/professional secrecy even in circumstances, as in the case at hand, in which the essential business concept of the company consisted in large-scale investment fraud and company executives have already been sentenced to terms of imprisonment.

Case C-449/13: CA Consumer Finance v Ingrid Bakkaus, Charline Bonato, Florian Bonato
(Judgment of the Court of Justice of 18 December 2014)

In these proceedings for a preliminary ruling, which concerned the interpretation of French consumer credit law and the Consumer Credit Directive, the referring court of appeal – the Tribunal d'instance d'Orléans – had submitted a series of questions about the provisions of the Consumer Credit Directive on pre-contractual obligations and the reversal of the burden of proving performance of those obligations pursuant to the Consumer Credit Directive. The interpretation of the Directive will also have implications for the implementation and application of the provisions of the Mortgage Credit Direc-

tive. The Tribunal d'instance d'Orléans referred the following questions to the Court of Justice for a preliminary ruling:

(1) Must Directive 2008/48/EC of the European Parliament and of the Council of 23 April 2008 on credit agreements for consumers be interpreted to the effect that the onus is on the creditor to prove that it has correctly and fully complied with its obligations under national law transposing that directive when a credit agreement is entered into and performed?

(2) Does Directive 2008/48 preclude a creditor from being able to prove that it has fulfilled its obligations correctly and in full solely by means of a standard term in the credit agreement, whereby the consumer acknowledges the fulfilment of those obligations, without that term being supported by documents issued by the creditor and supplied to the borrower?

(3) Must Article 8 of Directive 2008/48 be interpreted as precluding the creditworthiness check from being carried out solely on the basis of information supplied by the consumer, without such information being effectively scrutinised against other evidence?

(4) Must Article 5(6) of Directive 2008/48 be interpreted to the effect that it is not possible for a creditor to provide adequate explanations to the consumer if it has not checked the consumer's financial situation and his needs beforehand?

The Court's assessment:

The Court of Justice noted in paragraph 22 that the Consumer Credit Directive makes no provision on the burden of proof that the creditor has fulfilled its pre-contractual obligations to check the consumer's creditworthiness (Article 8 of the Consumer Credit Directive) and provide the consumer with adequate explanations (Article 5(6) of the Directive). The detailed rules on the burden of proof are thus a matter for the domestic legal order of each Member State. However, the Court stated that these rules may not be less favourable than those governing similar domestic situations (principle of equivalence). In accordance with the principle of effectiveness, it must not in practice be made impossible or excessively difficult for consumers to exercise these rights. The Court held that were the burden of proof regarding the provision of pre-contractual information to lie with the consumer, he does not have the means at his disposal to enable him to prove that the creditor, first, did not provide him with the information required under Article 5 of the Consumer Credit Directive and, secondly, did not check his creditworthiness pursuant to Article 8 of the same Directive (paragraph 27).

The Court also noted that a diligent creditor must be sure to gather and retain evidence that its obligations to provide information and explanations have been fulfilled (paragraph 28). The standard clause contained in the credit agreement, permissible under French law, means only that the bor-

rower is declaring that the Standard European Consumer Credit form has been delivered to her. In that regard, it is clear from Article 22(3) of Directive 2008/48 that such a term cannot allow the creditor to circumvent its obligations. Thus, the standard term in question is an indication which the lender is required to substantiate with one or more relevant items of evidence that it has fulfilled its pre-contractual obligations to provide information.

In light of the foregoing, the Court held, in paragraph 32, that such a standard term would result in an impermissible reversal of the burden of proof at the expense of the consumer. As regards the second question concerning whether the creditworthiness assessment may take place solely on the basis of the information provided by the consumer, the Court held that it is clear from Article 8(1) of the Consumer Credit Directive that before the conclusion of the credit agreement, the creditor is required to assess the consumer's creditworthiness on the basis of sufficient information, including, where necessary, on the basis of a consultation of the relevant database (see also recital 26).

The Court notes in paragraph 36 that Article 8(1) of the Consumer Credit Directive, read in the light of recital 26, affords the creditor a margin of discretion for the purposes of determining whether or not the information at its disposal is sufficient to demonstrate the consumer's creditworthiness and whether it must check that information against other evidence. It follows

(as stated in paragraph 37) that the creditor must, in every case, assess whether that information is adequate and sufficient for the purposes of evaluating the consumer's creditworthiness. Unsupported declarations made by the consumer may not, in themselves, be sufficient if they are not accompanied by supporting evidence (paragraph 37). The Consumer Credit Directive allows Member States to retain in their legislation the obligation for the creditor to consult a database when checking the borrower's creditworthiness. In light of the foregoing, according to the Court, Article 8(1) of the Consumer Credit Directive must be interpreted to the effect that it does not preclude the consumer's creditworthiness assessment from being carried out solely on the basis of information supplied by the consumer. The Directive does not require the creditor to carry out systematic checks of the veracity of the information supplied by the consumer.

As regards the fourth question concerning the extent of the obligations to provide explanations, the Court held that it does not follow from either the wording or the objectives of Articles 5 and 8 of the Consumer Credit Directive that the assessment of the financial situation and the needs of the consumer must be carried out before the adequate explanations are provided. Both are pre-contractual obligations. The Directive does not specify an order in which these obligations are to be fulfilled. The Court merely held (paragraph 46) that as the duties are pre-contractual in nature, accordingly, they must be fulfilled in good

time prior to conclusion of the contract. The Court's comments concerning the form in which the adequate explanations referred to in Article 5(6) of the Directive are given to the consumer are also important. In the Court's view (paragraph 47), the Consumer Credit Directive does not specify in what form the adequate explanations must be given to the borrower. It does not follow that those explanations must be provided in a specific document, and the possibility cannot be ruled out that those explanations may be given orally by the creditor to the consumer (paragraph 47). The question of the form in which those explanations must be given to the consumer is therefore a matter for national law.

3. Judgments

Case C-132/12: Stichting Woonpunt and Others v European Commission (Judgment of the Court of Justice of 27 February 2014)

For the second time, the Court of Justice of the European Union (ECJ) has dismissed an action brought by 133 social housing associations in the Netherlands. The associations had challenged the European Union's powers to prohibit the payment of state aid for social housing under the rules on the review of aid schemes. In 2009, the European Commission had argued that payments to housing associations were unjustified as they did not benefit 'socially disadvantaged' individuals. The Government of the Netherlands then set a maximum annual income ceiling

of €33,000 in respect of eligibility for social housing. According to the associations, this conflicted with the original concept of a social mix in the context of public service provision. The Court of Justice has now ruled, once again, that the action was inadmissible, as the measure was not of direct and individual concern to the associations.

Case C-409/13: Council v Commission (Judgment of the Court of Justice of 14 April 2015)

By its judgment of 14 April 2015, the Court held that the European Commission has the right to amend or withdraw its legislative proposals until the co-legislator has acted on a 'binding' basis.

In the present case going back to 2011, the European Commission had withdrawn a proposal for a framework regulation on macro-financial assistance (MFA), contrary to the will of the European Parliament and the Council, in 2013. This decision was challenged by the Council before the Court of Justice. The Commission defended its decision on the basis of Article 293(2) of the Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU), arguing that the Council's general approach existing at the time of the withdrawal of the legislative proposal – as opposed to a common position, which had not yet been reached at the time of withdrawal – did not constitute action by the Council.

The judgment is also significant in that the present Juncker Commission plans

to withdraw a number of legislative proposals presented by the preceding Barroso II Commission.

6 Chronological Account of the year 2015

January

1 January 2015

Council Presidency

Latvia took over the Presidency of the Council of the European Union.

12 January 2015

CRD IV/CRR

The European Commission adopted two Implementing Regulations on supervisory reporting. Their purpose was to amend Commission Implementing Regulation (EU) No 680/2014 of 16 April 2014 laying down implementing technical standards with regard to supervisory reporting of institutions, based on the technical standards on asset encumbrance, non-performing exposures and forbearance published on 24 July 2014. The Regulation was published in the Official Journal of the European Union on 20 February 2015 and entered into force on the day following that of its publication. It is directly applicable in all Member States.

13 January 2015

Trade and Investment Partnership Agreement

The European Commission published the results of a public consultation on investor-to-state dispute settlement (ISDS) in the Transatlantic Trade and Investment Partnership Agreement (TTIP) between the USA and the EU.

14 January 2015

Recovery and resolution

The European Banking Authority (EBA) launched a public consultation on draft Implementing Technical Standards (ITS) on procedures, forms and

templates for the provision of information for the purpose of resolution plans to the resolution authorities.

17 January 2015

Single Resolution Mechanism

Commission Delegated Regulation (EU) 2015/63 supplementing Directive 2014/59/EU of the European Parliament and of the Council with regard to ex ante contributions to resolution financing arrangements was published.

27 January 2015

Anti-money laundering

On 16 December 2014, European Parliament, Council and Commission negotiators reached agreement on the content of a future Fourth Anti-Money Laundering Directive. The compromise text was approved by the Member States on 21 January 2015 and by the lead Committees in the European Parliament on 27 January 2015.

29 January 2015

Single Supervisory Mechanism (SSM)

The European Central Bank (ECB) issued a recommendation to banks on more prudent dividend distribution policies for 2015.

February

9 February 2015

Single Supervisory Mechanism (SSM)

The European Banking Authority (EBA) published a report on the potential implications for banks' business models resulting from the collective implementation of the regulatory measures developed since the financial crisis.

18 February 2015

Capital Markets Union

The European Commission published a Green Paper on Building a Capital Markets Union.

25 February 2015

Energy efficiency

The European Commission adopted a Framework Strategy for a Resilient Energy Union with a Forward-Looking Climate Change Policy.

March

2 March 2015

Stress test

The European Banking Authority (EBA) announced its decision not to carry out a stress test for banks in 2015.

4 March 2015

EBA discussion paper on the IRB Approach

The European Banking Authority (EBA) published a discussion paper on the regulatory measures needed to improve the framework for the Internal Ratings-Based (IRB) Approach.

CRD IV/CRR

The European Banking Authority (EBA) published draft Guidelines on sound remuneration policies for consultation.

16 March 2015

Financial account information for taxation purposes

The European Commission's Expert Group published the first report on automatic exchange of financial account information (AEFI). It contains a num-

ber of recommendations on the implementation of Directive 2014/107/EU.

18 March 2015

Digital Single Market

The European Commission unveiled proposals to create/deepen the Digital Single Market.

25 March 2015

Tax fraud/tax evasion

The European Commission presented an initial package of proposed measures aimed at boosting tax transparency. The package includes a Communication on tax transparency and the fight against tax fraud and tax evasion, and a Proposal for a Council Directive amending Directive 2011/16/EU as regards mandatory automatic exchange of information in the field of taxation.

31 March 2015

Benchmark Regulation

The European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs voted on the draft report on the proposal for a Regulation on indices used as benchmarks in financial instruments and financial contracts.

April

9 April 2015

Single Supervisory Mechanism (SSM)

The European Banking Authority (EBA) published its first Report on Convergence of Supervisory Practices in the EU Banking Sector.

May

5 May 2015

European Supervisory Authorities (ESAs)

The European Banking Authority (EBA) published the fifth Report on Risks and Vulnerabilities in the EU Financial System, produced by the Joint Committee of the European Supervisory Authorities (ESAs).

6 May 2015

Digital Single Market

The European Commission presented proposals for the development of a Digital Single Market for Europe.

Recovery and resolution

The European Banking Authority (EBA) published final Guidelines on the minimum list of qualitative and quantitative recovery plan indicators.

8 May 2015

Recovery and resolution

The European Banking Authority (EBA) published its final Guidelines on triggers for the use of early intervention measures.

19 May 2015

Better regulation

The European Commission unveiled its Better Regulation package.

Benchmark Regulation

The European Parliament voted at its plenary session in favour of the report on indices used as benchmarks in financial instruments and financial contracts.

22 May 2015

Interest rate risk

The European Banking Authority (EBA) published its final Guidelines on technical aspects of the management of interest rate risk.

26 May 2015

Restructuring the banking sector

The European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) voted on the draft report on the Commission's proposal for a Regulation on structural measures improving the resilience of EU credit institutions. The proposal aims to strengthen financial system stability by protecting the deposit-taking business of the largest and most complex EU banks from potentially risky trading activities.

27 May 2015

Tax agreement

The European Union and Switzerland signed a tax transparency agreement.

28 May 2015

Deposit guarantee schemes

The European Banking Authority (EBA) published its final Guidelines on methods for calculating contributions to deposit guarantee schemes and on payment commitments.

June

1 June 2015

Mortgage credit agreements

The European Banking Authority (EBA) published its final Guidelines on creditworthiness assessment, as well as its final Guidelines on arrears and foreclo-

sure under the Mortgage Credit Directive (MCD) (2014/17/EU).

4 June 2015

Mortgage credit agreements

The European Banking Authority (EBA) launched a consultation on the draft Guidelines for passport notifications for mortgage credit intermediaries under the Mortgage Credit Directive (MCD) (2014/17/EU).

CRD IV/CRR

The European Commission adopted an implementing act that will extend the transitional period for capital requirements for EU banking groups' exposures to central counterparties (CCPs) under the Capital Requirements Regulation (CRR).

5 June 2015

Anti-money laundering

The Directive on the prevention of the use of the financial system for the purposes of money laundering or terrorist financing, amending Regulation (EU) No 648/2012 of the European Parliament and of the Council, and repealing Directive 2005/60/EC of the European Parliament and of the Council and Commission Directive 2006/70/EC was published in the Official Journal of the European Union. The Directive entered into force on the twentieth day following that of its publication. Member States must transpose the Directive by 26 June 2017.

7 June 2015

Single Supervisory Mechanism (SSM)

Danièle Nouy, Chair of the Supervisory Board of the Single Supervisory Mech-

anism (SSM), announced that there will be a public and general stress test in 2016.

8 June 2015

Interest rate risk

The Basel Committee on Banking Supervision published its consultation document on risk management, supervision and capitalisation of the interest rate risk in the banking book. The consultation paper is based on the Committee's guidance set out in the July 2004 Principles for the management and supervision of interest rate risk. The principles set out in the consultation paper will ultimately replace the IRR Principles.

15 June 2015

General Data Protection Regulation

The Council of the European Union reached a general approach on the Commission's proposal for a General Data Protection Regulation.

Leverage ratio

The European Banking Authority (EBA) published its updated Implementing Technical Standards (ITS) on disclosure and supervisory reporting of leverage ratio for EU institutions.

Financial instruments (MiFID II)

Directive 2014/65/EU on markets in financial instruments and amending Directive 2002/92/EC and Directive 2011/61/EU (MiFID II) was published in the Official Journal of the European Union.

17 June 2015

Corporate tax

The European Commission launched a public consultation on corporate tax transparency in the EU.

19 June 2015

Capital Markets Union

The Council of the European Union adopted its conclusions on building a Capital Markets Union.

22 June 2015

European Deposit Insurance Scheme (EDIS)

The five Presidents – Jean-Claude Juncker, Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi and Martin Schulz – published a report setting out new proposals on Completing Europe's Economic and Monetary Union. Under the heading "Completing the Banking Union", the document also calls for the launching of a European Deposit Insurance Scheme (EDIS).

Net Stable Funding Ratio (NSFR) disclosure standards

The Basel Committee on Banking Supervision issued the final Net Stable Funding Ratio (NSFR) disclosure standards.

23 June 2015

Single Supervisory Mechanism

The three European Supervisory Authorities (ESAs) – EBA, EIOPA and ESMA – published a further discussion paper on Level 2 measures under the PRIIPs Regulation.

ITS on supervisory reporting of liquidity coverage ratio (LCR)

The European Banking Authority (EBA) published its updated Implementing Technical Standards (ITS) on supervisory reporting of liquidity coverage ratio (LCR).

30 June 2015

Energy performance of buildings

The European Commission launched a public consultation on the evaluation of the Energy Performance of Buildings Directive (2010/31/EU).

July

1 July 2015

Council Presidency

Luxembourg took over the Presidency of the Council of the European Union.

3 July 2015

Recovery and resolution

The European Banking Authority (EBA) published the final Draft Regulatory Technical Standards (RTS) on criteria for determining the minimum requirement for own funds and eligible liabilities under Directive 2014/59/EU.

Standardised Pan-European Personal Pension Product

The European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) launched a public consultation on the creation of a standardised Pan-European Personal Pension Product (PEPP).

6 July 2015

Determining higher risk-weights

The European Banking Authority (EBA) launched a consultation on Draft Regu-

latory Technical Standards on the conditions that competent authorities should take into account when determining higher risk-weights under Article 124(4) (b) of Regulation (EU) No 575/2013 on prudential requirements for credit institutions and investment firms (CRR).

7 July 2015

Recovery and resolution

The European Banking Authority (EBA) published its final Guidelines relating to the eligibility of institutions for simplified obligations in the context of recovery planning.

Recovery and resolution

The European Banking Authority (EBA) issued final draft ITS on the procedures, forms and templates for submitting information on resolution plans.

9 July 2015

Capital Markets Union

The European Parliament voted at its plenary session with a large majority in favour of a resolution on Building a Capital Markets Union.

15 July 2015

CRD IV/CRR

The European Commission launched a public consultation to obtain stakeholders' views on the stricter rules on capital requirements for banks and how some of those rules have worked in practice. The public consultation took place in the context of the Commission's reporting obligations laid down in Articles 501, 505 and 516 of the CRR.

16 July 2015

Commercial Agents Directive

The European Commission published the results of the REFIT evaluation of the Commercial Agents Directive and recommended that the Directive be maintained in its current form.

17 July 2015

ITS/ALMM

The European Banking Authority (EBA) published an update on the application date of its final draft Implementing Technical Standards (ITS) on additional liquidity monitoring metrics.

29 July 2015

Deposit guarantee schemes

The European Banking Authority (EBA) launched a consultation on draft Guidelines on cooperation agreements between deposit guarantee schemes (DGSs).

August

11 August 2015

Mortgage credit intermediaries

The European Banking Authority (EBA) published its final Guidelines on passport notifications for mortgage credit intermediaries carrying out business in more than one Member State, in support of the transposition of the Mortgage Credit Directive (MCD).

14 August 2015

Recovery and resolution

The European Banking Authority (EBA) issued an Opinion, addressed to the European Commission, on protected

arrangements for counterparties in partial property transfers in resolution.

19 August 2015

Liquidity and leverage ratio

The European Banking Authority (EBA) announced that it intended to incorporate additional analysis into its calibration reports on Net Stable Funding Requirements (NSFR) and Leverage Ratio (LR).

September

22 September 2015

CRD IV/CRR

The European Banking Authority (EBA) launched a consultation on its draft Guidelines specifying the application of the definition of default pursuant to Article 178 of Regulation (EU) No 575/2013 (Capital Requirements Regulation – CRR). The EBA intends to work on improving consistency and comparability in capital requirements.

25 September 2015

ITS/ALMM

The European Banking Authority (EBA) issued an Opinion on the European Commission's proposed amendments to the Implementing Technical Standards (ITS) on additional liquidity monitoring metrics.

30 September 2015

Capital Markets Union

The European Commission adopted an Action Plan on Building a Capital Markets Union.

October

5 October 2015

Mortgage lending value

The European Banking Authority (EBA) published an Opinion on mortgage lending value (MLV), expressing criticism of harmonising the concept of MLV and stating that the EBA will not work further on this issue.

November

5 November 2015

EBA stress test for 2016

The European Banking Authority (EBA) published its EU-wide stress test draft methodology for 2016.

6 November 2015

Deposit guarantee schemes

The European Banking Authority (EBA) launched a public consultation on its draft Guidelines on stress tests of deposit guarantee schemes (DGSS).

11 November 2015

Key Information Documents for PRIIPs

The Joint Committee of the European Supervisory Authorities (ESAs) – EBA, EIOPA and ESMA – launched its Joint Consultation Paper on Key Information Documents for packaged retail and insurance-based investment products (PRIIPs).

24 November 2015

European Deposit Insurance Scheme (EDIS)

The European Commission presented a proposal for a Regulation to establish

a European Deposit Insurance Scheme (EDIS).

December

1 December 2015

Directive on accessibility requirements

The European Parliament's Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) adopted the own-initiative report on stocktaking and challenges of the EU Financial Services Regulation: impact and the way forward towards a more efficient and effective EU framework for Financial Regulation and a Capital Markets Union.

2 December 2015

Directive on accessibility requirements

The European Commission presented a proposal for a Directive on the approximation of the laws, regulations and administrative provisions of the Member States as regards the accessibility requirements for products and services.

10 December 2015

Green Paper on retail financial services

The European Commission published a Green Paper on retail financial services as the basis for consultation. The Commission presented a total of 33 questions with the aim of exploring the current state of the Single Market for retail financial services and identifying ways of improving cross-border supply and demand in relation to these services.

The European Federation of Building Societies (EFBS)

The European Federation of Building Societies, which was founded on 29 August 1962, is an association of credit and other institutions promoting and supporting the financing of home ownership.

Its aim is to promote the idea of home ownership in a politically and economically converging Europe, to look after the interests of its members in relation to the European Union institutions, to inform its members about progress in European unification and the measures taken to this end by the European Union institutions and to support and intensify mutual exchange of information and experience among its members in the fields of housing finance and housing policy.

The Bausparkassen make a key contribution in large parts of Europe and beyond to the financing of the construction, purchase or modernisation of owner-occupied housing.

Imprint

Editor:

European Federation of Building Societies

Rue Jacques de Lalaing 28

1040 Brussels, Belgium

Tel.: +32 2 231 03 71

Fax: +32 3 230 82 45

e-mail: info@efbs.org

Personalia der Vereinigung – Officers of the Federation –



Mag. Herbert Pfeiffer
(Slowakei, Slovak Republic)
Präsident
President



Dr. Hartwig Hamm
(Deutschland, Germany)
Erster Vizepräsident
First Vice-President



Mag. Ernst Karner
(Österreich, Austria)
Zweiter Vizepräsident
Second Vice-President



Andreas J. Zehnder
(Deutschland, Germany)
Geschäftsführender Direktor
Managing Director

Personalia der Ausschüsse – Officers of the Committees –

Rechtsausschuss
Legal Affairs Committee
Helmut Straubinger
(Deutschland, Germany)
Vorsitzender, Chairman

**Ausschuss für Wohnungspolitik
und Marketing**
Housing Policy and Marketing
Committee
Mag. Ernst Karner
(Österreich, Austria)
Vorsitzender, Chairman

Finanzausschuss
Financial Affairs Committee
Jürgen Gießler
(Deutschland, Germany)
Vorsitzender, Chairman

Anhang / Appendix

Dezember / December 2015

Verzeichnis der Mitglieder der Europäischen Bausparkassenvereinigung

List of Members of the European Federation of Building Societies

Deutschland/Germany

- Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover
 - LBS Landesbausparkasse Bremen AG (Fusion mit/with/ LBS Westdeutsche Landesbausparkasse)
 - LBS Hessen-Thüringen
 - LBS Landesbausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG
 - LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz
 - LBS Bayerische Landesbausparkasse
 - LBS Westdeutsche Landesbausparkasse
 - LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG
 - LBS Landesbausparkasse Saar
 - LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg
- Verband der Privaten Bausparkassen e.V.
 - Aachener Bausparkasse AG
 - ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
 - Bausparkasse Mainz AG
 - Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
 - BHW Bausparkasse AG
 - BSQ Bauspar AG
 - Debeka Bausparkasse AG
 - Deutsche Bank Bauspar AG
 - Deutsche Bausparkasse Badenia AG
 - Deutscher Ring Bausparkasse AG
 - SIGNAL IDUNA Bauspar AG
 - Wüstenrot Bausparkasse AG

Belgien

- International Union for Housing Finance

Kasachstan

- JSC „House Construction Savings Bank of Kazakhstan“

Kroatien/Croatia

- Prva stambena štedionica d.d.
- Wüstenrot stambena štedionica d.d.

Luxemburg

- BHW Bausparkasse AG Niederlassung Luxemburg
- Bausparkasse Schwäbisch Hall AG – Niederlassung Luxemburg
- Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

Österreich/Austria

- Bausparkasse der österreichischen Sparkassen AG
- Bausparkasse Wüstenrot AG
- RAIFFEISEN Bausparkasse Gesellschaft mbH
- start: bausparkasse e. Gen

Rumänien/Romania

- BCR Banca pentru Locuinte S.A.
- Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A.

Slowakische Republik/Slovak Republic

- Prvá stavebná sporiteľňa, a.s.
- Stavebná sporiteľňa VÚB-Wüstenrot, a.s.

Slowenien/Slovenia

- Stanovanjski sklad Republike Slovenije, javni sklad (The Housing Fund of the Republic of Slovenia)

Tschechische Republik/Czech Republic

- Ceskomoravská stavební sporitelna, a.s.
- Modra Pyramida Stavební Sporitelna, a.s.
- Raiffeisen stavební sporitelna, a.s.
- Stavební sporitelna České sporitelny, a.s.
- Wüstenrot-Stavební Spořitelna, a.s.

Ungarn/Hungary

- Fundamenta-Lakássza Bausparkasse AG

Zypern/Cyprus

- Housing Finance Corporation

● ordentliches Mitglied / participating member / membre participant
 – korrespondierendes Mitglied / corresponding member / membre correspondant



Rue Jacques de Lalaing 28
B-1040 Bruxelles
Tel. 0032 (0)2 – 2310371
Fax 0032 (0)2 – 2308245
e-mail: info@efbs.org
www.efbs.org